

56. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. Februar 2006

Inhalt

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2006 und 2007

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2006
(Drucksache 16/910)
1. Lesung

| | |
|---|------|
| Senator Dr. Nußbaum | 3603 |
| Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen) | 3607 |
| Abg. Dr. Sieling (SPD) | 3610 |
| Abg. Perschau (CDU) | 3614 |
| Abg. Tittmann (DVU) | 3618 |
| Abg. Frau Wiedemeyer (SPD) | 3619 |
| Abstimmung | 3621 |

Ölpreisbindung auf den Prüfstand stellen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 18. Januar 2006
(Drucksache 16/889)

| | |
|---|------|
| Abg. Imhoff (CDU) | 3622 |
| Abg. Frau Garling (SPD) | 3623 |
| Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) .. | 3624 |
| Abg. Tittmann (DVU) | 3625 |
| Staatsrätin Kramer | 3626 |
| Abstimmung | 3627 |

Das Land Bremen als e-Logistikstandort

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2006
(Drucksache 16/899)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006

(Drucksache 16/919)

| | |
|--|------|
| Abg. Frau Akkermann (CDU) | 3627 |
| Abg. Schildt (SPD) | 3629 |
| Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen) | 3630 |

| | |
|--|------|
| Senator Kastendiek | 3631 |
| Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen) | 3632 |

Gesetz zur Änderung des Bremischen Naturschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 22. November 2005
(Drucksache 16/806)

| | |
|-----------------|------|
| 2. Lesung | 3633 |
|-----------------|------|

Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen (Bremisches Verfassungsschutzgesetz – BremVerfSchG)

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005
(Drucksache 16/864)

| | |
|-----------------|------|
| 2. Lesung | 3633 |
|-----------------|------|

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005
(Drucksache 16/865)

| | |
|-----------------|------|
| 2. Lesung | 3634 |
|-----------------|------|

Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

| | |
|-------|------|
| | 3634 |
|-------|------|

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bildung

| | |
|-------|------|
| | 3634 |
|-------|------|

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiführungsakademie

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2006
(Drucksache 16/902)

| | |
|-----------------|------|
| 1. Lesung | |
| 2. Lesung | 3634 |

Erste-Hilfe-Ausbildung in Schulen des Landes Bremen

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2006
(Drucksache 16/904)

| | |
|--|------|
| Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU) | 3635 |
| Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) | 3636 |
| Abg. Frau Kauertz (SPD) | 3636 |

Verbraucherschutz im Land Bremen stärken!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 6. Februar 2006
(Drucksache 16/908)

| | |
|--|------|
| Abg. Tittmann (DVU) | 3638 |
| Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) | 3638 |
| Abg. Tittmann (DVU) | 3640 |
| Senator Kastendiek | 3640 |
| Abstimmung | 3642 |

Achtes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2006
(Drucksache 16/911)

| | |
|-----------------|------|
| 1. Lesung | 3642 |
|-----------------|------|

Girokonto für jeden Menschen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Februar 2006
(Drucksache 16/916)

| | |
|---|------|
| Abg. Schmidtman (Bündnis 90/Die Grünen) . | 3642 |
| Abg. Grotheer (SPD) | 3643 |
| Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) | 3645 |

| | |
|---------------------------|------|
| Senator Dr. Nußbaum | 3646 |
| Abstimmung | 3646 |

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 14. Februar 2006
(Drucksache 16/917)

1. Lesung
2. Lesung

| | |
|---|------|
| Präsident Weber, Berichterstatter | 3647 |
| Abg. Tittmann (DVU) | 3648 |
| Abg. Frau Winther (CDU) | 3649 |
| Bürgermeister Röwekamp | 3650 |
| Abstimmung | 3651 |

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006
(Drucksache 16/920)
 3651 |

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Rechtsausschusses

| | |
|--|------|
| | 3651 |
|--|------|

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 40 vom 14. Februar 2006

| | |
|---------------------------|------|
| (Drucksache 16/921) | 3652 |
|---------------------------|------|

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses

| | |
|--|------|
| | 3652 |
|--|------|

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau

| | |
|--|------|
| | 3652 |
|--|------|

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Busch, Frau Koestermann, Frau Möbius, Frau Dr. Spieß, Wedler.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Bösch

Schriftführer Herderhorst

Bürgermeister **Röwekamp** (CDU), Senator für Inneres und Sport

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur **Kastendiek** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Wewer** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 56. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse ganz herzlich. Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe von Soldaten des Standortes Delmenhorst.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2006/2007

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2006
(Drucksache 16/910)
1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Nußbaum.

(B) Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushaltes einbezogen werden soll. Es ist verlängerte Redezeit vereinbart. Sie beträgt für den jeweils ersten Redner einer Fraktion bis zu 20 Minuten.

Wir kommen zur ersten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die Beratung ist eröffnet.

Erster Redner ist Herr Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem wunderbaren Werderspiel ist es jetzt natürlich nicht so einfach, Ihre Aufmerksamkeit

(Abg. Kleen [SPD]: In der Schlussphase sind wir wieder da! – Heiterkeit)

auf die finanzpolitischen Notwendigkeiten zu ziehen. Aber vielleicht geht es uns wie Werder, dass am Ende alles gut wird.

Meine Damen und Herren, der Senat hat Ihnen den Entwurf der Haushalte 2006/2007 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur heutigen ersten Lesung vorgelegt. Dieser Doppelhaushalt ist das Fundament der weiteren Finanzplanung bis 2009, die gewissermaßen die Visitenkarte Bremens im Zuge der bevorstehenden Klage vor dem Bundesverfassungsgericht sein wird. Einem auf knapp 3,8 Milliarden Euro

in 2006 und gut 3,8 Milliarden Euro in 2007 abgeschmolzenen Haushaltsvolumen stehen nach Ende der Sanierungszahlungen des Bundes bereinigte Einnahmen von nur etwa 2,8 Milliarden Euro respektive 3,0 Milliarden Euro gegenüber.

(C)

Meine Damen und Herren, es lässt sich aus meiner Sicht nicht beschönigen: Die vorliegenden Haushalte sind durch ein dramatisches Finanzdefizit gekennzeichnet. Zwischen den Einnahmen und Ausgaben klafft in diesem Jahr eine Lücke von 940 Millionen Euro. Wir halten die verfassungsmäßige Zulässigkeit von Kreditfinanzierung nicht ein, unsere Kreditaufnahme übersteigt die Investitionen im Haushaltsjahr 2006 um 555 Millionen Euro so deutlich wie niemals zuvor. Unser Schuldenstand hat zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushalts mit 12,3 Milliarden Euro im Kernhaushalt einen vorläufigen Höchststand erreicht. Gleichzeitig reichen unsere Einnahmen auch nicht aus, um die laufenden Ausgaben ohne Zinsen, also das, was wir die Primärausgaben nennen, zu decken. Der Primärsaldo, den wir bis zum Ende unserer Finanzplanungsperiode ausgleichen wollen, steht aktuell mit fast 400 Millionen Euro im Soll.

Trotz aller Dramatik: Der vorgelegte Doppelhaushalt schafft Klarheiten und hat damit einen hohen politischen Aussagewert. Er ist eine transparente Standortbestimmung unserer finanzpolitischen Lage, wie sie sich ohne externe Hilfen darstellt. Unsere laufenden Einnahmen sind nach wie vor unzureichend, und eine externe Unterstützung durch Sonderbundesergänzungszuweisung oder Einnahmen aus dem Kanzlerbrief stehen nicht mehr zur Verfügung. Mit dem Auslaufen der Sanierungszuwendungen steht Bremens weiterer Konsolidierungskurs unter einem neuen Vorzeichen.

(D)

Damit, meine Damen und Herren, stehen wir vor einer finanzpolitischen Zäsur. Die Handlungsmöglichkeiten sind dramatisch enger geworden, wir müssen umsteuern, und das fällt natürlich nicht allen leicht. Manchen müssen wir das erst deutlich machen. Insofern denke ich, dass der Doppelhaushalt 2006/2007 hoffentlich das Bewusstsein für die finanzpolitische Lage deutlich macht und dass dieser Haushalt gleichzeitig auch deutlich macht, was wir sozusagen mit Bordmitteln noch erreichen können.

Eine Politik auf der Basis unbestimmter Einnahmeerwartungen oder sorgloser Kreditemächtigungen zu Lasten zukünftiger Generationen kommt für uns nicht in Frage. Im Gegenteil, wir müssen gemeinsam für die weiteren Ziele der Sanierung eintreten, und zwar nach innen in Form eines ambitionierten Eigenbeitrages, aber auch nach außen durch vehementes Erstreiten externer Hilfe des Bundes sowohl in dem jetzt angestrebten Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht als auch auf dem Verhandlungswege. Wir müssen die Menschen in Bremen und Bremerhaven mitnehmen, wir müssen sie

- (A) von dem neuen Kurs überzeugen, wir müssen ihre Vorschläge ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich in diesem Sinne aus meiner Sicht die sieben wichtigsten Aussagen dieses Haushalts skizzieren! Mit dem Haushalt 2006/2007 hat der Senat Schwerpunktsetzungen in elementaren Politikbereichen vorgenommen. Trotz dramatischer Sparzwänge wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen ermöglichen. Beispielhaft nenne ich in diesem Zusammenhang die Anschubfinanzierung für die Nullbis-Dreijährigen-Betreuung, für Kindertagesstätten und für Ganztagschulen.

(Beifall bei der SPD)

Bremen setzt aber auch in Zukunft einen Schwerpunkt bei Investitionen. Auch in der Haushaltsnotlage gibt es unabwiesbare Bedarfe zum Erhalt des Gemeinwesens, vorrangig zum Substanzerhalt, bei der Grundversorgung der Bevölkerung und dann bei wirtschaftskraftstärkenden und arbeitsplatzsichernden Maßnahmen. Wie angekündigt hat der Senat die vom Rechnungshof immer wieder eingeforderte Bereinigung der Investitionsprogramme um konsumtive Ausgabenanteile vorgenommen. Aber wir müssen dabei wissen, nicht alles, was wir im Sinne der wirtschaftlichen Neuaufstellung der Standorte Bremen und Bremerhaven einsetzen, sind Investitionen im haushaltsrechtlichen Sinne. Zum Beispiel ist es doch unbestritten, dass unsere Hochschulpolitik ein wesentlicher Motor des Strukturwandels ist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen wir auch in Zukunft Wege finden, um sozusagen Investitionen in Köpfe zu ermöglichen.

Zu einem umfassenden Bild über die Finanzsituation des Landes Bremen gehört die transparente Darstellung der Gesellschaften und Sondervermögen. Daraus resultierende finanzielle Belastungen müssen zukünftig im Rahmen der Haushalte klar erkennbar sein. Andererseits können wir meines Erachtens auf intelligente Finanzierungsformen auch in Zukunft nicht ganz verzichten. Mammutprojekte wie der CT IV mit einem Investitionsvolumen von knapp einer halben Milliarde Euro oder etwa die Kaiserschleuse mit knapp 230 Millionen Euro lassen sich nicht im Rahmen eines einzigen Doppelhaushalts darstellen, ohne andere Projekte zu verdrängen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist selbstverständlich, Haushaltsansätze müssen realistisch sein, und bei den nachweisbar nicht ausfinanzierten Produktplänen wurden deshalb ange-

messene Anschläge gebildet, ohne sie von den weiteren Anforderungen zur Konsolidierung auszunehmen. Damit ist natürlich auch jetzt eine erhöhte Selbstverpflichtung zur Eckwertehaltung verbunden. Dies betrifft die Produktpläne Justiz, Inneres, Sport und auch den Bereich der Sozialleistungen.

(C)

Unser Ziel ist es, im Haushalt 2006/2007 eine realistische Planung ohne globale Minderausgaben vorzulegen. Die Verständigung des Senats über die im Rahmen des Grundinvestitionsprogramms einzusparenden 30 Millionen Euro per anno sowie die zehn Millionen Euro bei den konsumtiven Ausgaben ist noch nicht abgeschlossen. Ich bin aber überzeugt, dass der Senat hier zu einer zeitnahen Lösung kommt, die sowohl eine leistungsgerechte Verteilung zwischen den Ressorts darstellt, als auch mit konkreten Einsparungen hinterlegt ist. Der Strukturierungsvorschlag meines Hauses zeigt hierzu realistische Möglichkeiten auf.

Wir werden durch die Steuerzerlegung und -verteilung, den Finanzausgleich und die steuerpolitischen Maßnahmen des Bundes in den letzten Jahren systematisch benachteiligt, ich glaube, das ist Common sense. Common sense ist auch, dass die Wirtschaftskraft sich leider nicht fiskalisch auf der Einnahmeseite widerspiegelt. Deswegen konnten wir aktuelle, begründete Bedarfe der Ressorts nur decken, weil wir auf Erlöse aus der Veräußerung von Stahlwerksanteilen und auch auf Gewinne der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft zurückgreifen konnten. Wegen des dramatischen Finanzierungsdefizits gibt es deshalb auch keine Alternative zu dem Dreiklang aus Eigenanstrengung, Verhandlung mit dem Bund und einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

(D)

Meine Damen und Herren, wir sollten nicht spekulieren, wo wir stünden, wenn wir nicht finanzpolitisch zu lange und zu optimistisch auf den so genannten Kanzlerbrief fixiert gewesen wären. Drei Dinge können wir jedoch meines Erachtens aus diesem Kapitel bremsischer Finanzpolitik lernen: Die einseitige fiskalische Bewertung eines abstrakten Hilfeanspruchs ohne konkrete Verhandlungen darf nicht zum Bestandteil der Haushaltspolitik werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wissen, dass wir das Problem unserer finanziellen Altlasten nicht ohne externe Hilfe lösen können, aber wir werden in realen Haushalten nicht mit fiktiven Einnahmeansätzen rechnen. Wir dürfen auch nicht heute schon mögliche Verbesserungen aufgrund einer erfolgreichen Verfassungsklage in unsere Haushalte einsetzen. Die Haushaltsanschläge müssen realistisch sein und bleiben. Wir werden in Zukunft – das ist doch eindeutig, gerade wenn wir in einem solchen Verfahren sind – noch stärker auch im Vollzug und an der Konsequenz unseres Vollzugs von anderen gemessen werden. Drittens, wir müssen unsere Eigenanstrengungen rechtzeitig der realen Einnah-

- (A) mesituation anpassen. Wenn wir klagen und über externe Hilfen verhandeln wollen, müssen wir glaubwürdig nachweisen können, dass wir alles getan haben, um die Höhe unserer Neuverschuldung zu begrenzen.
- Meine Damen und Herren, die politische Schwerpunktsetzung im Haushalt 2006/2007 hat Einschnitte in allen großen Ausgabebereichen erforderlich gemacht. Sie wissen, dass mehr als 40 Prozent unserer Gesamtausgaben im Personalbereich gebunden sind, sei es direkt oder sei es über Zuwendungen aus dem Kernhaushalt. Mehrbedarfe im Personalbereich können wir nicht durch Einsparungen zu Lasten anderer Bereiche auffangen. Wir müssen meines Erachtens deshalb unser Beschäftigungsvolumen mit dem Instrument der PEP-Quote weiter reduzieren.
- Wir kommen auch nicht umhin, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen maßvollen Verzicht auf zusätzliche Einkommensbestandteile abzuverlangen. Sie wissen es, im Beamtenbereich orientieren wir uns an den Kürzungen der Sonderzuwendungen in den anderen Bundesländern. Bei den laufenden Tarifverhandlungen sind wir darauf angewiesen, dass die Tarifgemeinschaft der Länder Öffnungsklauseln durchsetzt, die die Situation der Haushaltsnotlagenländer entsprechend berücksichtigt. Die Verhandlungen, meine Damen und Herren, sind auf Bundesebene auf einem guten Wege. Die Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit wieder aufgenommen, und es versteht sich von selbst, ich respektiere die Tarifhoheit, so dass ich mich mit öffentlichen Kommentierungen zu diesem Thema zurückhalte.
- (B) Es ist aber auch deutlich, dass wir mit diesen Maßnahmen die Konsolidierungslast nicht einseitig auf die Beschäftigten abwälzen wollen. Wir wollen mit den notwendigen Effizienzsteigerungen und den Einsparmaßnahmen vielmehr Spielräume schaffen, damit wir erstens auch in Zukunft Beschäftigungssicherheit garantieren, dass wir trotz einer konsolidierenden Ausschöpfung der natürlichen Fluktuation eine personelle Erneuerung ermöglichen, dass wir an einem hohen Niveau von Aus- und Fortbildung festhalten, dass wir unsere hohe Ausbildungsquote verstetigen und dass wir die Verbundausbildung mit der Privatwirtschaft ausbauen können.
- Ich bin davon überzeugt, dass wir uns keinen Gefallen tun, wenn es uns nicht gelingt, eine ausgeglichene Balance aus notwendigen Effizienzsteigerungen und einer hohen Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen. Ich möchte aber auch daran keinen Zweifel lassen, wir brauchen eine bürokratieabbau, insofern beziehe ich mich auf die aktuelle Umfrage der Arbeitnehmerkammer. Wir brauchen hierzu gut ausgebildetes und motiviertes Personal, und wir wollen neuen Schwung in die Verwaltungsreform bringen.
- Der zweite Komplex sind die konsumtiven Ausgaben. Hier haben wir gegenüber dem vorangegangenen Haushaltsjahr einen Abwachs der konsumtiven Primärausgaben von 51 Millionen Euro realisiert. Das war zweifelsohne mit schmerzhaften Einschnitten verbunden. Wir wollen gleichwohl auf diesem niedrigen Niveau fortschreiben, und wir werden nicht umhinkommen, auch in der darüber hinausgehenden weiteren Finanzplanungsperiode einen weiteren Abwachs unterstellen zu müssen.
- (C) Der dritte große Bereich sind die Investitionen. Hier sage ich eindeutig, dass durch den Wegfall unserer Sonderbundesergänzungszuweisungen wir hier eine Neuausrichtung brauchen. Wir hatten in der Vergangenheit durch die Unterstützung des Bundes zusätzliche Möglichkeiten, die über eine grundlegende Investitionspolitik hinaus einen breit angelegten Aufholprozess möglich gemacht haben. Diese zusätzlichen Spielräume haben wir im Jahre 2006 und folgende zunächst nicht mehr, ganz schlichtweg, weil diese Zuweisungen nicht mehr da sind und wir keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten haben. Das heißt gleichwohl, dass wir die Investitionsquote nach den jetzigen Planungen mit 13,8 Prozent auf einem doch auch im Vergleich hohen Niveau fortschreiben wollen, aber es bedeutet mit Blick auf die Vergangenheit ganz eindeutig, hier jetzt in einen intensiven politischen Diskurs über die Prioritätensetzung in den verbleibenden Spielräumen einzutreten.
- (D) Meine Damen und Herren, dabei kann es nicht darum gehen, dass wir einzelne Finanztöpfe verteidigen, es kann auch nicht darum gehen, dass Projektlisten, die in Zeiten optimistischer Einnahmeerwartungen entstanden sind, zu Rate gezogen werden, und es kann auch nicht darum gehen, dass wir einfach das fortschreiben, was wir gemacht haben, auch schon deshalb nicht, weil wir die konsumtiven Folgekosten vieler neuer Investitionsmaßnahmen schlichtweg nicht mehr bewältigen können.
- Großprojekte, das muss man realistischerweise sagen, sind nur noch in Ausnahmefällen möglich, wenn es beispielsweise um Häfen oder die unmittelbare Schaffung von Arbeitsplätzen geht. Es geht jetzt um die Kernaufgaben öffentlicher Investitionspolitik. Nach meiner Überzeugung beinhaltet das eine klare Priorität für alle Basisfunktionen der öffentlichen Daseinsvorsorge, ergänzt um ausgewählte Schwerpunktmaßnahmen, die Arbeit und Beschäftigung für die Menschen in Bremen und Bremerhaven schaffen.
- Künftige Investitionsschwerpunkte sehe ich vor allem in vier öffentlichen Aufgabenfeldern, wobei die städtische Struktur unseres Zwei-Städte-Staates berücksichtigt werden muss. Erstens in der Substanz- und Funktionserhaltung öffentlicher Liegenschaften! Meine Damen und Herren, ich halte es einfach für einen Skandal, wenn es in Schulgebäude hineinregnet. Zweitens, Stärkung der Gesundheitswirtschaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge! Drittens, Entwicklung zentraler Standortfaktoren, vor allem Unterhaltung der Hafeninfrastruktur, Ausbau maritimer Logistik und des Wissenschaftsbereichs! Vier-

(A) tens, Aufbau neuer standortprofilierender Potentiale, zum Beispiel im Bereich Luft- und Raumfahrt! Darüber hinaus eröffnen sich meines Erachtens politische Gestaltungsmöglichkeiten nur dann, wenn wir eine weitere externe Unterstützung uns entweder auf dem Verhandlungswege erarbeiten oder gegebenenfalls vor dem Bundesverfassungsgericht erstreiten.

Der Doppelhaushalt 2006/2007 enthält finanzpolitische Festlegungen, die Teil eines mit Blick auf die Verfassungsklage neu ausgerichteten Sanierungspfads sind. Insofern besteht natürlich eine enge Verknüpfung zwischen der Klage, dem Haushalt und der Finanzplanung. Deshalb bitte ich Sie hier an dieser Stelle um Verständnis, dass die Finanzplanung nicht, wie es Paragraph 50 Haushaltsgesetz vorsieht, unmittelbar mit dem Entwurf des Doppelhaushalts vorgelegt wird. Aber sie wird innerhalb der nächsten Wochen fertig gestellt, und sie wird Ihnen zusammen mit der Klageschrift vorgelegt werden.

Das Ziel unserer Eigenanstrengungen ist, bis zum Jahr 2009, also in dem Zeitraum, den die Finanzplanung abdeckt, alle Leistungen der bremischen Verwaltung im investiven, konsumtiven und auch im Personalbereich aus den verfügbaren Einnahmen zu bestreiten, ungeachtet der aus den finanziellen Altlasten resultierenden Zinslasten, also des Zinsaufwandes. Der damit, wenn dieser Fall eintritt, ausgeglichene Primärhaushalt ist eine anerkannte finanzplanerische Kennzahl und ein Beleg dafür, und das ist letztlich Aussage dieser Kennziffer, dass ein öffentliches Gemeinwesen seine laufende Geschäftstätigkeit auch aus seinen laufenden Einnahmen bestreiten kann. Das ist das Minimum dessen, was man als Zwischenschritt erreichen muss. Es kann nicht das Ende sein, aber wir sind ja, wie ich Ihnen anhand der Kennzahlen sagte, davon zunächst noch weit entfernt.

(B) Ich verhehle Ihnen nicht, meine Damen und Herren, dass wir natürlich nicht nur auf Bremen schauen und auf unsere Eigenanstrengungen, sondern dass wir in dem Zusammenhang auch darauf bauen, dass die Beschlüsse der Koalition im Bund uns helfen werden, also die Beschlüsse, die eine Anhebung der Mehrwertsteuer vorsehen, die auch den Wegfall von Subventionen vorsehen. Ohne zusätzliche Einnahmen, entweder durch eine sich verstärkende und belebende wirtschaftliche Entwicklung oder aber auch durch steuerliche Maßnahmen, die die nicht nur uns, sondern auch die reicheren Südländer betreffende strukturelle Verschuldung der Haushalte durch mangelnde öffentliche Einnahmen ausgleichen, werden wir das nicht schaffen. Wir sind darauf angewiesen, und deshalb muss es auch dazu kommen.

In dem Zusammenhang sei auch noch einmal deutlich gemacht, dass wir, wenn wir über weitere Sanierungsmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen sprechen, natürlich von allen drei Gebietskörperschaften sprechen müssen. Wir reden über das Land, wir reden über die Stadtgemeinde Bremen, und wir reden natürlich auch über Bremerhaven. Alle drei

Haushalte sind gefordert, ihren Beitrag zu bringen und sich auf den Pfad der dann mit der Finanzplanung bis 2009 aufzuzeigenden neuen Ausrichtung zu bringen.

(C)

Wir wollen damit zeigen, das ist insbesondere mit Blick auf Dritte und externe Hilfe notwendig, dass der Bremer Haushalt kein Fass ohne Boden ist. Dafür ist es absolut notwendig, eine glaubwürdige und überzeugende Finanzplanung vorzulegen. Wir müssen nachweisen können, dass wir etwaige zusätzliche Hilfen effizient und erfolgversprechend verwenden wollen. Ich glaube, es ist jedem einsichtig, dass nur eine solche überzeugende Botschaft auf die Meinungsfindung des Bundesverfassungsgerichts Einfluss haben kann. Nur das kann unsere Verhandlungsposition stärken. Nur das kann unserer Position auch in späteren Verhandlungen mit Bund und Ländern, die dem natürlich zustimmen müssen, helfen.

Meine Damen und Herren, ich bin aber auch davon überzeugt, dass wir sehr gute Argumente haben sowohl aufgrund unseres bisherigen Sanierungswegs als auch unserer Planungen für die Zukunft. Ich habe keine Angst, mich nach den Einsparungen in der Vergangenheit, mit denen Bremen – das wird jetzt zunehmend auch bei den anderen Ländern deutlich – beispielhaft vorangegangen ist, einem Vergleich mit anderen Ländern zu stellen. Deswegen befürworte ich einen offenen Benchmarking-Prozess, auch gerade mit den Geberländern. Diese unterstellen uns ja immer, dass wir in unserem Ausgabeverhalten in einigen Bereichen zu stark abweichen. Ich fürchte mich vor diesem Prozess nicht, ich halte ihn für notwendig. Auch halte ich es für erforderlich, dass wir hier eine Transparenz bekommen, und zwar eine Transparenz, die länderübergreifend ist, und mit so einem Instrument – wir haben das schon in der Finanzministerkonferenz angeregt – und mit den Zahlen offen umzugehen.

(D)

Davor fürchte ich mich nicht, und ich denke, dass dann mit einigen Vorurteilen aufgeräumt wird. Das Verhalten der Kollegen aus den Geberländern, die diesem Wunsch des Saarlandes und Bremens – wir haben schon viel Erfahrung in Bremen mit Benchmarking – skeptisch gegenüberstehen, zeigt auch, dass sie mittlerweile begriffen haben, dass solche Vergleiche nicht, wie sie zuvor immer postuliert und behauptet haben, zu Lasten von Bremen und des Saarlandes gehen, sondern dass sie möglicherweise auch zu Lasten der Geberländer gehen und deutlich wird, dass wir in bestimmten Bereichen unsere Hausaufgaben gemacht haben, die anderen allerdings nicht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich brauche aber in diesem Bereich Ihre Unterstützung, Ihre Unterstützung für die zielgerichtete Fortführung des Benchmarkings in allen Aufgabenfeldern. Die Ergebnisse müssten dann noch jeweils in die Haushaltsaufstel-

(A) lung und auch in den Vollzug einfließen. Ich kann in diesem Zusammenhang nur noch einmal eindeutig sagen, dass das, was der Berliner Kollege Sarrazin macht, der nun in der letzten Woche beim Finanzplanungsrat wiederum versucht hat, mit seinem Berliner Kurs zu Lasten von Bremen, zu Lasten des Saarlandes sich abzusetzen, nicht in Ordnung ist. Es wurde da auch ganz deutlich, dass jemand, der zwei Milliarden Euro Sonderergänzungszuwendungen des Bundes, die ausschließlich investiv zu verwenden sind, ausschließlich für konsumtive Zwecke benutzt, nicht derjenige ist, der uns hier in Bremen sagen kann, wie wir unseren Kurs zu fahren haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben zur Vorbereitung unserer Klage, aber auch zur Standortbestimmung renommierte Finanzwissenschaftler und Verfassungsrechtler mit der Erstellung von Gutachten beauftragt, die einerseits die verfassungsrechtliche Situation, also die Frage nach der verfassungsrechtlichen Garantie auch eines Stadtstaates belegen sollen, und Finanzwissenschaftler, die unseren Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung herausarbeiten sollen. Diese Gutachten haben gezeigt, dass es gerechtfertigt ist, den Weg zum Verfassungsgericht zu beschreiten.

(B) An dieser Stelle sage ich gleichzeitig, ich meine, es wäre falsch, erst das Ergebnis von Verhandlungen abzuwarten oder erst das Ergebnis einer Klage abzuwarten, ohne bereits jetzt mit dem auch für die Erfolgsaussichten einer Klage notwendigen Eigenbeitrag zu beginnen und diesen Eigenbeitrag zu intensivieren. Wer das nicht tut, sondern abwartet, der vergrößert unser Defizit, und der verkleinert die Chancen einer Durchsetzung unseres berechtigten Anspruchs. Jeder weiß natürlich, dass Klagen und Verhandeln keine Gegensätze sind, sondern dass man das parallel und abgestimmt tun kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend feststellen: Ich meine, der Senat hat bei den Beratungen zum Haushalt 2006/2007 im Sinne der elementaren öffentlichen Aufgabenfelder richtungweisende Entscheidungen getroffen. Das wird mit dem Lösen der letzten offenen Fragen und im Rahmen der weiteren Finanzplanung bis 2009 fortgesetzt werden. Wir haben gegenüber den Eckwertbeschlüssen vom April 2005 finanzielle Probleme in einer Größenordnung von fast 200 Millionen Euro pro Haushaltsjahr gelöst. Wir haben zusätzliche Bedarfe der Ressorts in Höhe von 45 respektive 55 Millionen Euro gedeckt. Neben den konkreten Forderungen in den Produktplänen Inneres, Sport und Kultur konnte damit das strukturelle Defizit in den Bereichen Justiz, Sozialleistungen, aber auch der im öffentlichen Fokus stehende besondere Personalbedarf in der Steuerverwaltung gedeckt werden. Damit ergeben sich auch für uns Möglichkeiten zur Steigerung der Steuereinnahmen durch einen verstärkten Personaleinsatz in der Betriebsprüfung.

(C) Eine konsequente Konsolidierungspolitik darf aber nicht zu sozialem Kahlschlag führen. Wir müssen, ich sagte es schon, die Menschen mitnehmen, wir müssen sie in ihren Bedürfnissen ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang sind deshalb auch richtungweisende Schwerpunktsetzungen, die Entscheidungen zur Anschubfinanzierung im Rahmen des Tagesbetreuungsausbaugesetzes, zum Ganztagschulprogramm und zu den Pisamaßnahmen zu sehen. Ich bin überzeugt, dass wir den Menschen in unseren beiden Städten vor diesem Hintergrund den weiteren Sanierungskurs gut vermitteln können. Die Einsicht zur Notwendigkeit konsequenten Handelns ist in der Bevölkerung angekommen. Die Akzeptanz für nicht überzeugende Großprojekte und teure Verschönerungsmaßnahmen ist nicht mehr vorhanden.

Ich bin der festen Meinung, dass wir mit dem Doppelhaushalt 2006/2007 im Sinne dieser Zielsetzung gut aufgestellt sind und dass wir sehr gut belegen können, warum wir den verfassungsrechtlich vorgegebenen Rahmen zur Kreditaufnahme deutlich überschreiten. Deshalb begründen wir auch alle Ausgaben nach den Kriterien, die wir in Anlehnung an das Urteil des Berliner Staatsgerichtshofs mit dem Haushalts- und Finanzausschuss vereinbart haben. Aber ich bin auch genauso davon überzeugt, dass wir im notwendigen Maße die Grenzen einhalten, um im Rahmen der weiteren Finanzplanung, mit der Option auf neue externe Hilfe, eine weitere erfolgreiche Zukunftsperspektive für die Freie Hansestadt Bremen aufzuzeigen.

(D) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Ende noch meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses, aber natürlich auch an alle Haushälter in den anderen Ressorts aussprechen: Ohne deren Einsatz in den letzten Wochen und Monaten wäre die Haushaltsaufstellung und die Finanzplanung, die sich an so vielen unterschiedlichen Zielvorgaben orientieren muss, nicht möglich gewesen. – Vielen Dank dafür und Ihnen vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit den Haushaltsentwürfen 2006 und 2007 muss Bremen dem Bundesverfassungsgericht, dem Bund und den anderen Ländern beweisen, dass Bremen sparsam, wirtschaftlich und vor allem seriös mit Geld umgehen kann. Das Problem dabei ist, was anderswo üblich ist, ist für die große Koalition etwas völlig Neues. Bislang hat es die große Koalition in Bremen noch nicht einmal hinbekommen, eine korrekte Buchhaltung zu machen.

(A) Aus politischen Gründen sind massiv laufende Ausgaben als Investitionen verbucht worden, um ein falsches Bild über die tatsächliche Lage zu vermitteln. Das hat der Rechnungshof immer wieder festgestellt, und wir Grünen haben uns den Mund fusselig geredet, um mit der systematischen Falschverbuchung laufender Ausgaben als Investitionen endlich Schluss zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

91 Millionen Euro sind es für das Land Bremen jedes Jahr. In diesem Haushalt wird nun zum ersten Mal von der Koalition das seit Jahrzehnten geltende Recht angewandt, wie es auch überall woanders in der Republik angewandt wird, das ist ein Schritt in die richtige Richtung, ein notwendiger Schritt zurück in die Rechtsgemeinschaft. Sie können allerdings natürlich kein Lob von der Opposition erwarten, wenn einfach nur künftig das geltende Recht angewandt werden soll.

Wir wollen anerkennen, dass für den Justiz- und den Sozialhaushalt realistischere Ansätze in den Haushalt eingestellt worden sind, als es in den letzten Jahren der Fall war. Es gab dann immer eine richtig teure Einigung, wenn sich während des Jahres herausstellte, dass höhere Ausgaben oder niedrigere Einnahmen in Bereichen kommen würden, in denen niemand einen Schalter umlegen kann, um Geld zu sparen, sondern wo die Ausgaben einfach nur durch den Bund festgelegt werden und ein Rechtsanspruch besteht. Früher musste der überhaupt nicht beeinflussbare Zusatzbedarf erkaufte werden, indem eine Kompensation für andere Ressorts geschaffen werden musste. Das wird es nun glücklicherweise so nicht mehr geben. Unter den Bedingungen der großen Koalition führt ein höherer Haushaltsanschlag manchmal zu niedrigeren Gesamtkosten. Absurd, aber so ist es hier!

(B) Bremen hat bei den laufenden Ausgaben massiv gespart. Bremen hat dort wesentlich mehr eingespart als andere Länder. Das Ende der Fahnenstange ist in etlichen Bereichen erreicht. Kollege Joachim Schuster hat gestern die Situation im Sozialhaushalt plastisch geschildert. Ich will es nicht wiederholen. Die laufenden Haushalte werden weiter unter Druck bleiben.

Ich kann mir aber auch nicht vorstellen, dass wegen 40 000 Euro Einsparungen, die andernorts für Hochglanzbroschüren, Beratungskosten oder Dienstwagen ausgegeben werden, die Verbraucherzentrale in Bremerhaven geschlossen werden soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kürzungen hat es dort bereits umfangreich gegeben, und das ist auch vertretbar. Wenn aber die Struktur als solche auf dem Spiel steht, dann muss man sich entscheiden, ob es weiterhin Beratungen für Verbraucherinnen und Verbraucher in Bremerhaven geben

soll oder ob auf absehbare Zeit Schluss damit ist. Das kann man nicht einmal so schnell wieder hochziehen, wenn wieder einmal etwas Geld vorhanden ist. Bei der Schuldenberatung im Gefängnis ist es das Gleiche. Wenn die Leute, die es können, erst einmal weg sind, dann sind ihre Kenntnisse nicht einfach so an Nachfolger weiterzugeben. Weil alles zusammengespart worden ist, ist dann der Staat irgendwann nicht mehr in der Lage zu handeln. Das müssen wir verhindern.

(C)

Wir sind nicht nur mit dem Geld ganz konkret in der Klemme, sondern Bremen steht auch politisch schlecht dar. Bremen ist wegen der Investitionsstrategie der großen Koalition bundesweit in der Kritik. Da geht es nicht nur um einzelne Fehlinvestitionen, sondern es geht um den gesamten Kurs. Die große Koalition hat aber die Investitionsausgaben in eine Höhe getrieben, die nicht nur uns Grünen, sondern auch allen anderen in der Republik die Tränen in die Augen treibt. CDU und SPD in Bremen haben die Investitionsausgaben pro Einwohner fast verdoppelt. Das führt dann dazu, dass nach all den Jahren schmerzhafter Sparmaßnahmen Bremen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens pro Einwohner inzwischen deutlich mehr ausgibt als jedes andere Land in der Bundesrepublik. Bremen ist inzwischen Spitzenreiter bei den Ausgaben pro Kopf. Diese Position ist selbstverschuldet. Das liegt an den teuren Investitionen, von denen wir herunter müssen, um überhaupt eine Chance vor dem Bundesverfassungsgericht zu haben.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die formale Kenntnisnahme der Bremer Politik im Finanzplanungsrat mag ein juristisches Argument sein, hoffentlich rettet es uns. Die politische Verantwortung trägt aber die große Koalition. Wenn Jens Böhrnsen in seinem Papier als Zielmarke angegeben hat, dass Bremen im Jahre 2012, erst im Jahre 2012, das Investitionsniveau von Hamburg erreichen soll – immer noch ein Geberland im Länderfinanzausgleich –, dann müssen wir die Pro-Einwohner-Investitionen von ungefähr 1050 Euro auf etwas über 600 Euro absenken. Das ist dann das Niveau von Hamburg.

Sparen ist immer ein Problem, vor allem aber dann, wenn man keinen Maßstab hat. Wenn wir so viel investieren wie Hamburg, dann heißt es nicht, dass wir handlungsunfähig sind. Über 550 Millionen Euro Investitionen in Bremen und Bremerhaven sind nicht nichts. Die Politik der letzten Jahre hat zu einem Anspruchsdenken geführt, das häufig schlicht nicht bezahlbar ist. Bremen muss sich glaubhaft von dem bisherigen Investitionskurs abgrenzen, und dort besteht der größte Handlungsbedarf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bedeutung der Frage, ob es gelingt, die Investitionen erst im Jahre 2012 auf das Niveau Hamburgs

(A) zu reduzieren, hat Herr Böhrnsen in seinem Papier zutreffend dargestellt. Das, was an Kürzungen bei Investitionen im Papier steht, ist das Mindeste, was nötig ist. Egal, ob es dem einen oder anderen Chefredakteur oder Kommentarschreiber gefällt oder nicht, wenn Herr Böhrnsen umknickt oder zu Fall gebracht wird, dann sinken die Chancen Bremens beim Bundesverfassungsgericht ganz erheblich. Scheitert er, sei es an der CDU oder an der SPD, und scheitert Bremen in Karlsruhe, das muss uns klar sein, dann ist ein Entrinnen aus einer immer weiter steigenden Verschuldung, ein Entrinnen aus einer immer schneller werdenden Schuldenspirale unmöglich. Umgekehrt, wenn jetzt auf Freiheiten verzichtet wird, die es niemals gegeben hat, dann können vielleicht Spielräume in der Zukunft entstehen. Wer jetzt noch zusätzliche Investitionen durchbringen will, setzt die Selbständigkeit Bremens aufs Spiel und damit die mittel- und langfristige Perspektive für das jeweilige Anliegen.

Niemand sollte darauf vertrauen, dass ein Nordstaat oder die niedersächsische Landesregierung den Kommunen Bremen oder Bremerhaven das Investitionsniveau Hamburgs zubilligen würde.

(B) Es geht nicht nur um die 30 Millionen Euro, die jeweils in 2006 und 2007 gekürzt werden sollen und für die es immer noch keine Einigung gibt. Überhaupt scheint der Vorrat an Einigungsmöglichkeiten erschöpft zu sein. Diese Gelder sind als globale Minderausgabe in die Haushaltsentwürfe eingestellt worden. Wir dürfen abwarten, welchen Vorschlag der Senat zur Verteilung dieser Einsparungen macht. Es geht auch nicht um die zusätzlichen sieben Millionen Euro in 2007, die nach dem Böhrnsen-Papier darüber hinaus gestrichen werden sollten, die aber im Haushalt gar nicht erst auftauchen.

Die eigentliche Musik spielt im Bereich des Anschlussinvestitionsprogramms. Da hatte die Koalition vor, noch zirka 140 Millionen Euro bis zu ihrer Abwahl 2007 an so genannten Vorfinanzierungskontingenten auszugeben. Im Finanzplanzeitraum hatte die große Koalition noch 228 Millionen Euro an Vorgriffen geplant, denen allerdings schon Wunschlisten im Umfang von weit über 300 Millionen Euro gegenüberstanden. Dabei geht es wohlgemerkt nicht um die so genannten Barmittel, die jedes Jahr zur Verfügung stehen, sondern wir müssen uns immer wieder vor Augen halten, die Misere Bremens ist dadurch massiv vergrößert worden, dass der Senat über Finanzierungstricks, über den Kapitaldienstfonds, die Haushalte kommender Jahre bereits jetzt ausgegeben oder vorverpflichtet hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen haben ständig gesagt, dass es falsch war und falsch ist. 140 Millionen Euro sollten zu Lasten der Investitionshaushalte der Jahre 2011 bis 2014 jetzt schon bis 2007 ausgegeben werden. Das war die bis-

herige Einigung zwischen SPD und CDU unter Henning Scherf. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass Herr Böhrnsen jetzt, genauso wie wir es auch immer gesagt haben, ein Ende der Vorfinanzierung fordert, wenn auch etwas versteckt und verklau-suliert.

Die SPD-Fraktion hat die Position freundlicherweise noch etwas deutlicher als der Bürgermeister ausgedrückt, ich zitiere: „Die AIP-Wunschlisten der Ressorts sind gegenstandslos. Auch Beschlossenes muss überprüft werden, Investitionsentscheidungen zu Lasten kommender Haushalte darf es nicht mehr geben.“ Das haben die Grünen schon sehr lange und sehr deutlich gefordert. Wir Grünen haben diese ganzen Finanzierungstricks, das Verfrühstücken der Investitionsmittel weit entfernter Haushaltsjahre immer aufs Schärfste kritisiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Position der Grünen geht über die der SPD und Herrn Böhrnsen hinaus. Wir wollen das Anschlussinvestitionsprogramm einschließlich der Barmittelreste ganz abschaffen. Die SPD will die Barmittelreste, immerhin 25 Millionen Euro, mit dem Grundinvestitionsprogramm zusammenlegen. Wir werden aber den Bürgermeister daran messen, ob es ihm gelingt, wenigstens das durchzusetzen, was er angekündigt hat, denn das ist im Interesse Bremens bitter nötig.

(D) Im Haushaltsentwurf, den der Senat beschlossen hat, ist keine Kreditermächtigung für solche Vorfinanzierungen vorgesehen, und wir Grünen werden in den nun kommenden Haushaltsberatungen im Ausschuss ein Auge darauf haben, dass das so bleibt. Irgendwelche Zugeständnisse, auch um zum Beispiel die Finanzplanung beschließen zu können, dürfen nicht zu Lasten künftiger Generationen gemacht werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Zusammenhang finden wir den Vorschlag des CDU-Innensenators Röwekamp, auf das Turnfest für neun Millionen Euro zu verzichten, auch allenfalls putzig. Dieses Projekt war nie finanziert. Es war eine Seifenblase, die nun geplatzt ist. Es wäre im Übrigen auch wegen der extremen Haushaltsnotlage von Verfassung wegen verboten, das Turnfest zu finanzieren. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für den Kirchentag, für den 15 Millionen Euro vorgesehen sind. Wir erinnern uns alle, wie das zustande gekommen ist, wie diese Projekte entschieden worden sind, was es damals für ein Chaos war, und jetzt könnten wir uns von mir aus darauf einigen, dass wir über diese Projekte nie wieder diskutieren. Wir könnten sie eigentlich schlicht vergessen, wir streichen sie vom Wunschzettel, und gut ist es. Schauen wir einmal, wie Sie von den Zusagen, die Sie gemacht haben, wieder herunterkommen!

(A) In einer extremen Haushaltsnotlage muss auch die große Koalition die besonderen Bestimmungen erfüllen, die in der Verfassung für eine solche Situation vorgesehen und unter anderem vom Berliner Verfassungsgericht konkretisiert worden sind. Es geht um die Begründung von Ausgaben nach Artikel 131 a der Landesverfassung. Wir Grünen haben diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, und schließlich hat der Senat dem zugestimmt. Wenn wir uns jetzt die Ausführungen dazu anschauen – es ist hier erstmals so, dass in dem Haushalt solche Ausführungen angebracht sind –, dann gibt es da noch einigen Handlungsbedarf im Rahmen der Beratungen im Haushaltsausschuss und im Rahmen der Tätigkeit der Berichterstatter.

Es muss jedem, egal ob in der Verwaltung oder in der Politik, ständig klar sein, dass nur noch solche Ausgaben gemacht werden dürfen, die bundesrechtlich verpflichtet sind oder in der Landesverfassung geregelt sind, Landesgesetze spielen dabei keine Rolle. Nur in ganz wenigen Fällen, zum Beispiel wenn es den Staat teurer käme, eine Ausgabe nicht zu machen, sind Ausnahmen zulässig. Das ist die Rechtslage. Das gilt auch und gerade im Bereich der Erhaltungsinvestitionen, also dort, wo der Staat ein Gebäude, einen Radweg oder irgendeine Maschine unterhält, wo Geld investiert werden muss, um in einem überschaubaren Zeitraum mehr Geld einzusparen, als man hineingesteckt hat. Jeder Unternehmer würde solche Kosten aufbringen, das ist ein völlig normales wirtschaftliches Denken.

(B) Von so einem hervorragenden Beispiel haben wir gestern gehört, nämlich dem Stromeinsparprogramm für öffentliche Gebäude, meine Damen und Herren. In dem Minipilotprojekt sind zirka 76 000 Euro ausgegeben worden, und es werden dadurch 9000 Euro jährlich gespart. Das rentiert sich also – kann jeder nachrechnen – nach acht, neun Jahren und spart danach jedes Jahr mehr Geld. Nicht nur das, jedes Jahr werden allein durch diese geringe Summe 55 Tonnen Treibhausgas eingespart. Überschaubare Investitionen, die nach ziemlich kurzer Zeit zu echten Einsparungen führen und darüber hinaus auch noch richtig Gutes für die Umwelt bewirken! Solche Investitionen soll und muss der Staat auf jeden Fall machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darum habe ich auch kein Verständnis dafür, dass die CDU letzte Woche in der Umweltdeputation nicht bereit war, mit diesem hervorragenden Pilotprojekt jetzt in die Fläche zu gehen und mit dem Geldsparen durch Erhaltungsinvestitionen weiterzumachen, und zwar mit dem Argument, dass der Koalitionspartner andere Investitionen blockieren würde.

(Widerspruch bei der CDU)

Das kann doch nicht wahr sein. Weil der eine seinen Willen nicht bekommt, wird der andere erpresst, und

sinnvolle, bares Geld sparende Investitionen bleiben auf der Strecke. So darf das nicht laufen! (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eben nötig, zwischen verschiedenen Arten von Investitionen zu unterscheiden. Wenn es gelingt, alle solche Investitionen zu tätigen, durch die der Staat auf absehbare Zeit selbst Geld spart, dann wäre es eine gute Sache. Ausgaben, die die Wirtschaftlichkeit erhöhen, müssen oberste Priorität haben.

Bei den europäischen Mitteln ist der befürchtete Kahlschlag erfreulicherweise ausgeblieben. Es wird zwar ab 2007 weniger Geld ausgegeben, aber nicht viel weniger.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss!

Jede Vorstellung, das jetzt herauszulösen, und dann am besten auch noch zwischenfinanziert, Kofinanzierungen per Kredit zur Verfügung zu stellen, das wird jenseits unserer Möglichkeiten liegen. Es liegt bislang keine Drittmittelübersicht vor. Kofinanzierungsmittel unterliegen denselben Restriktionen wie andere Mittel auch. Weil bei Kofinanzierungen zusätzliches Geld eingeworben wird, gibt es den Anreiz, sich darauf zu konzentrieren, das bedeutet aber Einsparungen anderswo.

Bremen muss mit diesem Haushalt den Beweis antreten, dass dieses Land kein Fass ohne Boden ist, Herr Dr. Nußbaum hat es gesagt, sondern dass wir in der Lage sind, die Konsequenzen aus der falschen Politik der großen Koalition der letzten elf Jahre zu ziehen. Wir müssen wieder auf dem Boden der Realität Haushalte und Ausgabelinien festlegen. Wir müssen uns von dem Gedanken verabschieden, dass gute Politik allein etwas mit Geldausgeben zu tun hat. Entwickeln wir das, was wir haben, weiter und kümmern wir uns um die Qualität der Dienstleistungen und Angebote! Die Zeit der Schönfärberei, der unseriösen Versprechungen, der teuren Umarmungen muss zu Ende sein. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich vermute einmal, dass Sie von der Graubündener Straße sind? Die zehnte Klasse? Dann darf ich Sie recht herzlich begrüßen.

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der uns hier heute

*) Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) vom Senat vorgelegte Doppelhaushalt 2006/2007 ist ein besonderer Haushalt. Ich finde, wir müssen uns diesen Eckpfeiler in dieser Debatte immer wieder vor Augen führen. Es ist ein Haushalt der Zäsur! Es ist der erste Haushalt, der völlig ohne externe Sonderhilfe und auch ohne Hilfehoffnung wie noch in den vergangenen Haushalten auskommen muss. Es ist ein Haushalt, der sich bei unserer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, bei unserem notwendigen Einstieg in die Verhandlungen bewähren muss. Es ist eben ein Haushalt, der nicht nur in Bremen und Bremerhaven auf hohe Akzeptanz stoßen muss, sondern der sich auch mit den Haushalten anderer Länder und Stadtstaaten vergleichen können muss.

Wir sind nach wie vor mit dem Problem des großen Ungleichgewichts zwischen unseren Einnahmen und Ausgaben konfrontiert, ein Ungleichgewicht – daran will ich an dieser Stelle erinnern, weil es in der Darstellung immer wieder in die Schiefelage gerät –, das dadurch entstanden ist, dass die Einnahmeentwicklung, übrigens aller öffentlichen Haushalte, aber eben auch bei uns, in den vergangenen Jahren deutlich unter der prognostizierten geblieben ist und wir damit diese Situation heutzutage haben, zur Kenntnis nehmen und damit umgehen müssen. Wir müssen aber feststellen, dass sie unverschuldet ist, dass wir hier einen Haushalt haben, von dessen Verfassungskonformität uns immerhin gut 500 Millionen Euro trennen. Das ist politisch mittlerweile in dieser Republik keine Sondersituation mehr, wenn wir wissen, dass die überwiegende Zahl der Bundesländer Schwierigkeiten mit ihren Haushalten und der Verfassungskonformität haben. Wir haben gestern in der Föderalismusdebatte über die notwendigen Konsequenzen auch aus bremischer Sicht gesprochen.

(B) Wir müssen, ich gebe dem Finanzsenator da völlig Recht und finde, er hat es hier umfassend und überzeugend dargelegt, auf die Eigenanstrengungen setzen, wenn wir diese Glaubwürdigkeit erreichen wollen. Ich möchte hier über die drei größten, wichtigsten Blöcke, die Investitionen, die konsumtiven Ausgaben und die Personalkosten, kurz etwas sagen.

Ich will mit den Investitionen anfangen, weil es der Bereich ist, der zurzeit im Mittelpunkt der politischen Debatte in diesem Lande steht. Ich denke, das ist der Bereich, bei dem wir innerhalb der Koalition am intensivsten diskutieren, aber, darauf will ich hinweisen, auch in der Öffentlichkeit eine intensive Diskussion stattfindet. Wir sind in einer Lage, dass wir in Bremen Überinvestitionen haben. Wir investieren in einem Maße, was deutlich, deutlich, meine Vorredner haben es gesagt, über dem Durchschnitt der anderen Länder liegt, allein 300 Prozent über den Investitionen des Stadtstaates Berlin und 80 Prozent über denen von Hamburg. Wenn man bei Bund und Ländern bestehen will, dann muss man auch an dieser Stelle die Vergleichbarkeit herstellen.

Wir sind in neuen Zeiten und brauchen an der Stelle deutlich neue Antworten, neue Antworten deshalb,

weil, und das ist doch die Ursache, wir dieses erhöhte Investitionsniveau erreicht haben und angegangen sind, weil wir in den letzten zehn Jahren Sonderhilfen bekommen haben, Sonderhilfen, mit denen wir eindeutig die Möglichkeit bekommen haben zu investieren. Diese Sonderhilfen von Bund und Ländern sind aber ausgelaufen. Wenn Sonderhilfen ausgelaufen sind, dann muss man auch die Sonderinvestitionen korrigieren. Das ist die politische Herausforderung, vor der wir stehen. Das braucht in der politischen Diskussion einen Mentalitätswechsel, beinhaltet aber auch die Chance, vieles, was sich natürlich in solchen Situationen entwickelt und nicht im Kern notwendig ist, zu korrigieren. Die Chance wäre hier, in der Investitionspolitik auf Klasse statt auf Masse zu setzen. Ich bin sicher, dass wir das mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung erreichen können.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist die Zielrichtung, die der Bürgermeister in seinem Eckpunktepapier formuliert und niedergelegt hat und die ich auch für alternativlos halte, die, dass wir 2012 Hamburg erreichen, Herr Köhler hat es angesprochen. Ich gebe Ihnen Recht, das ist außerhalb Bremens durchaus erklärungsbedürftig, warum wir erst 2012 auf das Niveau kommen. Man kann es sich aber doch nicht ganz so einfach machen, weil wir gute Begründungen dafür haben, ein solches Investitionsniveau anzustreben und uns übrigens sehr zügig auf diesen Weg zu begeben. Ich finde es etwas leichtfertig, hier zu sagen, man könne und müsse da doch jetzt noch mehr machen, wenn man Glaubwürdigkeit wolle. Da muss man dann wirklich glaubwürdig bleiben.

Wenn Sie das, was Sie hier gesagt haben, in die Realität umsetzen würden, dann müssten Sie Konsequenzen ziehen, die auch zu Anträgen und Initiativen der Fraktion der Grünen nicht passen. Ich beobachte hier immer mit Wohlwollen, wie stark man hinter den Aktivitäten und den Entwicklungen in der Universität, in der Forschung, im Forschungsbereich steht,

(Beifall bei der SPD)

wenn man dann das Geld braucht, dann muss man die Investitionen dafür auch haben. Sie können sich hier nicht hinstellen und sagen, wir müssten noch stärker einschneiden, und dann an diesen Bereich aber mehr Forderungen stellen. Das passt nicht zueinander. Ich glaube, dass dieser Weg zum Hamburger Niveau, ein Niveau von 480 Millionen Euro Investitionen im Jahr, gut begründet ist und sich auch an den Einzelmaßnahmen wird belegen lassen.

Dazu gehört aber, da gebe ich Ihnen völlig Recht, dass wir mit gewissen Dingen aufhören, die auch etwas damit zu tun hatten, dass wir Erwartungen im Bereich von Einnahmen und weitere Bundeshilfen an die Zukunft hatten und in der Erwartung, das wird

(C)

(D)

(A) sich dann schon auffüllen, Vorfinanzierungen eingegangen sind. So ist es nicht mehr. Deshalb sagen wir als SPD-Fraktion, die Vorfinanzierungen können so nicht weitergehen. Wir können die Investitionspolitik nicht auf den Schultern zukünftiger Generationen durchführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will jetzt nicht auf viele Einzelpunkte eingehen. Ich will aber für meine Fraktion deutlich machen, und ich finde, die Zahl 500 Millionen steht dafür unzweifelhaft, wir Sozialdemokraten sind noch nie als Investitionsgegner aufgetreten, sondern wir haben immer auch wirtschaftspolitisch vertreten und vertreten es auch weiterhin, dass eine ordentliche öffentliche Investition natürlich ein ganz wesentlicher Beitrag dafür ist, dass wirtschaftliche Entwicklung läuft und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ich finde, mit einer Investitionsquote von 500 Millionen leisten wir das und stehen wir immer noch gut da. Ich lasse mir jedenfalls nicht anhängen, dass wir hier investitionsfeindlich sind. Wir sind im Umgang damit aber nicht leichtfertig.

(B) Herr Senator Kastendiek, da möchte ich Sie ansprechen, weil ich heute Morgen ein Interview gelesen habe, das haben sicherlich viele schon gelesen, bei dem ich fand, auf der einen Seite werden da Selbstverständlichkeiten angesprochen, Selbstverständlichkeiten dahingehend, dass gesagt wird, wir müssen doch weiter in die Häfen investieren, schon beschlossen, Selbstverständlichkeiten, dass wir sagen, wir müssen weiter etwas im Bereich Luft- und Raumfahrtspolitik machen! Ich kenne keinen, der für die Luft- und Raumfahrtpolitik hier nichts machen will und der nicht anerkennt, dass beispielsweise bei Airbus, auch mit den öffentlichen Hilfen, der Arbeitsplatzaufbau in den letzten Jahren gewaltig war. All diese Dinge, ich könnte aus Ihrem Interview noch mehrere Punkte nennen, waren Selbstverständlichkeiten.

Es kann nicht angehen, dass Sie als Senator, auch wenn Sie viele Investitionen zu verantworten haben, in einem solchen Interview die Öffentlichkeit nicht darüber aufklären, dass Investitionen auch finanziert werden müssen und dass wir uns vor dem Bundesverfassungsgericht bewähren und beweisen müssen. Ich erwarte, dass sich hier jeder Senator für das Ganze engagiert und sich nicht geriert wie ein Abteilungsleiter für seinen Bereich. Wir haben eine Gesamtverantwortung, meine Damen und Herren. Stellen Sie sich dem! Wir brauchen das Alle-Mann- und das Alle-Frau-Manöver. Das erwarte ich auch in Interviews.

(Beifall bei der SPD)

Uns wird in der Investitionspolitik immer unterstellt, wir hätten da keine konkreten Überlegungen. Ich werde hier nicht – entschuldigen Sie – auf die Ebene gehen, dass ich über Turnfeste, Kirchentage oder ähn-

liche Ereignisse rede. Das finde ich nicht angemessen.

(Bürgermeister R ö w e k a m p : Schade!)

Schade, Herr Röwekamp! Das mögen Sie so finden. Ich weiß aber nicht, ob Sie es nicht in Wirklichkeit schon schade finden, dass Sie diese Äußerungen gemacht haben, weil ich glaube, sie haben nicht zu Ihrem Renommee beigetragen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen als Sozialdemokraten, und da halten wir uns ganz genau an das, was wir gemeinsam – da waren Sie noch nicht im Koalitionsausschuss – im Koalitionsausschuss beraten haben. Wir können Investitionen im Bereich der Wirtschaftsförderung reduzieren, wenn wir das machen, was beispielsweise das Bundesland Niedersachsen macht. Wir müssen in der Wirtschaftspolitik eine Umstellung von der Zuschussförderung hin zur Darlehensbefürwortung eingehen. Das ist ein richtiger Weg, Niedersachsen macht es erfolgreich. Lassen Sie es uns auch anfangen!

(Beifall bei der SPD)

(D) Wir haben bei den Gewerbeflächen eine Situation, dass wir mittlerweile Vorräte haben. Das weiß doch jeder, das ist auch zugestanden, das sieht man auch in Senatsmitteilungen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir haben keine Notwendigkeit mehr, weiter Vorrat zu erzeugen, sondern müssen bedarfsorientiert vorgehen. Bedarfsorientiert heißt, wenn einer an die Tür klopft, der nirgendwo anders hin kann als an eine bestimmte Stelle, dann kann man da die Bagger rollen lassen. Ansonsten haben wir in den Städten keinen Bedarf mehr an Gewerbeflächeninvestitionen. Wenn man da korrigiert, wird man zu Kürzungen kommen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen versuchen, die Eigenbeiträge Dritter bei allen Maßnahmen zu erhöhen. Eine große Aufgabe, die Herr Neumeyer als neu gewählter Senator sicherlich als erste vor sich haben wird, ist, dass wir zu Kostenreduzierungen und Standardreduzierungen kommen, eine alte Diskussion, warum wir die breiten Fahrradwege unbedingt in Gewerbeflächen brauchen, warum der Ausbaustandard so hoch sein muss. Da kann man Geld sparen. Diese konkreten Dinge müssen angegangen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum zweiten Block, den konsumtiven Ausgaben, sagen, dass wir hier einen Bereich vor uns liegen haben, in dem in den letzten Jahren

(A) enorme Kürzungsleistungen erbracht worden sind! Im Gegensatz zur Situation der Investitionshaushalte bewegen wir uns hier im Schnitt der Länder und der anderen Städte, auch der Hansestädte. Hier bewegen wir uns auf dem Niveau, hier ist quasi schon geschafft worden, was wir noch vorhaben, und ich will an dieser Stelle im Gegensatz zu der allgemeinen Beschimpfung das Sozialressort hier ausdrücklich loben. Es hat in den letzten Jahren große Sparleistungen vollbracht. Das muss hier einmal gesagt werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Die in diesem Haushalt angelegte Nulllinie, sozusagen bei den konsumtiven Ausgaben so zu bleiben, wie man steht, wird verdammt schwierig, insbesondere vor dem Hintergrund der Umbuchung der bisher konsumtiv erscheinenden Kosten als Kosten, die bisher als investiv verbucht werden, auf konsumtive Ausgaben. Das wird einen zusätzlichen Druck erzeugen. Ich finde, auch da darf man, Herr Köhler, nicht so schnell mit seinen Worten sein, denn gerade im Bereich der Universität haben wir viele gute Investitionen in die Köpfe. Ich habe hier immer ein breites Einverständnis wahrgenommen, dass Investitionen in die Köpfe richtig sind und dass eine Investition in die Köpfe sich nicht immer haushaltstechnisch als Investition buchen lässt, sondern häufig konsumtiven Charakter hat, aber trotzdem in dem Sinne eine Zukunftsangelegenheit, eine Zukunftsmaßnahme ist und auch Zukunftsinvestitionscharakter beinhaltet. Ich bitte, da bei diesen schnellen Worten vorsichtig zu sein.

(B)

Der Finanzsenator hat es hier gesagt: Wir müssen dafür sorgen, auch bei diesem Haushalt, dass wir all das, was wir in der Wissenschaftspolitik geschafft haben, weitermachen, denn ich sage auch, wenn ich mir das anschau – auch die letzten zehn Jahre –, die beste Wirtschaftspolitik in diesem Lande war unsere offensive Wissenschaftspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf zum konsumtiven Haushalt kurz ansprechen, dass da natürlich noch verschiedene Schief lagen sind. Schon hier können wir uns, glaube ich, alle versprechen – das wird wahrscheinlich für alle Fraktionen gelten, selbst für die Opposition –, dass sich die Zahl der Änderungsanträge im Zaum halten wird. Es gibt aber gewisse Dinge, die vor dem Bundesverfassungsgericht nicht entscheidend sind, aber sie sind entscheidend dafür, dass dieses Bundesland seine Stabilität hat und seine Grundleistungen weiter erbringen kann, und da müssen Korrekturen her. Die Kürzungsmaßnahme bei der Verbraucherzentrale ist hier schon angesprochen worden. Für meine Fraktion sage ich, das geht so nicht. Der Präsident hat sie als Bür-

gerinitiative bezeichnet. Ich teile das voll und ganz, das muss korrigiert werden.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Gleiches gilt für die Anschläge im Bereich der Weiterbildung und auch im Bereich der Jugendbildung. Wir werden dazu Initiativen machen, meine Damen und Herren. Das ist auch in diesem Haushalt möglich und darstellbar. Mir fällt da eine ganze Reihe ein, um 40 000 Euro aufzubringen. Wenn wir das nicht mehr könnten, dann könnten wir in der Tat hier nur der Verwaltung die Politik überlassen. Das brauchen wir Gott sei Dank nicht.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich nur ein Wort zu den Personalkosten sagen, weil ich denke, dass wir zur Kenntnis nehmen und realisieren müssen, dass der Solidarpakt in der Form, wie er angestrebt worden ist, unrealistisch ist! Er ist auch deshalb unrealistisch geworden, weil wir einen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst auf Bundesebene haben, der eine Meistbegünstigtenklausel beinhaltet und dort diese erhofften automatischen Öffnungen nicht beinhaltet hat. Es ist jetzt notwendig und eigentlich überfällig, dass diese anlaufenden Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst sehr schnell zum Ende geführt werden.

Da bin ich, das sage ich deutlich, unzufrieden, auch mit dem, was die Tarifgemeinschaft der Länder darbietet. Seit zwei Jahren wird daran gearbeitet. Seit langem ist bekannt, dass der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes abgeschlossen ist, und immer noch werden aus vielen Bundesländern scharfe Töne angeschlagen. Ich finde, dass auch die Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite – insbesondere beobachte ich da Tag für Tag Herrn Möllring – eine Verantwortung dafür tragen, dass Streik und Konflikt nicht weiter Geld kosten und den öffentlichen Bereich hier blockieren. Es ist hier ein vernünftiges Verhandlungsangebot nötig, damit wir zu Ergebnissen kommen, das schont auch die Haushalte.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Man hat vielfach den Eindruck, dieser Haushalt könne nur unter Spargesichtspunkten diskutiert werden. Das wird einem Haushalt in der Höhe von 3,8 Milliarden Euro nicht gerecht. Es darf hier nicht der Eindruck entstehen, Bremen und Bremerhaven würden im Elend versinken. Ich finde, wir können den Bremern und Bremerhavenern sagen, dass auch dieser Haushalt viel für das Gemeinwesen leistet, übrigens viel Notwendiges macht und Staatsaufgaben wahrnimmt, die wahrgenommen werden müssen. Das wird hier in Bremen und Bremerhaven kein Nachwächterstaat. Das darf es nicht werden, und das wird es nicht werden.

(A) Dieser Haushalt setzt jedenfalls andere Akzente. Er setzt andere Akzente im Bereich der Politik für Arbeit, Senator Nußbaum hat dies angesprochen, Wirtschaftspolitik ist hier benannt worden, ich kann auch nur noch einmal auf den Bereich der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik verweisen, der eben schon bei Investitionen angesprochen wurde. Ich will aber auch das ansprechen, was dadurch geleistet wird, dass Verkaufserlöse bei den Stahlwerken genutzt werden, um ein Arbeitsmarktprogramm ReSoSta aufzulegen. Wir als Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass das gelungen ist, weil wir glauben, dass es ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist.

Ich bin stolz darauf, dass wir es geschafft haben, endlich den Einstieg in den Ausbau der Kindertagesbetreuung hinzubekommen und auch für die Null- bis Dreijährigen etwas abzuschließen. Im Jahr 2006 stehen 1,2 Millionen Euro und 2007 4,2 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist gut. Wir brauchen eine Schwerpunktsetzung für Kinder, Bildung und Familie.

(Beifall bei der SPD)

Die Fortsetzung der Pisa-Programme und Ausbau des Ganztagschulprogramms sind hier in diesem Haushalt verankert und erreicht worden. Ich halte das für Entscheidungen, die man deutlich machen kann und ich will sagen, dass dieser Haushalt auch dafür sorgen muss, dass wir in den Stadtteilen die Aktivitäten fortsetzen können. Wohnen in Nachbarschaften ist eine richtige Entscheidung,

(B)

(Beifall bei der SPD)

übrigens auch die Entscheidung, dass wir dafür sorgen, dass ein Partner der Stadtentwicklung stark an der öffentlichen Seite bleibt. Dass wir es nämlich politisch geschafft haben, die Gewoba in öffentlicher Hand zu lassen, gehört auch zu einem solchen Haushalt. Das schafft uns und verbessert unsere Möglichkeiten, hier Angebote darzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, weil es so ist, dass man sehr gern arbeitsteilig diskutiert, will ich an dieser Stelle deutlich sagen, dass es mein Interesse und Anliegen ist und ich es ausgesprochen positiv finde, dass es gelungen ist, im Senat schon im Dezember auch im Bereich der inneren Sicherheit, der Innenpolitik und der Justizpolitik noch mehr Forderungen anzugehen und mit neun Millionen Euro im Jahr 2006 und zehn Millionen Euro im Jahr 2007 zu verstärken. Dieser Haushalt steht auch dafür, dass innere Sicherheit gewährleistet ist, genauso wie er dafür steht, dass im Bereich des Sports die notwendigen und begründeten Mehrbedarfe erfüllt werden können. Ich finde, das sind Dinge, über die man positiv reden muss

und kann, und so gesehen denke ich, dass wir hier nach der heutigen ersten Lesung in eine Beratung gehen können, bei der wir verschiedene Akzente setzen müssen.

(C)

Insgesamt bieten wir aber in unserer Notsituation doch etwas, was gut für dieses Land ist und dazu führen wird, dass die Selbständigkeit gesichert bleibt, wir aber einen Stadtstaat behalten, der für soziale Verantwortung steht und die soziale Verantwortung wahrnimmt. Ich denke, wir stehen hinter dem Kurs, der hier dargelegt und von Bürgermeister Böhrnsen mit seinem Eckpunktepapier fortgesetzt worden ist, und hinter dem sollte das ganze Haus stehen. Die SPD-Fraktion unterstützt ihn vorbehaltlos. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Sieling, ich habe natürlich mit Vergnügen zur Kenntnis genommen, dass Sie sich so echauffiert haben.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Worüber?)

Das ist ja auch immer gut, weil es der eigenen Fraktion ein bisschen das Hemd stärkt.

(D)

Ich wollte zur Sache eigentlich nur sagen, dass wir einen Haushalt überweisen, der im Senat, glaube ich, in zähem Ringen durchgekämpft worden ist. Ich teile einen großen Teil Ihrer Bewertung. Der Dissens kann eigentlich nicht so dramatisch sein, wenn wir uns über die Eckwerte und darüber einig sind, dass wir bei den Investitionen in beiden Jahren noch einmal 30 Millionen Euro konkretisieren müssen. Das geschieht auch, und dazu stehen wir. Dann haben wir natürlich immer wieder eine ganz dramatische Diskussion um die Investitionen. Wir haben in diesem Doppelhaushalt von beiden Seiten in einem ganz bestimmten Volumen Investitionen beschlossen. Auch hier gibt es in der Sache natürlich immer Streit um die Frage, was muss sein und was muss nicht unbedingt sein, aber im Grundsatz sind wir uns einig. Dies wollte ich nur vorweg sagen.

Ich wollte auch zu der Situation unseres Haushalts ein paar Anmerkungen machen, meine Damen und Herren. Dieser Haushalt 2006 und 2007 steht im Grunde in der bisherigen Tradition der Haushalte zur Überwindung einer extremen Haushaltsnotlage. Der Grundkurs dabei ist, Sparen und Investieren in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen, das heißt, Sparen und Investieren mit Augenmaß zu betreiben. Darum geht es. Dieser Grundkurs ist auch keine Erfindung Bremens, sondern das ist eine Ableitung aus den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Es hat

(A) festgestellt – vielleicht sollten die Grünen das einmal nachlesen –,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die CDU war doch gegen die Klage!)

dass die extreme Haushaltsnotlage weder allein durch Schuldenabbau noch allein durch Investitionen überwunden werden kann, sondern nur durch das Ineinandergreifen verschiedener Maßnahmen.

Die Zielvorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Finanzplanungsrates wurden eingehalten. Bremen ist seit Beginn der Sanierung erheblich sparsamer als andere Länder. Bremen ist insbesondere bei den konsumtiven Ausgaben erheblich sparsamer als die Westländer und -gemeinden. Die Investitionsquote Bremens lag bis zum Jahr 1999 erheblich unter dem Durchschnitt der Westländer, und seit 2001 liegt sie darüber. Das hat uns auch geholfen, einen vorhandenen Sanierungs- und Investitionsstau abzubauen.

(B) Meine Damen und Herren, ich habe mir aus dem Finanzbericht noch einmal die Planungsdaten herausgesucht, die dem Bundesverfassungsgericht bei der Entscheidung über die Höhe des Sanierungsprogramms vorlagen. Wenn Sie sich diese Planungsdaten einmal ansehen, gab es eine Grundplanung im Jahr 1992 und eine zweite Grundplanung 1998. Im Jahr 1992 gingen diejenigen, die sozusagen auch den Rahmen der Finanzierung des Sanierungsprogramms festgelegt haben, davon aus, dass unsere Ausgaben bis zum Jahr 2002 auf zirka 5,3 Milliarden Euro steigen dürfen, das heißt um durchschnittlich vier Prozent pro Jahr. Die Einnahmen sollten auf Basis der Steuerschätzung vom Mai 1992 – im Grunde genommen aus dem Vereinigungsboom fortgeschrieben – im Jahr 2002 auf fünf Milliarden Euro steigen. Wenn das so gekommen wäre, wäre das Finanzierungsdefizit extrem gering.

Die Realität sieht völlig anders aus: Die Ausgaben stiegen bei uns nur auf 4,2 Milliarden Euro und nicht auf die uns zugestandenen 5,3 Milliarden Euro, und die Einnahmen erreichten auch keine fünf Milliarden Euro, sondern sie liegen exakt bei drei Milliarden Euro. Diese sehr optimistische Grundlage, die 1992 da war, wurde 1998 überprüft. Selbst wenn ich jetzt bei der Überprüfung von 1998 die damals unterstellten Einnahmen gehabt hätte, die wir in den Jahren bis heute hätten haben sollen, dann hätten wir heute 800 Millionen Euro Einnahmen mehr pro Jahr.

Das, was wir haben, ist die Differenz. Das ist das, was es erklärt, warum trotz des Sanierungsprogramms wir das Sanierungsziel nicht erreicht haben, weil wir im Durchschnitt der Jahre des Sanierungsprogramms ein Wegbrechen der Einnahmen um zwei Milliarden Euro hatten. Diese zwei Milliarden Euro kann ich auch nicht mit einem Sanierungsprogramm einfach aus-

gleichen. Das ist der eigentliche Grund, weshalb uns die Einnahmen weggelaufen sind. (C)

Weil das so ist, meine Damen und Herren, haben wir auch dem Verfassungsgericht gegenüber nicht primär ein Ausgabenproblem, weil wir alle Ausgabenaufgaben deutlich unterschritten haben. Wir haben auch nicht unbedingt ein Investitionsproblem. Ich darf darauf hinweisen – weil das immer so ein bisschen verdrängt wird –, verfassungsrechtlich darf man für Investitionen Kredite aufnehmen. Was wir nicht dürfen, ist, dass wir Kredite für konsumtive Ausgaben aufnehmen. Nun können wir das nicht umdrehen und daraus eine verfassungsrechtliche Schiefelage machen. Wir werden beim Verfassungsgericht nicht das Problem haben, dass wir Investitionen kreditär finanzieren, wir haben das Problem, dass wir konsumtive Ausgaben ganz erheblich kreditär finanzieren müssen, und da ist sozusagen das verfassungsrechtliche Spannungsverhältnis.

Unabhängig von dieser Feststellung, meine Damen und Herren, ist es sicherlich so, dass wir bei den Investitionen ganz genau wie bei den konsumtiven Ausgaben hinsehen müssen, ob es wirklich hilft, ob es nicht hilft, ob wir es uns leisten können oder ob wir es uns nicht leisten können. Lassen Sie mich sagen, wir sind natürlich mit den bisherigen Sanierungsanstrengungen ein gutes Stück vorangekommen!

(D) Ich denke, man muss sagen, dass alle Diskussionen über eine Neugliederung der Bundesländer uns natürlich nicht weiterhelfen. Es gibt für Bremen keine vernünftige Alternative zur Erhaltung unserer Selbstständigkeit. Wir werden in keiner anderen Konstellation über mehr Einnahmen verfügen, und darum geht es. Ein Zusammenschluss mit Niedersachsen wird uns nicht zusätzliche Einnahmen bringen, und es wird uns auch der Nordstaat nicht zu zusätzlichen Einnahmen bringen, sondern ganz im Gegenteil unsere Einnahmen weiter belasten und beschränken. Deshalb ist es sicherlich so, das ist hier auch von vielen in den letzten Tagen in vielen Debatten gesagt worden, es gibt zur Erhaltung der Selbstständigkeit in Bremen keine vernünftige Alternative.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb macht es für uns auch keinen Sinn, dies immer wieder erneut zu diskutieren oder die Grundfrage, wollen wir selbständig bleiben oder nicht, immer wieder selbst in Zweifel zu ziehen. Wir tun uns damit überhaupt keinen Gefallen. Wir müssen deutlich machen, warum in der Selbstständigkeit die Vorteile für uns liegen, und wir müssen natürlich an den Einnahmeproblemen drastisch arbeiten. Dafür brauchen wir die Hilfen Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die Verhandlungen in der Föderalismuskommission und unsere Eigenanstrengungen.

(Beifall bei der CDU)

(A) Diese Eigenanstrengungen schlagen sich hier im Haushalt nieder.

Meine Damen und Herren, so wie das Sparen unsere Eigenanstrengung auf der konsumtiven Seite ist, so müssen wir doch auf der Einnahmenseite genauso bedenken, dass wir auch Eigenanstrengungen auf der Einnahmenseite brauchen. Das heißt, dass wir eine Investitionspolitik machen müssen, die unsere Einnahmenseite erhöht, und das bedeutet, im Zentrum unserer Einnahmepolitik muss es sein, Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Arbeitsplätze haben den unschätzbaren Vorteil, dass, wenn ich Menschen aus der Arbeitslosigkeit wieder in Arbeit bringe, wir dann von dem Lohn und den Einkommensteuereinnahmen profitieren und gleich unsere Transferleistungen und Hilfsmaßnahmen reduzieren. Das heißt, wir steigern unsere Einnahmen und senken unsere Ausgaben. Deshalb ist die Arbeitsmarktpolitik – alles das, was investiv zu mehr Arbeitsplätzen führt – im Zentrum der Überlegung.

Dann, meine Damen und Herren, wissen wir, dass wir über die Einwohnerwertung natürlich auch die Möglichkeit haben, Einnahmen zu generieren. Jeder Bürger, den wir zusätzlich gewinnen, produziert für uns zusätzliche Einnahmen durch Lohn- und Einkommensteuer und in der Einwohnerwertung. Wenn wir investive Maßnahmen unterlassen, die der Gewinnung von Neubürgern wirklich dienen, dann tun wir uns keinen Gefallen, sondern dann tun wir das Gegenteil von dem, was wir tun müssen. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, wir brauchen mehr Einwohner. Das sind Kernprobleme, und an diesen Kernproblemen muss gearbeitet werden.

(B)

Es gibt einen weiteren Bereich, das ist der Bereich der Sogwirkung unserer beiden Städte. Das hat mit den Besuchern zu tun, die von außen kommen und zusätzliche Kaufkraft in unsere Stadt bringen, die zusätzliche Übernachtungen generieren. Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, dann stellen Sie ja fest, dass wir in der Zeit von 1993 bis 2004 für das Land Bremen die Tagesreisenden mehr als verdoppelt haben. Wir liegen inzwischen bei 43,8 Millionen Gästen. Das sind Einnahmen. Wir haben die Übernachtungszahlen ganz gewaltig erhöht, und diese Übernachtungszahlen sind Einnahmen. Wir haben die Besucher unserer Veranstaltungen, unserer Kongresse und Messen drastisch erhöht, und das sind Einnahmen, die wir damit generieren.

Ich sage in dem Zusammenhang auch, wenn wir unverhältnismäßig an die Werbungsausgaben, an die Marketingausgaben herangehen, dann werden unsere Erträge überproportional sinken. Es kann nur so sein, wenn wir unsere Veranstaltungen und unsere Angebote bewerben, dann werden wir immer nur die Menschen aus dem Bereich bekommen, in dem wir

werben. Wenn wir ganze Gebiete aussparen, weil das Geld nicht reicht, um diese Werbung zu betreiben, dann werden unsere Ausgaben sinken. Das haben wir in diesem Jahr schmerzlich gespürt, gerade im Bereich der Übernachtungen und des Tourismus.

(C)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt auf die Häfen nicht eingehen. Das ist richtig, da sind wir uns einig, dass wir da viel Geld ausgegeben haben. Wir hoffen, dass langfristig die angemessene Rendite auf dieses hohe Investment entsteht. Wir sind ein großer Logistikstandort geworden. Das hängt damit zusammen, dass der Welthandel zunimmt und bei uns die Fertigungstiefe sinkt, dass wir für viele Produktionen bei uns natürlich die Produkte von weit her holen, und damit gewinnt die Logistik an Bedeutung. Es steigen natürlich auch die Einnahmen, die wir aus der Logistik ziehen.

Meine Damen und Herren, zur Einwohnerentwicklung habe ich einiges gesagt, zum Wissenschaftsstandort noch nichts. Wir haben seit 1988 die Zahl der Studenten bei uns verdoppelt. Das schafft Kosten, aber es schafft auch Zukunftsperspektive, das muss man nur nebeneinander sehen.

(Abg. Frau B e r k [SPD]: Und bringt Geld bei der Einwohnerwertung!)

Wir haben natürlich immer dann, wenn wir in die Zukunft investieren, einen erheblichen Kostenanteil, um dann hinterher auch einen größeren und verstärkten Nutzen zu bekommen. Wir haben in der Wissenschaftspolitik an vielen Punkten profitiert, und das hat uns weitergeholfen. Ich fasse noch einmal zusammen: Für uns bedeuten Investitionen Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Neubürgergewinnung und Schwerpunkte zu setzen, wie wir sie bei Häfen und Logistik, bei Luftfahrt, Raumfahrt und Wissenschaft haben.

(D)

Lassen Sie mich zu einem Punkt noch etwas sagen, weil er mir wichtig ist, ich habe das schon einmal angesprochen! Die Investition in die Existenzförderung ist die erfolgreichste Investition, die wir überhaupt im Lande leisten, weil die Zahlen der Existenzgründungen und die Zahlen von Arbeitsplätzen, die aus Existenzgründung entstanden sind, bei weit über 20 000 inzwischen liegen. Wenn man sich das ansieht, dass wir das für 900 000 Euro pro Jahr erreichen, dann kann man nur sagen, es wäre ungewöhnlich töricht, wenn wir im Bereich der Existenzgründung, der Stabilisierung und der Schaffung von Unternehmen nachlassen würden in unseren investiven Maßnahmen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind die Kernelemente, um die es geht, da liegen unsere Eigenbeiträge, die wir leisten müssen. Sie können gewiss sein, dass das Verfassungsgericht auch darauf schaut, was sind die Eigenleistungen bei den konsumtiven Ausgaben, wie geht Bremen da-

(A) mit um und was tut Bremen ganz konkret, um seine Möglichkeiten auszuschöpfen, die Einnahmenseite zu verbessern. Selbst wenn wir das alles tun, was ich gesagt habe, werden wir die Einnahmenseite nicht dahin bringen können, jedenfalls nicht kurz- und auch nicht mittelfristig, wohin wir müssen, und deshalb kommen wir an der Klage und an dem Verhandeln mit dem Bund nicht vorbei.

Lassen Sie mich vielleicht kurz etwas zum Personal sagen! Ich glaube, Herr Sieling kann das alles verstehen, Herr Böhrnsen hat zu dem Thema auch einiges gesagt. Wir sind hier gut beraten, im Geleitzug der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder zu bleiben, das haben wir auch mehrfach beschlossen. Ich glaube, dass wir an diesen Punkten uns sehr genau überlegen müssen, wie weit wir uns dort sozusagen Extrawürste leisten. Ich will nichts ausschließen, und keiner weiß, Sie und ich nicht, wie das Ergebnis der Tarifverhandlung wird. Eines scheint mir relativ sicher, dass da auch nicht alle Blümenträume erreicht werden, die die Länder im Einzelnen haben.

(B) Trotzdem ist es so, dass wir die Verhandlungen ja auch nur wirksam führen können, wenn wir hier in großer Geschlossenheit und großer Gemeinsamkeit mit den Gewerkschaften verhandeln. Es entsteht, glaube ich, für uns kein Verhandlungsvorteil, wenn wir meinen, dass jetzt einzelne Länder einzeln sozusagen Abschlüsse tätigen oder sich entschließen sollten, aus der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder auszusteigen. Deshalb glaube ich, dass es nicht ganz so klug ist, darüber zu sinnieren, wie wir den Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen im Zweifel entgegenkommen werden. Wir müssen schon gemeinsam daran arbeiten, dass wir eine saubere Verhandlungsposition haben, dass diejenigen, die für uns verhandeln – das sind wir ja noch nicht einmal selbst –, das Gefühl haben, dass ihnen der Rücken gestärkt wird, und dass sie das Gefühl haben, die Länder stehen hinter ihnen, weil man sonst überhaupt nicht verhandeln kann.

Deshalb würde ich sagen, das wird einen harten Prozess geben. Wir werden ihn als Bremer nicht allein bestimmen können, es sei denn, wir machen von Öffnungsklauseln Gebrauch, was wir im Moment nicht können, weil wir Mitglied der TDL sind. Ich sage das nur, weil ich glaube, dass wir eine harte Zeit vor uns haben und dass eine harte Zeit bei solchen extremen Haushaltslagen objektiv unverschuldet ist.

Weil das so ist, glaube ich, dass wir vor dem Verfassungsgericht schon Chancen haben. Ich will das nicht herbeireden, aber wir haben Chancen, weil die Rechtslage auch eindeutig auf unserer Seite ist. Wir werden aber eine große Geschlossenheit brauchen, um auch in der Öffentlichkeit als eine Koalition, als eine Regierung, als eine Politik wahrgenommen zu werden, der im Grunde genommen das Wohl des Landes eindeutig am Herzen liegt. Ich glaube, wir brauchen diese Geschlossenheit auch, um die anderen Länder zu beeindrucken. Wir brauchen die Geschlossen-

heit in der Verfolgung dieses gemeinsamen Ziels, und ich denke, dass es für uns von großer Bedeutung ist, dass wir dies immer wieder nach draußen zeigen. (C)

Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Dr. Sieling, dass wir aufpassen müssen, dass wir in schwerer Zeit nicht der Versuchung erliegen, unseren Standort herunterzureden, denn das reduziert unsere Einnahmen auch. Wir müssen aufpassen, dass wir für Investoren, Zuwanderer, neue Studenten und neue Professoren die Zukunftsperspektive anbieten und dass sie alle das Gefühl haben, es macht Sinn, nach Bremen zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade wenn Sie sich die Benchmarks anschauen, da stimme ich auch Herrn Nußbaum zu, dann stellen Sie fest, dass wir eine große Standortqualität haben – wir sind ein hochinteressanter Wohnstandort mit einem Preisniveau, das weit unter der Qualität des Standortes liegt – und dass wir von daher auch in den Benchmarks in dieser Standortqualität immer sehr weit oben liegen. Ich denke, deshalb können wir auch mit großem Selbstbewusstsein an dieses positive Arbeiten an neuen Investoren, an Neubürgern herangehen.

Es ist sicherlich auch so, wenn ich das als Randbemerkung noch sagen darf, dass die Umstellung in der Gewerbeflächenpolitik einer der Schlüsselpunkte dafür war, dass wir große Investitionen nach Bremen gezogen haben, ohne die wir weder am Flughafen noch in der Hemelinger Marsch noch im Technologiepark die Erfolge hätten haben können. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist bei einem Haushalt immer so: Wir werden auch in den nächsten Jahren und wir werden auch in Kürze die Rahmendaten für die mittelfristige Finanzplanung erarbeiten müssen.

(Glocke)

Wir werden das gemeinsam tun müssen, gemeinsam allein deshalb, weil keine der Fraktionen allein eine Mehrheit hat. Deshalb kommen Entscheidungen immer nur gemeinsam zustande, dazu stehen wir auch, diese Entscheidungen wollen wir auch gemeinsam treffen. Ich glaube, niemand in Bremen muss wegen dieser Haushaltslage, die wir haben, in Sack und Asche gehen, aber wir müssen hart arbeiten, um da herauszukommen und unsere Lage weiter kontinuierlich zu verbessern.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(A) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Köhler, Sie können ja nachher mit Ihrer Fraktion Ihre großspurige Aussage in Bezug auf die Verbraucherzentrale deutlich unter Beweis stellen, indem Sie dem Antrag der DVU „Verbraucherschutz im Land Bremen stärken!“ zustimmen. Das können Sie ja gleich machen!

Meine Damen und Herren, Sie kennen doch alle den Ausspruch „es ist fünf vor zwölf“, um den Ernst einer Lage zu beschreiben. Man kann beim Durchlesen der Haushaltspläne, sprich zirka neun Kilo neuer Schulden der Freien Hansestadt Bremen, zu der eindeutigen Erkenntnis kommen, dass es schon längst weit nach zwölf ist und diese große Koalition auf der ganzen Linie erbärmlich gescheitert ist. Es ist Ihnen in elf Jahren nicht gelungen, und es wird Ihnen auch weiterhin zukünftig nicht gelingen, den Haushalt Bremens zu sanieren. Wenn man sich das Zahlenmaterial Ihres Hauses ansieht, dann erkennt man die Hoffnungslosigkeit, in der dieser Senat mit seiner gescheiterten Politik steckt.

(B) Sie haben auf einen Kanzlerbrief gesetzt. Nur einmal zur Kenntnisnahme: Ich weiß, dass ich im Namen der Deutschen Volksunion davor gewarnt habe. Tatsache ist doch, der ehemalige Kanzler Schröder, SPD, hat Sie nach Strich und Faden belogen mit den Formulierungen im Brief und hat Sie betrogen, indem er die Zusagen nicht eingehalten hat. Wer das Zahlenwerk aber liest, der weiß, dass es nicht Ihr einziger Fehler gewesen ist. Der alte Spruch von Konrad Adenauer ist hier völlig richtig, er sagte: Sozialdemokraten können und werden auch zukünftig niemals mit Geld umgehen können. Das konnten sie damals schon nicht mit der D-Mark und können sie erst recht nicht mit dem aufgezwungenen Euro. Bei den heutigen Christdemokraten weiß ich allerdings nicht, was sie reitet. Natürlich sollen sie sich an die Vorgaben ihres großen Vorsitzenden halten, aber doch nicht gerade an diese Aussage mit dem Geldumgang! Er hat mit seiner Aussage doch nur die Sozialdemokraten und nicht die heutige CDU gemeint.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie die politisch Verantwortlichen noch gut und ruhig schlafen können. Sie versündigen sich an unseren Kindern und selbst noch an der Zukunft der Enkelkinder. Das ist für die Deutsche Volksunion unerträglich, niederträchtig und verantwortungslos. 1,458 Milliarden Euro Kreditaufnahme, 914 Millionen Euro Schuldentilgung, 544 Millionen Euro Nettoneuverschuldung, rücksichtslose und skrupellose Einsparungen ohne Ende – ich erinnere Sie an den öffentlichen Dienst, Polizei, Krankenschwestern, Müllabfuhr, Feuerwehr, Sport, Kultur und so weiter –, 100 Millionen Euro Einsparungen im sehr wichtigen Bildungsbereich, 400 Millionen Euro Einsparungen bei den Investitionen! Leider muss ich mit der Aufzählung jetzt Schluss machen, weil ich wie immer eine viel zu kurze Redezeit habe, aber das sind die Zahlen Ihres Haushalts, den haben Sie zu verantworten. Diese Schande haben Sie zu verantworten und sonst keiner!

(C) Ich gebe zu, das gehört allerdings zu einer fairen, demokratisch-politischen Diskussion einfach mit dazu, dass 1969 ein elementarer Fehler in der Steuerverteilung für die Stadtstaaten beschlossen worden ist, nämlich die Veränderung der Zuteilung der Lohn- und Einkommensteuer vom Arbeitsplatz zum Wohnsitz. Das war ein Riesenfehler, den Sie heute schmerzlich bereuen. Die Wahrheit ist aber auch, Bremen ging es damals wirtschaftlich und finanziell etwas besser, und aus Großmut, aus reiner Selbstüberschätzung haben die damaligen Sozialdemokraten das zugelassen, ohne die Gefahren für die Zukunft des Bundeslandes Bremen zu erkennen. Für diese Verantwortungslosigkeit müsste die SPD heute noch abgewählt werden.

Meine Damen und Herren, was hat ein Bundesland, was haben die Bürger bloß verbrochen, dass solche Sozialdemokraten heute noch im Bundesland Bremen mitregieren dürfen? Selbstverständlich sind die neuen verantwortlichen Sozialdemokraten keine guten Politiker. Die alten, noch wirklichen Sozialdemokraten wie zum Beispiel Schumacher, Ebert und Kaisen würden sich heute im Grabe herumdrehen, wenn sie Ihre unsoziale Politik der Einsparungen im Sozialbereich sehen könnten. Eines muss man den Sozialdemokraten aber lassen: Beim Sand-in-die-Augen-Streuen sind die heutigen Sozialdemokraten wahre Weltmeister und gehören in das Guinnessbuch der Rekorde. Der einzige Unterschied zwischen der SPD und dem Sandmännchen ist: Das Sandmännchen kam immer nur fünf Minuten am Tag, und die Sozialdemokraten hat man 24 Stunden am Hals.

(D) Die genaue Analyse der Haushaltsdaten mit den Forderungen und Vorschlägen der Deutschen Volksunion werde ich in der abschließenden Haushaltsplanberatung und -debatte noch deutlich ausführen, wenn wir auch die Änderungsvorschläge der großen Koalition ausführlich beraten. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Sie werden niemals einen verfassungskonformen Haushalt erreichen! Damit gefährden sie die Selbständigkeit des Bundeslandes Bremen. Man muss ja wirklich sehr großen Erfindungsreichtum besitzen, wenn man schon nicht in der Lage ist, eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik zu entwickeln, diese gescheiterte Haushaltspolitik mit dem Unwort der Stunde „Primärhaushalt“ als einen großen Erfolg des Senats diesem Parlament unterjubeln zu wollen. Dazu gehört schon eine große Portion Kaltschnäuzigkeit, das muss ich schon sagen. Respekt! Man vergisst einfach Zinsen und Tilgung der Altschulden und hofft dann, auf einen so genannten verfassungskonformen Haushalt zu kommen. Da muss sich doch jeder Bürger des Bundeslandes Bremen veräppelt vorkommen! Dann ändern Sie doch gleich für die Geldverschwendung und Steuergeldverschwendung die Verfassung, dann haben Sie vielleicht das richtige Maß!

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung, diese große Koalition betreibt eine schändliche Politik, eine unsoziale Politik auf dem Rücken von Fa-

(A) milien, Kindern, Arbeitslosen, Kranken, älteren Menschen und der Zukunft unserer Kinder. Das ist eine Schande sondergleichen! Diesen Skandalhaushalt wird die Deutsche Volksunion selbstverständlich niemals, aber auch niemals im Sinne und Interesse der Bürger des Landes Bremen mittragen. Darum werde ich diesen Haushalt ablehnen, denn, Herr Dr. Sieling, das Bundesland Bremen ist dank der unfähigen und gescheiterten Politik dieser großen Koalition von SPD und CDU schon längst ein Nachtwächterstaat geworden, nur Sie wollen diese Tatsache nicht wahrhaben. Die nackten Zahlen Ihres skandalösen Haushalts belegen das schwarz auf weiß oder, besser gesagt, schwarz auf rot.

Auch die so genannte Opposition von Bündnis 90/ Die Grünen braucht sich nicht aufzuspielen. Sie bringen keine Vorschläge, damit das Staatsschiff Bremen wieder in Fahrt kommt. Ganz im Gegenteil, Sie scharren doch schon unüberhörbar mit den Hufen, um im nächsten Jahr anstelle der CDU dann die gleiche Steuerverschwendungspolitik mit der SPD fortsetzen zu können! Sie sehen, meine Damen und Herren, in diesem Hause gibt es nur eine einzige Opposition, und das ist die Deutsche Volksunion. Eine FDP kenne ich in diesem Hause gar nicht. Das Wenige, das Herr Wedler unter Mithilfe der einseitigen so genannten überparteilichen Presse so großmundig von sich gibt, hat mit FDP so wenig zu tun wie ein Kapitän, der mit seinem Schiff den Mount Everest befahren will. Herr Wedler – er ist ja wieder einmal nicht da! – weiß nicht, was er will, wohin er will und wie er dahin kommen will. Ich glaube, sogar die Bremerhavener FDP-Fraktion würde mir jetzt Beifall klatschen. Ich jedenfalls weiß genau, was ich will, darum lehne ich Ihren skandalösen Haushalt zum Wohle und im Interesse der Bevölkerung Bremens uneingeschränkt ab.

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Herr Perschau hier noch einmal eindrucksvoll Nachhilfe auch in Sanierungspolitik gegeben hat, war das Letzte wohl eher ein Beitrag mit dem Versuch der Volksverdummung. Ich bin mir aber sicher, unsere Bürger sind viel zu intelligent, um dem auf den Leim zu gehen!

(Beifall bei der SPD – Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Darum steigen Sie auch ab in der Wählergunst! Sie sind auch schlauer geworden!)

Wir diskutieren hier heute den ersten Entwurf der Haushalte 2006/2007. Es ist viel dazu gesagt worden, und ich teile die Auffassung des Finanzsenators: Wir befinden uns hier eindeutig in einer finanzpolitischen Zäsur. Während der Sanierungszeiträume haben wir

besondere Ergänzungszuweisungen erhalten, das Ziel der Haushaltssanierung haben wir nicht erreicht, zumindest nicht aus finanzpolitischer Sicht.

Sie haben um Verständnis darum gebeten, dass der Finanzplan und der Finanzrahmen heute noch nicht vorliegen und dass das im Gesamtpaket mit der Klage zu sehen ist. Als Haushälterin muss ich sagen, das Verständnis hält sich ein wenig in Grenzen. Ich hätte mir schon gewünscht, dass wir heute dies auch als Gesamtpaket hätten diskutieren können. Was aber den Finanzplan anbelangt, befinden Sie sich auch in guter Tradition Ihrer Vorgänger. Es ist nicht das erste Mal, dass wir das hier kritisieren müssen.

(Abg. **K l e e n** [SPD]: Herr Perschau erkennt sich wieder!)

Herr Köhler, ich glaube – wenn Sie dann Herrn Köhler ausrichten würden, dass ich jetzt auf ihn eingehe! –, dass es aus Ihrer Sicht verständlich ist, sich hier hinzustellen und zu sagen: Endlich hat der Senat die konsumtiven Anteile der investiven Anschläge gemäß den Anregungen oder Forderungen des Rechnungshofs eingebucht. Ich glaube aber, dass Haushalt und auch die Politik mehr sind als reine Haushaltstechnik. Die Umbuchung, die stattgefunden hat, ist eine technische. Wenn wir aber sehen, für welche Projekte wir in der Vergangenheit auch gewisse konsumtive Anteile gehabt haben, dann sind dies alles Projekte gewesen – Herr Perschau hat das ja noch einmal geschildert –, die in Abstimmung mit Bund und Ländern ausgewählt worden sind, um diesen Teil unserer Sanierungsstrategie, nämlich Investieren und Sparen, den Teil des Investierens, den Teil in die Stärkung unseres Standortes hier zu treffen.

Es sind bei den Hochschulen eben nicht die Gebäude an sich, die dazu beigetragen haben, dass wir Stadt der Wissenschaft geworden sind, dass wir Exzellenzuniversität werden können, sondern es sind vor allen Dingen auch die Köpfe, die darin arbeiten und ihre Forschungsergebnisse zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD – Abg. **P f l u g r a d t** [CDU]: Aber die Köpfe ohne die Gebäude wäre auch schlecht!)

Es ging aber um die Köpfe! Herr Köhler hat das einfach auf diese Haushaltstechnik reduziert. Ich glaube, dass es mehr ist, es ist ein Gesamtpaket. Wir müssen in der Gesamtheit unserer Ausgaben, egal, ob wir sie investiv oder konsumtiv tätigen – es gibt weder auf der einen noch auf der anderen Seite Ausgaben, die per se gut oder schlecht sind –, uns der Gesamtverantwortung stellen, mit knappen Ressourcen einen Haushalt aufzustellen, der ausgewogen ist und nachhaltig unseren Standort Bremen stärkt.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Dieser Haushalt hat, glaube ich, von vornherein die Eigenart, dass uns klar sein wird oder muss: Mit diesem Haushalt müssen wir auskommen. Als Haushälterin kann ich nur noch einmal betonen: Ich bin mir sicher, es wird in diesem Jahr keine Nachtragshaushalte geben, die dazu geeignet sind, vielleicht unrealistische Anschläge zu korrigieren und in den einzelnen Haushalten nachzubessern. Wenn wir so handeln würden, dann, glaube ich, könnten wir unsere Chancen der Verhandlung und der Klage noch weiter reduzieren. Deshalb haben wir eine ganz besondere Verantwortung, diesen Haushalt anzusehen. Wir müssen Schwerpunkte setzen, und zwar in Gesamtverantwortung, und dort müssen im Zweifel auch die Prioritäten der einzelnen Ressorts gegeneinander stehen. Das gilt konsumtiv genauso wie investiv.

Dieser Verantwortung möchten wir uns gern stellen. Ich glaube, dass aber auch die Grünen hier noch zu erkennen haben, dass es um eine Gesamtverantwortung geht. Sie sind in der glücklichen Lage, Opposition zu sein.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind nicht glücklich! – Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hört sich ja an, als wenn Sie lieber in der Opposition wären!)

(B) Da ist es leichter, sich hier hinzustellen und wieder einzelne Projekte zu benennen, wo es natürlich ein Skandal ist, dort etwas zu kürzen, die unbedingt abgesichert werden müssen, aber leider fehlt die andere Seite der Medaille, wie wir nämlich bei gegebenen Ressourcen, alles das, was wünschenswert und erforderlich ist, hier ausgeben.

Die Schwerpunktsetzung, Herr Köhler, gilt dann natürlich auch, und das sage ich hier ausdrücklich als Haushälterin, für Bereiche wie zum Beispiel die Beratungsangebote. Keiner hier im Haus wird anzweifeln, dass das ganz wichtige Ausgaben sind, die wir tätigen. Muss denn aber unser Ziel als Politiker nicht sein, sicherzustellen, dass bestimmte Beratungsangebote vorgehalten werden, regional ausdifferenziert, vielleicht noch nach Sozialstrukturen? Es geht um die Angebote und nicht vorrangig um die Fragen: Wie viele Institutionen gibt es? Wie viel hat man bisher bekommen? Wie viel möchte man auch für die Zukunft einzementieren?

Ich glaube, dass wir in ganz vielen Bereichen, und ich nehme den Zuwendungsbereich hiervon ausdrücklich nicht aus, genau schauen müssen: Welche Angebote werden wir als öffentliche Hand zur Verfügung stellen? Welche Angebote werden wir als öffentliche Hand finanzieren? Wer wird sie dann machen? Etwas anderes wird uns überhaupt nicht übrig bleiben, und ich glaube, dass hier noch viele Diskussionen auf uns zukommen werden. Das ist eine Aufgabe, und das sage ich auch ganz deutlich, vor

der wir uns als Politik hier nicht drücken können, und zwar keiner von uns. (C)

(Beifall bei der SPD)

Herr Köhler, Sie haben ausgeführt, dass wir mit unserer Investitionsstrategie bundesweit in der Kritik stehen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch auch!)

Das glaube ich so nicht. Wir stehen gegenwärtig in der Kritik bei der Frage: Was leistet sich Bremen, und welches Niveau haben wir? Eine bundesweite Kritik an der Investitionsstrategie kann es schon aus dem Grund nicht geben, weil mit Bund und Ländern unsere Strategie der Sanierung bis Ende 2004 abgestimmt war.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich finde, wir sollten auch herausstellen, wo wir bundesweit Anerkennung finden, nämlich darin, wie sich die Standorte Bremen und Bremerhaven weiterentwickelt haben. Hier sind viele Bereiche genannt worden, ich will das jetzt nicht wiederholen, Hochschulen, Häfen und so weiter. Diese bundesweite Anerkennung sollten wir als Politik nicht zerreden,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU) (D)

sondern die Stärken, die wir dort entwickelt haben, sollten wir auch zukünftig stärken.

Wir werden auch zukünftig weiter investieren, und dort würde ich eine andere Reihenfolge als der Finanzsenator vorhin bei der Aufzählung der Investitionsschwerpunkte wählen. Für mich heißt es dabei: Unser Schwerpunkt muss eindeutig darauf liegen, dass wir Arbeitsplätze in Bremen schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir müssen Arbeitsplätze in Bremen schaffen als einen Schwerpunkt. Wir müssen als ein Land, das auch zukünftig Hilfen von anderen erwartet, auch sehen, dass es uns gelingt, mit unseren knappen Ressourcen die erforderlichen Komplementärmittel für Programme zur Verfügung zu stellen, die wir vom Bund und von der EU erhalten! Wir müssen uns aber auch bei der Ausgestaltung der Programme einbringen, und wir müssen dort politisch unsere Stärken identifizieren, die wir damit stärken wollen! Last not least brauchen wir Investitionen zur Vermögenssicherung, zum Beispiel unserer Infrastruktur im Land Bremen.

Hier sind vorhin, auch noch einmal von Ihnen, Herr Köhler, die Ausgaben kritisiert worden, die Bremen sich leistet, auch die konsumtiven, teilweise im Vergleich mit anderen. Es gibt da auch ganz spannen-

(A) de Zahlen. Wenn man die Primärausgaben oder konsumtiven Ausgaben vergleicht und dann fragt, wo Stadtstaaten besondere Ausgaben haben, die über denen der Flächenländer liegen, fallen einem sofort ein: die Sozialhilfe, wegen Ballung, das ist irgendwie ganz klar, dann die Gesundheitsausgaben und so weiter und das Bildungssystem, weil wir oberzentrale Funktionen wahrnehmen.

Ich habe neulich in einem Vortrag von Professor Dannemann auch mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass unsere konsumtiven Ausgaben für unsere Häfen im Land Bremen um rund 120 Euro pro Einwohner höher liegen als in Hamburg. Nun wissen wir aber alle, dass unsere Häfen durchaus wirtschaftlich sind, und keiner von uns würde in Frage stellen und sagen, dass sie es nicht sind und warum. Es liegt meiner Meinung nach ganz einfach daran, weil es ein Indiz dafür ist, dass man so einfache Indikatoren wie ein Pro-Kopf-Betrachtung in manchen Bereichen nicht machen kann. Die Häfen in Bremen werden auf 600 000 Einwohner gerechnet, die Kosten der Häfen in Hamburg auf 1,5 Millionen. Wen sollte es da verwundern, dass die Ausgaben für die Hamburger Häfen pro Kopf geringer sind?

(B) Das zeigen auch – Herr Nußbaum hat das angesprochen – die Benchmarks. Wir werden uns sehr mit den Benchmarks beschäftigen müssen, und zwar nicht nur wir Finanzer oder der Senat, sondern jeder selbst aus seiner fachpolitischen Sicht, denn genau diese Punkte zeigen, dass es manchmal nicht einfach ist, irgendwelche Durchschnitte zu bilden, um Vergleiche anzustellen, sondern dass man weitergehen muss. Wir müssen schauen, mit wem wir uns vergleichen, wann es sachgerecht ist, und nicht fragen: Wann gefällt es uns am besten? Wann ist es sachgerecht, einen Vergleich mit anderen Ländern zu machen? Wir sind ein Land! Wann ist es sachgerecht, einen Vergleich mit anderen Städten anzutreten, zum Beispiel wenn es um kommunale Angebote geht, die andere vergleichbare Städte auch haben? Dort, glaube ich, sind wir gefordert, dieses Instrument sehr ernst zu nehmen und die Chancen, die darin liegen, zu nutzen. Nur so wird es uns gelingen, eine sachgerechte Schwerpunktsetzung, auch in Zeiten knapper Ressourcen, zu erreichen.

An dieser Stelle noch einmal ein Appell an alle Fachpolitiker: Viele dieser schweren Haushaltsunterlagen, auch vom Gewicht her, sind dicke Bände, dabei auch welche, worauf „Produktgruppen“ steht. Wir haben Produktgruppenhaushalte, wir haben auch nach Produktgruppenhaushalten orientierte Stellenpläne. Das sind die eigentlich wichtigen Dokumente, die wir zu beraten haben. Mit den Produktgruppenplänen soll erreicht werden, dass wir als Fachpolitiker die Möglichkeit haben, auch zu definieren, welche Ziele wir eigentlich mit diesen Aufgaben verbinden und messen wollen. Leider muss man feststellen, dass diese Aufgabe oder die Bedeutung dieser Produktgruppenpläne bei den Beratungen nicht ent-

sprechend gewürdigt wird. Das liegt manchmal an der Vorbereitung der Verwaltung. Wir sind sicherlich immer noch im kameralen Denken verhaftet, es liegt aber auch zum Teil an uns Politikern. Daran müssen wir noch arbeiten!

Wir haben erstmalig zu diesem Haushalt einen dicken Band zur Begründung des Artikels 131 a Landesverfassung vorliegen. Ich kann mich nur dem anschließen, was Herr Köhler gesagt hat: Ich glaube, dass wir auch im Haushaltsausschuss einige dieser Begründungen noch einmal durchsehen müssen. Dort sind einige Formulierungen, glaube ich, nicht ganz so geglückt, vor allen Dingen, wenn wir wissen, dass sie Teil eines wichtigen Dokuments sind, das auch nach außen geht. Auch hier würde ich noch einmal um die Unterstützung der Fachpolitiker bitten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Es ist vereinbart worden, bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen. (D)

Als Erstes lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2006 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2006, Drucksache 16/910, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2007 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2007, Drucksache 16/910, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Bei den Vorlagen zum Haushalt 2006 und 2007 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind gemäß Paragraph 63 a Absatz 2 unserer Geschäftsordnung der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Ich lasse jetzt über die Überweisungen abstimmen.

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2006 und 2007, Drucksache 16/910, der Haushaltspläne und der Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2006 und 2007, der Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2006 und 2007, der produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 und der Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahme zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, und die entsprechenden Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die
Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

Außerdem möchte ich Sie darum bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2006 und 2007 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.

Ich stelle Einverständnis fest.

Ölpreisbindung auf den Prüfstand stellen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 18. Januar 2006
(Drucksache 16/889)

(C)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Kramer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag „Ölpreisbindung auf den Prüfstand stellen“ eingebracht, weil die Preisschwankungen in den letzten Jahren für den Verbraucher nicht mehr nachvollziehbar waren und weil sich einige Energieversorger an die Ölpreisbindung nur noch dann erinnerten, wenn die Preise stiegen. Das ist für uns nicht mehr länger hinnehmbar und wird von der CDU nicht unterstützt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Explosionen der Energiekosten in den letzten Jahren schaden nicht nur den Portemonnaies jedes einzelnen Bürgers, sondern auch unserer Wirtschaftskraft und damit natürlich auch bestehenden und zu entwickelnden Arbeitsplätzen.

(D)

(Vizepräsident **R a v e n s** übernimmt
den Vorsitz.)

Wie es leider so oft ist, liegt Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland mit den Gaspreisen einmal wieder an der Spitze. Wenn das so weitergeht, werden die Bürger noch weniger kaufen können, energieintensive Betriebe abwandern, und die Produktivität wird leiden. Das ist nicht hinnehmbar, und aus diesen Gründen soll der Antrag ein Beitrag dazu sein, dass im Energiemarkt mehr Transparenz geschaffen wird und die Rahmenbedingungen für Wettbewerb hergestellt werden.

Lassen Sie mich kurz erklären, was Ölpreisbindung heißt und was sie bedeutet! Aus angeblichen Wettbewerbsgründen orientierte sich der Gaspreis an der Preisentwicklung von Heizöl. Die Anpassung von Gaspreisen an Ölpreise erfolgt mit halbjährlicher Verzögerung. Diese so genannte Ölpreisbindung soll nach Auskunft der Erzeuger die Gasbezieher von der Machtstellung der wenigen Energieproduzenten schützen. Die Preisbindung ist nicht gesetzlich verankert, sondern vielmehr eine internationale Branchenvereinbarung aus den sechziger Jahren. Das geschah damals, weil sich erstens die Ölproduzenten bei einem Erfolg von Gas nicht selbst Konkurrenz

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) machen wollten und zweitens, weil niemand wusste, ob sich Erdgas wegen der enorm hohen Investitionen für den Leitungsbau durchsetzen würde.

Mittlerweile hat sich Gas am Markt voll durchgesetzt. Dabei muss man sich vor Augen führen, dass rund 46 Prozent, also zirka 18 Millionen Haushalte, schon Gas beziehen und 76 Prozent der Neubauten eine Gasheizung verwenden. Das alles zeigt uns, dass bei ungerechtfertigten Gaspreisen auch ein volkswirtschaftlicher Schaden entsteht, dem wir entgegenwirken müssen. Selbst das Bundeskartellamt hat eine Ölpreisbindung als überholt kritisiert. Genau aus diesen Gründen sind wir als Politiker auch gefordert, hier einzuschreiten.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit diesem Antrag erreichen, dass sich der Senat auf Bundesebene dafür einsetzt, dass der Gaspreis vom Ölpreis entkoppelt wird. Wir wollen, dass die Lieferverträge zwischen Ferngasunternehmen und Großabnehmern vom Bundeskartellamt überprüft werden, denn es ist, gelinde ausgedrückt, schon ganz schön frech, wenn die Importpreise für Gas sinken und die Endverbraucherpreise ständig ansteigen. Das war mit Sicherheit nicht der Sinn der Ölpreisbindung und ist deshalb auch zu überprüfen. Wir wollen, dass sich auf dem Gasmarkt mittelfristig ein Wettbewerb entwickelt, der sich dann positiv für den Endverbraucher auswirkt, denn Wettbewerb hat noch keinem geschadet.

(B) Lassen Sie mich noch kurz auf die Verbraucherzentrale und die verschiedenen Bürgerinitiativen eingehen, die sich schon massiv gegen unberechtigte Gaspreiserhöhungen eingesetzt haben! Dieses Engagement kann man nur loben und unterstützen, denn dadurch, dass gegen Gaspreiserhöhungen geklagt wird, sind die Energieversorger gezwungen, ihre Preisberechnungen offen zu legen. Das hat auf Bundesebene dazu geführt, dass es schon einige angekündigte Preiserhöhungen nicht mehr gegeben hat. Da kann man nur sagen: Weiter so, wir unterstützen das!

Das oft angekündigte Argument von den Befürwortern der Ölpreisbindung ist ja, dass es zum Beispiel in England keine Ölpreisbindung gibt und die Gaspreise dort höher sind als hier bei uns. Das kann man so natürlich nicht stehen lassen, weil die Engländer eigene Gasvorkommen haben, und durch die Monopolisierung, die wir hier auf Europaebene haben, exportieren sie lieber ihr Gas. Genau aus dem Grund ist das Gas in England auch teurer.

Ich komme zum Ende! Frau Dr. Mathes, lassen Sie mich eines noch vorwegnehmen! Dieser Antrag ist mit Ihrem aus dem Jahr 2004 nicht zu vergleichen, denn damals wollten Sie einen Schnellschuss zum Energiewirtschaftsgesetz machen, um die nicht verbraucherfreundliche Politik Ihrer damaligen grünen Bundesminister zu vertuschen. Dem sind wir nicht auf den Leim gegangen, denn die CDU macht nur reale

Politik, die etwas bewirkt, und dieser Antrag ist so einer für verbraucherfreundliche Preise auf dem Gasmarkt. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Imhoff, was England betrifft, da ist es so, dort gab es bisher ausreichend Gas beziehungsweise Gasvorkommen. Die sind inzwischen erschöpft, und dort wird wieder Gas eingeführt, und dies im Übrigen neuerdings in einigen Verträgen mit Ölpreisbindung. Das nur zur Ergänzung!

Die Entwicklung der Energiepreise sorgt bundesweit für eine breit geführte öffentliche Diskussion. Dies ist auch nachvollziehbar, weil nicht jedes Unternehmen und schon gar nicht jeder private Endverbraucher dazu in der Lage ist, diese Preisentwicklung immer weiter schmerzlos mitzumachen. Die Menschen und Unternehmen fühlen sich ausgeliefert, und es fehlt an Transparenz. Dass andererseits die Energieversorger und Ölunternehmen für das vergangene Jahr vielfach hohe Gewinne vermelden, macht zumindest nachdenklich und schürt den Verdacht, dass Naturkatastrophen genutzt werden, um Preiserhöhungen über das gerechtfertigte Maß anzuheben. Dies, meine Damen und Herren, ist natürlich so nicht hinzunehmen.

(D)

Unabhängig davon ist festzustellen, dass die Nachfrage nach Energieträgern in den letzten Jahren vor allem außerhalb Europas und hier besonders in Asien erheblich gestiegen ist. Dies sorgt unabhängig von aktuellen Ereignissen für eine zunehmende Verknappung von Energieträgern weltweit. Die Erfahrung mit der letzten Kältewelle vor allem in den osteuropäischen Ländern unterstreicht ebenfalls, dass neben politischen Risiken zunehmend auch Kapazitätsengpässe bei der Gewinnung der Energieträger beziehungsweise im Bereich der Infrastruktureinrichtungen preiswirksam werden.

Meine Damen und Herren, ich finde diese Entwicklung nicht gerade beruhigend. Die Ölpreisbindung wird in den privatrechtlichen Verträgen zwischen Erdgasunternehmen und Importeuren seit den sechziger Jahren angewandt. Sie besagt, dass der Gaspreis dem Ölpreis auf der Basis eines Mittelwertes mit halbjährlichem Abstand folgt. In der Vergangenheit sollte damit Investitionssicherheit für die hohen Kosten der Gasgewinnung und -verteilung geschaffen werden. Das Erdgas kann somit dauerhaft zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden. Die Bindung des Gaspreises an den Ölpreis sorgt dafür, dass sich knappebedingte Ölpreisteigerungen schnell auf den Gasmarkt übertragen.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Es ist allerdings unklar, ob eine Entkoppelung tatsächlich preisdämpfend wirken kann. Der Wettbewerb im leitungsgebundenen und durch wenige Produzenten geprägten Gasmarkt ist deutlich geringer ausgeprägt als auf den Ölmärkten. Damit fehlt eine zentrale Voraussetzung für einen eigenständigen Gasmarkt, der dann auch in der Praxis zugunsten der Verbraucher zu niedrigen Preisen führt. Man muss sich außerdem darüber im Klaren sein, dass die Gaspreise auch auf einem selbständigen Gasmarkt bei schrumpfenden Reserven und anziehendem weltweiten Verbrauch steigen werden.

Dieser Antrag fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die Entkoppelung einzusetzen. Das Bundeskartellamt hat hier bereits Ermittlungen eingeleitet, um zu prüfen, ob die Koppelung des Gaspreises an den Heizölpreis noch berechtigt ist und wie die Koppelung in der Praxis ausgestaltet und von den Unternehmen genutzt wird. Sollte sich zeigen, dass die Ölpreisbindung in der Vergangenheit zu Lasten der Verbraucher angewendet wurde, soll auch die Koppelung grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden.

Auch in der Bundespolitik wird dieses Thema heiß diskutiert. Da es sich um privatrechtliche Verträge mit ausländischen Unternehmen handelt, gibt es auch für die Bundesregierung nur geringe Eingriffsmöglichkeiten. Neben dem Kartellverfahren gegen Energieversorger mit hohen Erdgaspreisen wird aktuell versucht, die Laufzeit der Gaslieferverträge zwischen Importeuren und Weiterverteilern auf ein bis vier Jahre zu begrenzen. Heute sind noch Verträge bis zu 20 Jahren Laufzeit üblich. Kürzere Vertragslaufzeiten sind heute bereits im Geschäft mit Industriekunden üblich. Der Wettbewerb auf den Gasmärkten könnte sich dadurch erheblich intensivieren, und genau das wollen wir ja auch.

Hinzuweisen ist auch noch darauf, dass Politik und Gesetzgeber mit dem Mitte Mai 2005 novellierten Energiewirtschaftsgesetz gerade erst die Voraussetzungen für mehr Wettbewerb auf den leitungsgebundenen Energiemärkten deutlich verbessert haben. Mit dem Energiewirtschaftsgesetz wurde eine staatliche Regulierung im Bereich der Energiegesetze eingeführt. Durch die Trennung von Netz, Erzeugung und Vertrieb bei den Versorgungsunternehmen und durch die Genehmigungspflicht für Netznutzungsentgelte bei Gas und Strom sind die Rahmenbedingungen für den Gasmarkt deutlich verbessert worden. In welchem Umfang dies in der Praxis preiswirksam wird, ist in der kurzen Zeit allerdings noch nicht absehbar. Meine Damen und Herren, vieles ist auf dem Weg, und dieser Antrag soll einen möglichen Missbrauch verhindern und für mehr Transparenz sorgen.

Zum Schluss gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen! John Schlesinger hat einmal gesagt: „Gibt es einen dritten Weltkrieg, ist es ein Krieg um das Öl.“ Er hatte insoweit Recht, als er offensichtlich erkannt hat, dass fossile Brennstoffe endlich sind. Wir

sind an dieser Stelle gefordert, die Chancen einer innovativen Umweltpolitik zu nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen unser Wissen in Handeln umsetzen und uns auf das konzentrieren, was wir bereits begonnen haben. Für uns von der SPD-Fraktion ist völlig klar, dass die Nutzung regenerativer Energien zukünftig einen wichtigen, wenn nicht sogar den wichtigsten Beitrag leisten wird, um die Versorgungssicherheit herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Durch eine gemeinsame aktive Energiepolitik haben wir die Chance, die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren und so für die Unternehmen und Verbraucher mehr Unabhängigkeit von zukünftigen Preissteigerungen zu erreichen. Wir unterhalten uns an dieser Stelle nicht nur über Versorgungssicherheit bei der Energieversorgung, sondern auch über den Klimawandel, über Arbeitsplätze, die durch die Entwicklung neuer Technologien geschaffen werden, über Mittelstandsförderung und Exportchancen, somit auch über die Standortsicherung in Deutschland. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den vorangegangenen Beiträgen, vor allen Dingen dem Beitrag von Herrn Imhoff, muss ich doch einmal auf die Mechanismen eingehen, die zu den steigenden Gaspreisen führen, denn nur wenn man die Krankheit des Patienten kennt, kann man ihn auch wirklich heilen. Zuvor aber, um Sie nicht länger auf die Folter zu spannen: Wir Grünen werden dem Antrag zustimmen. Die Forderungen sind richtig, wenn auch allein nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren, die Ursachen für die steigenden Gaspreise liegen auf der Hand. Wo es nämlich an Wettbewerb und Preistransparenz mangelt, sind die Preise hoch. Deutschland und Europa leiden unter einer starken Konzentration und zu wenig Wettbewerb im Gasgeschäft, das ist der zentrale Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen wollen eine nachhaltige Energiewirtschaft, wir wollen aber auch fairen Wettbewerb, von daher ja auch schon vor Jahren – es ist ja schön, dass Sie das noch einmal erwähnt haben, Herr Imhoff – unsere Initiativen. Gerade die Grünen haben zusammen mit der SPD auf Bundesebene überhaupt erst

(C)

(D)

- (A) Maßnahmen umgesetzt, die dazu führen, dass prinzipiell ein Wettbewerb entstehen kann. Das reicht noch nicht, aber wir haben schon einiges auf den Weg gebracht. Ich möchte das jetzt auch nicht ausführen, Frau Garling hat es ja schon gesagt. Ich nenne nur noch einmal kurz die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes, die Arbeit der Bundesnetzagentur und die Arbeit des Bundeskartellamtes. Alles kann dazu führen, dass es demnächst eine Vielzahl von Marktakteuren geben wird, und zwar für mehr Transparenz, für mehr Kontrolle, für mehr Innovation und natürlich auch für angemessene Preise.

Meine Damen und Herren, auch die Entkoppelung des Gaspreises vom Ölpreis ist seit langem eine Forderung der Grünen, und zwar um hier den Weg zu gehen, dass der wirkliche Wettbewerb entsteht. Allein das ist aber nicht ausreichend. Nur ein Bündel von Energiespar- und Effizienzmaßnahmen und das Setzen auf erneuerbare Energien baut eine Brücke in die Zukunft, und zwar eine Brücke, die dahin führt, dass wir von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wegkommen.

Alle – jetzt noch eine andere Anmerkung – Expertinnen und Experten haben ja auch schon immer gesagt, dass aufgrund der Verknappung fossiler Energien die Preise steigen werden. Mir fällt dann immer ein, vielleicht aus meiner eigenen Biographie Anfang der siebziger Jahre, Biologieunterricht „Grenzen des Wachstums“: Ich habe die e-Funktion genau an dieser Fragestellung der Ressourcenknappheit gelernt. Es ist über 30 Jahre her! Dass fossile Energien teurer würden, war absehbar, ich muss hier aber betonen, um nicht missverstanden zu werden: Das Ausmaß, in dem in den letzten Jahren die Gaspreise gestiegen sind, ist damit in keiner Weise gerechtfertigt. Auch die Ölpreisbindung hat darauf nur einen marginalen Einfluss. Entscheidend nämlich für die Preisgestaltung ist, ob es einen funktionierenden, transparenten Markt gibt, und das ist nicht der Fall.

Ich möchte das noch einmal anhand eines aktuellen Beispiels verdeutlichen. Gestern konnten Sie in der Zeitung lesen, dass am vergangenen Dienstag der deutsche Konzern E.On seine Absicht erklärt hat, den spanischen Stromversorger Endesa für unglaubliche 29 Milliarden Euro zu übernehmen. Der ehemalige Staatskonzern ist der größte Stromversorger Spaniens und die Nummer fünf in Europa. Durch die Übernahme des Konzerns würde E.On seine Vormachtstellung im europäischen Energiemarkt weiter ausbauen. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen für das Jahr 2005 erreichte E.On im vergangenen Jahr eine Umsatzsteigerung von 21 Prozent auf 56,4 Milliarden Euro. Dies und die Pläne von E.On untermauern, dass der freie Wettbewerb in Europas Strom- und Gasmärkten nicht funktioniert. Die ehemaligen staatlichen Energieversorger haben ihre Marktmacht nicht nur behalten, sie haben sie weiter ausgebaut.

Nur wenn es gelingt, das ist die Position der Grünen, der Monopolisierung entgegenzutreten, kann die Abzocke der Verbraucher und Verbraucherinnen verhindert werden. Daher fordern wir Grünen, dass transparente Märkte geschaffen werden, und da muss man den Blick auf Europa richten, hier kann man nicht national denken! Wir brauchen Transparenz der europäischen Energiemärkte, und dazu brauchen wir neue Regelungen für Gas- und Strommärkte auf EU-Ebene.

So müsste zum Beispiel durch die Anwendung der Fusionskontrollverordnung und durch Verbesserung wettbewerbsrechtlicher Schritte gegengesteuert werden. Das ist ein zentraler Mechanismus, um letztendlich in der Summe zu erreichen, dass die Gaspreissteigerungen nicht dazu dienen, dass einige wenige Unternehmen enorme Gewinne einfahren. Daran arbeiten wir Grünen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Abschluss zusammengefasst: Solange also kein Gasmarkt in Sicht ist, können wir zum Schutz der Verbraucher und Verbraucherinnen ein bisschen an den Symptomen herumdoktern. In diesem Sinne können wir Grünen dem Antrag auch zustimmen, es sind ja auch alte Forderungen der Grünen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir den Patienten wirklich nur heilen können, wenn wir das EU-Recht entsprechend anpassen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, leider habe ich in Ihrem Redebeitrag eben das Thema der unsäglichen Einführung Ihrer Ökosteuer vermisst.

Wir behandeln heute mit der Drucksachen-Nummer 16/889 den Antrag der SPD und der CDU „Ölpreisbindung auf den Prüfstand stellen“. Nun frage ich Sie, warum Sie eine Ölpreisbindung nur auf den Prüfstand stellen wollen, da doch jeder von Ihnen wissen müsste, dass unsere Bürgerinnen und Bürger schon seit Jahren mit nicht mehr nachvollziehbaren und in keinem Verhältnis stehenden Gas-, Strom- und Ölpreiserhöhungen von den jeweiligen Energiekonzernen skrupellos und brutal abgezockt werden. Das ist Ihnen doch schon seit Jahren bekannt. Insofern ist Ihr heutiger Antrag für mich ein reiner verspäteter Showantrag und sonst nichts.

Während auf der einen Seite die ins Unermessliche steigenden Energiekosten für unsere Bürger, für die mittelständischen Unternehmen und ganz besonders für die Autofahrer unbezahlbar geworden sind, machen die jeweiligen Energiekonzerne und hier ganz besonders die Ölkonzerne jährlich sage und schreibe bis zu 30 Milliarden Euro Gewinne. Es ist doch

(C)

(D)

(A) auch eine eindeutige Tatsache, dass auch aufgrund einer rotgrünen Ökosteuer der Autofahrer unverantwortlich zur Melkkuh der Nation geworden ist. Sie können es doch täglich aus der Presse entnehmen: Strom wieder teurer geworden, Gas wieder teurer geworden, Öl und Benzin wieder teurer geworden und so weiter! Die Preiserhöhungen auf dem Energiemarkt nehmen für den Endverbraucher kein Ende.

Meine Damen und Herren, es reicht dem Verbraucher schon lange, das Ende der Fahnenstange ist schon seit Jahren erreicht. Diese auch künstlich überbeurteilten Energiepreise haben die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger schon lange dramatisch eingeschränkt. Nun frage ich Sie allen Ernstes: Wo, wie und woran soll der Bürger eigentlich noch überall Einsparungen vornehmen? Auf Grundlage Ihrer betriebenen und in allen Bereichen verfehlten Politik hat der Bürger keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr, da brauchen Sie sich über eine fehlende Kaufkraft der Bürger nicht mehr zu wundern.

Solche überbeurteilten Energiekosten haben auch dazu geführt, dass Deutschland in Europa schon lange nicht mehr wettbewerbsfähig ist und unzählige Firmen – und damit sehr wichtige Arbeitsplätze – in Scharen ins Ausland abgewandert sind. Ich glaube, in keinem vergleichbaren Land Europas sind die Energiekosten so hoch wie in Deutschland. Frau Linnert oder andere Abgeordnete hier werden wieder sagen: Wir sind ja Exportweltmeister. Ja, das stimmt! Wir sind Exportweltmeister beim Export von Arbeitsplätzen deutscher Arbeitnehmer. Im letzten Jahr sind 1,5 Millionen Arbeitsplätze ins Ausland verloren gegangen. Insofern sind wir schon Exportweltmeister!

(B) Ich glaube auch, in keinem vergleichbaren Land Europas ist die Korruption zwischen Politik und Energiekonzernen so eng, so tief und so fest verknüpft wie in Deutschland. Da werden zum Beispiel gerade im Ruhrgebiet, aber auch woanders, unzählige Ratsherren und andere Politiker der Altparteien meines Wissens zum Beispiel von Gaskonzernen und anderen Konzernen mit WM-Karten, Luxusreisen und anderen sehr teuren Geschenken bei Laune gehalten. In der Korruptionsaffäre um den Gasversorger E.ON Ruhrgas sind bereits rund 200 Politiker ins Visier der Staatsanwaltschaft Köln geraten. Bei den Verdächtigen handelt es sich um rund 150 Aufsichtsräte von nordrhein-westfälischen Stadtwerken und rund 50 Politiker aus Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz sowie dem Saarland und so weiter. Die Verdächtigen sollen an Vergnügungsreisen auf Kosten des Konzerns teilgenommen haben. Ich kann das noch stundenlang weiter fortsetzen.

Solche Tatsachen können Sie fast täglich aus den Medien und wöchentlich aus der „Nationalzeitung“ entnehmen. Sie sehen, meine Damen und Herren, es sind wahrlich keine Einzelfälle, da könnte ich noch stundenlang unzählige solcher Verstrickungen, sprich Korruption von Politikern der Altparteien und den Energiekonzernen aufzählen. Wie Sie sehen, nicht

alle, aber einige Energiekonzerne machen Milliardengewinne auf Grundlage von vielen unsäglichen Verstrickungen mit politischen Verantwortlichen der Altparteien auf Kosten und zu Lasten der Verbraucher durch unerträglich überhöhte und unverschämte Energiepreiserhöhungen.

Meine Damen und Herren, es ist eine Riesensauerei und ein niederträchtiger Skandal, dass der Verbraucher zum Beispiel solche Korruption, solche Luxusreisen und die sehr teuren Geschenke durch die unendlich steigenden Energiepreiserhöhungen auch noch mitbezahlen muss. Das ist eine Schande sondergleichen, die viele maßgebliche verantwortliche Politiker der Altparteien mit zu verantworten haben. Gegen solch eine unerträgliche, verfehlte Politik der Altparteien kämpft die Deutsche Volkunion, an der Spitze der Herausgeber der „Nationalzeitung“, unser Bundesvorsitzender Dr. Gerhard Frey, nachweislich schon seit Jahrzehnten parlamentarisch-demokratisch an.

Ihr Antrag ist zwar ein verspäteter Showantrag, aber zumindest ein ganz kleiner Schritt in die richtige Richtung. Darum werde ich diesem Antrag trotzdem zustimmen in der Hoffnung, dass auf Grundlage dieses Scheinantrags vielleicht doch im Sinne der Bevölkerung endlich einmal eine effektive Politik angeregt wird. Da ich ein optimistischer Mensch bin, gebe ich diese Hoffnung nicht auf, auch wenn es mir bei Ihrer verfehlten Politik sehr schwer fällt.

Nehmen wir doch nur einmal die Versorgungsmentalität des Altkanzlers Schröder, SPD: Der macht jetzt den Job einer klassischen Ich-AG, Schröder verdient jetzt sein Geld in einer Firma, die er vielleicht früher selbst gegründet hat. Oder nehmen wir einmal Ex-Minister Clement und viele andere gescheiterte Politiker der Altparteien, die vielleicht nach dem altbewährten und altbekannten Motto handeln, man kann als Politiker der Altparteien ja nicht immer nur nehmen, nein, meine Lieben, man muss sich auch einmal etwas von alten Freunden geben lassen können, zum Beispiel in einem Energiekonzern, wahrscheinlich gut dotiert als Ex-Minister, und so weiter. Meine Damen und Herren, das ist zwar legitim, aber moralisch verwerflich. Bei dieser Moralvorstellung wundert es mich überhaupt nicht, dass viele Politiker der Altparteien käuflich sind, denn geschenkt will die ja sowieso keiner haben. – Ich danke Ihnen!

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Staatsrätin Kramer.

Staatsrätin Kramer: Herr Präsident, meine Herren und Damen Abgeordneten! Ich erfahre zum ersten Mal, dass ich doch zu den großgewachsenen Menschen gehöre, ich musste das Podium nach oben fahren lassen!

(Heiterkeit)

Selbstverständlich unterstützt auch der Senat die Intention des Antrags der Fraktionen der CDU und

(C)

(D)

(A) der SPD. Auch wir wollen Transparenz auf den Märkten, wir wollen der Knappheit des Gutes angemessene Preise, an denen sich nicht bestimmte Konzerne durch „Windfall Profits“ bereichern. Dazu gehört sicherlich, dass die Ölpreisbindung, anders als in früheren Jahren, als in großem Umfang in die Infrastruktur für Erdgas investiert werden musste, heute keinen Sinn mehr hat. Nach allem, was wir überblicken können, zeigt auch das Beispiel Großbritannien, wo man nun wieder zu einer Ölpreisbindung zurückkehrt, nicht, dass es weiterhin einen Grund gibt, generell daran festzuhalten.

Es ist aber zu Recht darauf hingewiesen worden, dass es sich hier um Verträge handelt, die große, meistens multinationale Konzerne abschließen. Insofern bedarf es der Missbrauchsaufsicht, es bedarf der Transparenz. Das alles unterstützt der Senat. Er hat aber darüber hinaus – und das muss man realistischerweise dann auch zugestehen – relativ wenig Einflussmöglichkeiten auf diese Verträge. Insofern möchte ich vor überzogenen Erwartungen warnen. Wir wollen der Forderung des Antrags im Rahmen unserer Möglichkeiten entsprechen. Das ist selbstverständlich, wenn dieses hohe Haus das so beschließt, aber die Möglichkeiten sind begrenzt.

In einem Punkt des Antrags muss ich darauf hinweisen, dass ich damit Probleme habe. Es ist die Forderung, dass der Senat mittelbar oder unmittelbar Einfluss nehmen möge auf die Bundeskartellbehörde. Das halte ich für ein klein wenig pikant, weil sich gerade die Bundeskartellbehörde kraft gesetzlichen Auftrags durch Unabhängigkeit von der Politik auszeichnet.

(B) Im Übrigen habe ich hohes Vertrauen in die Behörde, deren derzeitiger Präsident zu meinem Freundeskreis gehört; nicht nur deshalb, sondern auch, weil die Bundeskartellbehörde im Moment intensivst beweist, wie ernst sie ihren Auftrag nimmt, gerade wenn es um die Energiemärkte geht. Insofern glaube ich, dass der Antrag der CDU und der SPD an dieser Stelle bei der Bundeskartellbehörde auf offene Ohren stößt und zugleich ein kleines bisschen mit Pikanterie gewürzt ist, was die Unabhängigkeit der Bundeskartellbehörde angeht. Dies jedoch nur als Randbemerkung! Mit den Intentionen, mit den Zielabsichten des Antrags ist der Senat genauso einverstanden wie die Fraktionen des hohen Hauses.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/889 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Das Land Bremen als e-Logistikstandort

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2006
(Drucksache 16/899)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006

(Drucksache 16/919)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Kastendiek.

Ich gehe davon aus, Herr Senator Kastendiek, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU nicht mündlich wiederholen möchten.

(Senator K a s t e n d i e k : Nein, heute nicht!)

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Akkermann.

Abg. Frau **Akkermann** (CDU)*): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es geht um das Land Bremen als e-Logistikstandort oder im Hinblick auf die Zukunft auch um viele neue Arbeitsplätze. Die Große Anfrage der CDU-Fraktion wurde im Gegensatz zu einigen Anfragen gestern sehr ausführlich beantwortet, was sicherlich einfach darin begründet ist, dass in diesem Bereich sehr viel passiert ist. Bereits heute Morgen in der Haushaltsdebatte haben wir gehört, dass Bremen schon heute ein bekannter und bedeutender Logistikstandort ist. Wir wollen gern unseren Anteil dazu beitragen, dass es so bleibt und sich weiter verbessert. In dieser Debatte möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die Veränderungen in der Logistikbranche geben, um dann die Entwicklung explizit im Bereich in Bremen aufzuzeigen und schließlich mit einem Blick auf die Zukunft zu schließen.

Die Wertschöpfungsketten befinden sich im Wandel. Die Betriebe sind auf dem Weg zu grenzenlosen Unternehmen. Damit befindet sich natürlich auch die Logistik- und Transportbranche in einem Umbruch.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Acht zentrale Trends kann man hier als Gründe dafür benennen, vier auf der Nachfrage-, vier auf der Angebotsseite. Auf der Nachfrageseite sind es solche Trends wie der Übergang zur postindustriellen Gesellschaft, Globalisierung der Produktion und des Wirtschaftsverkehrs, Verkürzung der Produktlebenszyklen und natürlich auch, wir haben es eben schon gehört, wachsende Umweltsensibilität. Auf der Angebotsseite, im ausgeglichenen Verhältnis, sind es ebenso vier zu nennende Trends, vorab natürlich Deregulierung und Privatisierung, Konzentration auf Kernkompetenzen, Optimierung der Aufbau- und Prozessorganisation in den Unternehmen sowie auch Konzentrierung und Differenzierung in der Branche Logistik und Transport selbst.

Insbesondere das weltweite Zusammenwachsen von Produktionsprozessen und Wirtschaftsverkehren im Zuge der Globalisierung führt zu einer weitläufigen Verlagerung der Wertschöpfungsaktivitäten und zu einer Verschärfung des weltweiten Wettbewerbs. Damit wachsen natürlich auch die Transportdistanzen. Wir sehen das im Containerterminal Bremerhaven, es ist viel los auf den Weltmeeren. Gleichzeitig treten aber auch weltweit immer mehr Anbieter von Transport- und Logistikdienstleistungen in Konkurrenz zueinander an. Die Nachfrage steigt vor allem nach individualisierten Gütern und Dienstleistungen. Schnelle Reaktionen auf Kundenwünsche sind unabdingbar. Wir alle kennen den Slogan von eBay, „drei, zwei, eins, meins“. Die Welt wird schneller und papierloser, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bei uns leider nicht, aber woanders soll es so sein. PDA, UMTS und Mobilität sind Faktoren, die uns bereits jetzt täglich begleiten, sowohl im Privaten als auch im Geschäftsleben.

(B) Gleichzeitig entstehen neue Wettbewerbsfelder mit der Deregulierung und Privatisierung ehemaliger öffentlicher Dienste, insbesondere im Bereich Kommunikation und Verkehr. Neue Produkte, neue Leistungsanbieter und Konkurrenzsituationen sind das Ergebnis. Die steigende Zahl der Schnittstellen erhöht die Bedeutung einer Koordination in der Wertschöpfungskette. Ausdruck hierfür sind sicherlich auch die vielschichtigen horizontalen Verflechtungen zwischen Unternehmen der Transport- und Logistikbranchen. Als Reaktion darauf hat sich, wir sehen es alle, auch das Leistungsportfolio in diesem Bereich deutlich erweitert.

Sie haben also gehört: Es gibt viele Veränderungen im Bereich der Logistik mit Risiken, neuen Unbekannten, aber auch mit Chancen im Bereich der e-Logistik und Chancen für Bremen. Für uns als CDU-Fraktion ist nach wie vor oberste Priorität, dass wir die Wirtschaft und damit den Wohlstand Bremens fördern und auch fördern.

(Beifall bei der CDU)

Aber was ist denn nun genau e-Logistik? Lassen Sie mich die Definition von Professor Straube aus dem

Buch „Ganzheitliches Logistikmanagement“ für alle Nichtlogistiker kurz zitieren mit Erlaubnis des Präsidenten: „e-Logistik ist die strategische Planung und Steuerung aller für die elektronische Geschäftsabwicklung erforderlichen Logistiksysteme und -prozesse sowie deren administrative und operative Ausgestaltung für die physische Abwicklung.“ Wie gesagt, Definition gemäß Professor Straube! Das heißt also, durch den Einsatz von Informationssystemen und durch das Internet haben sich die Prozesse stark verändert, und es ergeben sich daraus vier große Bereiche, in denen die e-Logistik eine wesentliche Rolle spielt.

Als erster Bereich ist die Logistik für elektronische Märkte zu nennen. Das ist, Sie ahnen es bereits, Internetbestellung. Wir haben es mit schwankendem Bestellverhalten zu tun. Das Thema Paketverfolgung kennen wir alle. Es geht um flexible Zeiten und Orte, wo der Dienst, sprich die Logistik und der Transport, zu leisten ist. Der zweite Bereich sind die elektronischen Märkte der Logistik, insbesondere für die Logistikdienstleistungen, so genannte Frachtenbörsen, wo Ladung und Ladungsraum gehandelt werden. Als dritter Bereich sind die Netzwerke der Logistik zu nennen, hier insbesondere das Supply Chain Management, das heißt eine unternehmensübergreifende Wertschöpfungskette vom Rohstoff bis zum Kunden. Der letzte Bereich, der inzwischen auch sehr bekannt geworden ist, ist die Einführung der Radio Frequency Identification, RFID. Das sind diese kleinen Chips, die Sie vielfach an Paketen oder Waren sehen, die einfach mit Etiketten oder Transpondern versehen werden und die Daten über die Objekte enthalten. Diese Daten können berührungslos und auch ohne Sichtkontakt abgerufen werden. Das ist mobile Kommunikation in Reinkultur.

In diesen vier Bereichen ist Bremen bereits aktiv. Damit gibt es für das Land Bremen als Logistikstandort und Dienstleister eine weitere Möglichkeit, den guten Ruf und die Marktposition auszubauen und zu stärken, denn e-Logistik gibt insbesondere auch dem Klein- und Mittelstand, der ja nun gerade in unserer Stadt sehr gern gesehen und auch stark gefördert wird, und der Wissenschaft die Möglichkeit zu vielfältigem Engagement und zur erfolgreichen Produktentwicklung.

Glauben Sie es oder nicht, die Bremer sind bereits aktiv, wie sie denn nun einmal sind! Es gibt bereits über 40 Projekte, teilweise in Kooperation mit Großunternehmen, die hier in Bremen oder auch in Bremerhaven durchgeführt werden. Es gibt eine lokale e-Logistics-Arbeitsgruppe. Bremen ist im nationalen Netzwerk ccelogistics, eine Maßnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, eingebunden. Der Sonderforschungsbereich 637 der Universität Bremen sowie diverse wissenschaftliche Institutionen beschäftigen sich bereits mit dem Thema e-Logistik. Zielsetzung dieser Aktivitäten ist eine Stärkung der Logistikkompetenz am Standort Bremen und die Un-

(C)

(D)

- (A) terstützung von Verbundprojekten von Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Damit sind wir wieder beim Thema „Lernende Köpfe“, und damit sind wir auch wieder beim Thema Wissenschaftstransfer, was hier ja allgegenwärtig ist. Dieses Unterfangen trägt erste Früchte. Rund 1600 Verkehrs- und Hafenumternehmen sind in Bremen als Logistikdienstleister bereits ansässig und somit „Verursacher“ von rund 20 000 Arbeitsplätzen.

Ein kurzer Blick noch auf die Schwerpunkte aus dem Bremer Bereich! Seit 1973 gibt es die dhb Logistics IT AG als zentrale elektronische Informationsdrehscheibe der bremischen Häfen. Unter dem Titel Telematikplattform wurde bereits ein komplexes informationstechnisches Steuerungssystem innerhalb der bremischen Häfen eingeführt. Insbesondere wurden im Bereich der Transportkette, Sie ahnen es, bereits einige Projekte mit Containern und Automobilen realisiert. Nächstes Ziel im Hafenbereich, das mir als Hafenpolitikerin natürlich auch besonders am Herzen liegt, ist das Hafeninformati-onssystem, das alle relevanten Daten im Bereich des Schiffsverkehrs für alle Beteiligten bereithält. Eine Erhöhung der Sicherheit im Hafenbereich und eine Effizienzsteigerung der Hafendienstleistungen wären ein wünschenswertes Ergebnis.

- (B) Auch im Landesprogramm Bremen in t.i.m.e. ist e-Logistik als wichtiger Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg der Bremer vertreten. So soll in Bremerhaven ein Kompetenzzentrum e-Logistik aufgebaut werden. RFID und Simulationssysteme sollen Schwerpunkt dieses damit international besetzten Themas sein. Auch im Rahmen von InnoVision, Sie haben es in den Haushaltsplänen gesehen, werden die Schwerpunkte Logistik, Luft- und Raumfahrt sowie Mobile Solutions weiter gefördert und gestützt, wohl wissend, dass die Zukunft eines wichtigen Wirtschaftszweiges daran hängt.

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen, meine Damen und Herren, dass das Thema e-Logistik für die CDU-Fraktion ein weiterer Baustein in einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Bremens war, ist und sein wird! Insbesondere mit Blick auf die Chancen für den Klein- und Mittelstand als innovative und kreative Einheiten, aber auch mit Blick auf die Standorte Bremen und Bremerhaven als Logistikspezialisten und Hafenstandorte fordere ich Sie auf, den Ausbau des Landes Bremen als e-Logistik-Standort weiter zu unterstützen und zu fördern. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Der nächste Redner ist Kollege Schildt.

Abg. **Schildt** (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist alles gesagt, sagt

der Präsident. Dem kann ich beipflichten, was die Inhalte der Rede meiner Kollegin Akkermann betrifft.

(C)

(Zuruf des Abg. P f l u g r a d t [CDU])

Ich aber habe es noch nicht gesagt. Deswegen sage ich es ja, Herr Kollege Pflugradt!

Die Inhalte brauche ich also nicht erläutern. Vor welchem Hintergrund findet diese Große Anfrage der CDU statt? Es steht in Bremen in t.i.m.e., in InnoVision 2010 und in der Hightechregion Bremen schon vieles, was Sie heute als CDU-Fraktion abgefragt haben und was diese Debatte geprägt hat. Insoweit ist natürlich das Zusammenführen vieler Papiere wichtig, diese parlamentarische Diskussion über e-Logistik zu führen, aber, das ist erlaubt zu betonen, es ist nichts Neues durch den Senat in der Beantwortung auf die Große Anfrage zum Vorschein gekommen, was wir in verschiedenen Papieren nicht vielleicht doch schon gewusst haben. Wir führen es aber zusammen, weil wir auch in der Diskussion des Haushalts stehen. Heute Morgen hat der Fraktionsvorsitzende der CDU das ja auch mit angesprochen, e-Logistik, ich glaube, sogar zweimal. Insoweit stärkt jede Debatte auch die Diskussion in anderen Feldern, die wir haben.

Wenn man sich wie gesagt die Antwort auf die Große Anfrage anschaut, findet man viele Bestandteile wieder, die ich jetzt nicht für Bremen in t.i.m.e. oder InnoVision 2010 wiederholen will. Ganz besonders wichtig ist, dass es durchaus auch Standorte im Land Bremen gibt, die zu fördern sind. Da nenne ich zunächst das t.i.m.e.Port II, das am 27. März 2006 in die Nutzung geht. Dort hat das ISL ein Kompetenzzentrum e-Logistik eingerichtet. Das sind natürlich die Schwerpunkte, die wir als Logistikstandort brauchen neben Tchibo, BLG und anderen, die Sie erwähnt haben, Frau Kollegin Akkermann, die in dem Bereich schon tätig sind.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Unsere Ressourcen, die wir haben, müssen wir dann so klug einsetzen, dass wir als Land Bremen entweder Technologieplattformen zur Verfügung stellen oder Möglichkeiten über Wissenschaft und Forschung im Bereich von e-Logistik geben, dass aber die private, die unternehmerische Seite bei der Abnahme der zu entwickelnden Produkte genauso mit investieren muss, um sie marktgerecht umsetzen zu können, muss klar sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben angesprochen, dass wir uns bezüglich der vielen Entwicklungen im elektronischen Bereich nicht vorstellen können, was schon heute alles machbar ist. Das kann eines Tages ja auch bis zum Electronic Voting in Bremen gehen. Gerade in der Logistikkette, und das kommt in der Antwort auf die Gro-

(A) Bei Anfrage heraus, gibt es viele Bereiche, die man elektronisch vereinfachen kann und die natürlich auch Kosten sparen. Das sichert nicht nur Wettbewerbsvorteile, sondern ist auch für die Freie Hansestadt Bremen kostensparend. Bei Kosten kennen Sie ja unsere grundsätzliche Meinung als SPD-Fraktion, dass wir bei allen Projekten, so gut sie im Einzelnen sind – und e-Logistik ist für mich als ein wichtiger Bereich bewertet, den wir fördern sollen und müssen –, auf die Ressourcen des Geldes schauen müssen.

Wenn ich mir dann die Deputationsvorlage zu InnoVision 2010 anschau, sehe ich für den Bereich e-Logistik, dass zur Durchführung der dargestellten Maßnahmen, die dort alle erläutert werden und ähnlich sind, wie Sie es, Frau Kollegin, erläutert haben, einschließlich der Kosten für Management, Marketing und Evaluation zwischen 2006 und 2009 2,3 Millionen Euro angesetzt werden. Ich verstehe unsere Förderung eigentlich so, dass wir das meiste an Geld, das wir noch haben, in die Förderung der Unternehmen stecken und Marketing, Evaluation und Management in den Gesellschaften auf das Notwendigste und Kleinste herunterführen. Ich sehe, dass Senator Kastendiek sich dazu eine Bemerkung macht und darauf gleich eingehen wird, aber unser Problem in vielen Förderprogrammen ist, dass wir sehr viel von dem Geld, von dem wir nur noch wenig haben, in die Strukturen der Gesellschaften stecken, dass sie nämlich Strukturen schaffen können. Was kommt eigentlich bei den Unternehmen unten an, die wir fördern wollen?

(Beifall bei der SPD)

Deswegen plädiere ich sehr stark dafür: Ja, Bremen ist ein Standort, auch für e-Logistik, mehr noch Bremerhaven, weil dort die Ströme der verschiedenen Logistikbereiche zusammengeführt werden. Nur, die Mittel, die wir einsetzen, sollen dann auch so klug eingesetzt werden, dass es in Ihrem Sinne, Frau Akkermann, auch den kleinen und mittelständischen Unternehmen zugute kommt, also Technologieförderung, Plattformförderung, früher die Diskussion des Landesbreitbandnetzes, Förderung von Sachen im Bereich Hochschule und Wissenschaften in der Vernetzung mit Unternehmen. Das Marketing und die Evaluation spielen aber auch eine Rolle, prozentual dürfen diese Kosten aber keine Rolle spielen, die dann eigentlich bei dem Unternehmen nur dazu führen, dass vielleicht nur 40 oder 30 Prozent ankommen. Ich übertreibe jetzt einmal, das sind andere Zahlen.

Insoweit, Herr Senator Kastendiek, sind alle die Projekte, die wir im Bereich InnoVision 2010 haben, auf diesen Prüfstand hin zu kontrollieren und zu überprüfen: Wie viel von dem Geld, das wir in Zukunft investieren wollen, kommt da an, wo es hin soll, und wie kommt das Geld zurück? Wir sollten weniger Mittel dafür einsetzen, dass die Projekte dann überprüft und evaluiert werden und dass besondere, verschiedene Marketinginstrumente benötigt werden.

Insoweit ist für die SPD-Fraktion klar: e-Logistik ist für Bremen und Bremerhaven wichtig. Die Debatte ist wichtig, um die Vernetzung der verschiedenen Projekte, die wir haben – ich erwähne noch einmal t.i.m.e., InnoVision 2010 und Hightechregion –, zusammenzuführen. Man muss daraus eine Schwerpunktsetzung in der Investitionsplanung für die nächsten Jahre herausarbeiten. – Insoweit herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Der nächste Redner ist Kollege Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich habe mir überlegt, zunächst einmal die Frage zu stellen, was Logistik eigentlich ist. Ich würde gern mit Genehmigung des Präsidenten aus dem Duden zitieren. Der sagt zur Logistik, erstens: militärisch! Nein, das will ich nicht, das mag ich nicht! Zweitens: Wirtschaft, Gesamtheit aller Aktivitäten eines Unternehmens, die die Beschaffung, die Lagerung und den Transport von Materialien und Zwischenprodukten, also den gesamten Fluss von Material, Energie und Produkt betreffen! Soweit der Duden! Das „e“ steht für elektrisch unterstützt. Jetzt hat man so ungefähr eine Vorstellung, worum es hier eigentlich geht. Deswegen gibt es an dieser Stelle auch überhaupt keinen Streit. Alle Fraktionen hier im Hause werden sagen, jawohl, das ist insbesondere für den Hafenstandort eine der ganz zentralen und wirtschaftspolitisch auch wichtigen Fragen.

Das Umschlagsvolumen steigt in einem unglaublichen Tempo, und man ahnt, dass Lösungen in dem Bereich Logistik natürlich auch immer modern, neu und deswegen ungeheuer innovativ sind und sein müssen. Im Förderschwerpunkt ist das in der Technologie die Frage auch des Wirtschaftsressorts. Ich finde die Antwort, soweit sie inhaltlich eine Zusammenfassung aller Aktivitäten ist, die Bremen macht, auch in Ordnung. Es gibt an dieser Stelle keinen Streit. In Wirklichkeit geht es aber auch gar nicht um die Frage der Bedeutung von e-Logistik, sondern in Wirklichkeit geht es darum, welche Förderschwerpunkte Bremen sich unter den gegebenen Haushaltsrahmenbedingungen noch leisten kann. Das ist die eigentliche zentrale Frage.

Dazu hat Frau Akkermann leider Gottes nichts gesagt, sie hat uns in aller Breite auch noch einmal erklärt, worum es bei Logistik denn so geht, das ist auch in Ordnung, aber der Streit ist ja folgender: Wir haben in der Wirtschaftsdeputation eine Vorlage gehabt, InnoVision 2010, die aber kurzerhand von der SPD kurz vor dem Termin der Wirtschaftsdeputation ausgesetzt worden ist. Ich nehme einmal an, das hatte Gründe. Der Streit, der sozusagen hinter den Kulis-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) sen geführt wird, ist eben der, wie viele Mittel dafür ausgegeben werden sollen. Diese InnoVision 2010 ist mit 30 Millionen Euro hinterlegt, was ja kein Pappentitel ist angesichts der derzeitigen Haushaltssituation.

Ich glaube, dass Sie die Diskussion darüber offen führen müssen, nicht die Frage, ob oder ob nicht gefördert wird, sondern wie viele Mittel wir dafür eigentlich noch ausgeben können. Wenn ich mir die Vorlage InnoVision 2010 aus dem Hause Kastendiek anschau, dann stelle ich zunächst einmal fest, dass es unter anderem in dieser Vorlage auch eine Flexibilitätsreserve gibt von deutlich über einer Million Euro. Dann ist, das hat Herr Schildt schon angesprochen, die ganze Frage Evaluation auch meiner Meinung nach völlig unsinnig mit über 500 000 Euro in die Vorlage hineingeschrieben. Da haben wir also schon einmal zwei Millionen Euro gespart, ohne auch nur irgendetwas an der Substanz dieses Förderprogramms geändert zu haben, und genau darum geht es! Wir führen Haushaltsdebatten darüber, dass Bremen sozusagen, ich sage es salopp, ziemlich pleite ist, aber wir leisten uns in diesen Vorlagen Geldausgaben, die unnötig sind wie nur irgendetwas. Reduzieren Sie, bitte schön, meine Damen und Herren der großen Koalition, die Ausgaben auf das tatsächlich Notwendige!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Wenn ich in einem Programm von 30 Millionen Euro schon zwei Millionen Euro herausstreichen kann, ohne substantiell an diesem Programm etwas ändern zu müssen, dann ist da etwas ganz offensichtlich schief gelaufen. Ich will diese zwei Millionen Euro gern einsparen. Wenn man sich diese Vorlage einmal gründlich ansieht, wird man das eine oder andere Einsparpotential in der Vorlage auch noch finden. Ich will überhaupt nicht missverstanden werden, wir wollen auch Technologieförderung, aber tatsächlich so – Herr Schildt hat das in seinem Redebeitrag, wenn ich da alles richtig verstanden habe, auch ein Stück weit in die Richtung diskutiert –, dass die Fördermittel auch da ankommen müssen, wo sie hingehören. Wir wollen wenig Overhead und ganz viel konkrete Förderung im Detail.

Insofern, Herr Senator, hoffe ich, dass Sie sich in Ihrer Antwort gleich auch darauf einlassen werden und jetzt nicht noch einmal erzählen, wie wichtig e-Logistik für den Standort Bremen und Bremerhaven ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Möhle,

den Gefallen kann ich Ihnen nicht ganz erfüllen, weil an einer Stelle der Gesamtzusammenhang nicht nur für Bremen, sondern für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zwischenzeitlich eklatant geworden ist. Wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt Wachstumsmärkte haben, wo wir führend sind, dann ist das die Logistik.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Thema Logistik, in Deutschland mit einer hohen Kompetenz, wird nur dann funktionieren, wenn man entsprechende Kapazitäten im Bereich der e-Logistik vorhält und auch entwickelt, also auf der einen Seite im wissenschaftlichen Bereich Innovation fördert und auf der anderen Seite sie auch in der Wirtschaft nachfragt, also kundenorientiert umsetzt, was man allgemein mit dem Begriff „Wissenschaftstransfer“ bezeichnet.

Um einfach nur einmal ein bis zwei Zahlen zu nennen, um es deutlich zu machen ist: Das jährliche Umsatzvolumen der Logistikbranche beträgt 150 Milliarden Euro. Damit ist die Logistikbranche zwischenzeitlich die viertgrößte Branche in der Bundesrepublik Deutschland. Was die Mitarbeiter angeht, mit 2,6 Millionen Arbeitsplätzen liegen wir sogar auf Rang eins. Wenn man dies auf Bremen überträgt, wird man ähnliche Größenordnungen bekommen als Arbeitsplatzgeber, wenn man Logistikhafenumschlag etwas weiter fasst, mit 90 000 bis 100 000 Arbeitsplätzen lässt sich das, glaube ich, ganz sauber ablesen, die in diesem Zusammenhang hier eine entscheidende Rolle spielen.

Wie gesagt, Herr Möhle, ich habe Ihnen versprochen, Ihre Erwartungen nur zum Teil zu erfüllen, ich erspare es mir also, weil ich glaube, das ist hier auch schon sehr umfassend getan worden, die Begrifflichkeit noch einmal darzulegen. Ich glaube, es ist vor diesem Hintergrund der Haushaltsberatungen auch nicht ganz unwichtig, noch einmal deutlich zu machen, was sich denn überhaupt hinter den Überschriften versteckt. Das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Punkt.

Da sind wir natürlich am Ende der Diskussion und des Austausches der Positionen bei der Frage: Welche Bedeutung soll denn Innovation auch im Rahmen der Investitionspolitik haben? Wir können uns sicherlich trefflich darüber streiten. Ich glaube, dass es weniger Glaubenskriege sind, die ausgetauscht werden, sondern es geht eher darum, wie man sich einem Thema nähert. Ob man eine Überprüfung der vorhandenen Programme in diesem Umfang oder in jenem Umfang einsetzt, das ist nicht die entscheidende Frage, da gibt es bei uns auch eine entsprechende Flexibilität. Bitte dann nur die Gerechtigkeit in der Diskussion, wenn diese Projekte umgesetzt worden sind und Sie am Ende des Tages natürlich zu Recht fragen, was denn dabei herausgekommen ist, dann auch zu akzeptieren, dass das im Nachhinein nicht kritisiert wird,

(C)

(D)

(A) für die Überprüfung der eingesetzten Mittel hatten wir kein Geld! Lieber Abgeordneter Schildt, diese Offenheit und Fairness gehört natürlich am Ende des Tages auch dazu!

Vor diesem Hintergrund, glaube ich, ist das Thema Innovation für Bremen und Bremerhaven sehr wichtig, denn zahlreiche Studien, zuletzt der OECD, haben belegt, dass dort, wo das Thema Innovation in einer Region Schwerpunktthema war, ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum entstand oder auch ein überdurchschnittlicher Anstieg von Arbeitsplätzen. Wenn wir schauen, mit welchen Strukturproblemen wir hier in Bremen und der Region zu tun haben, ist das, glaube ich, unsere einzige Chance, weil wir in den tradierten und traditionellen Branchen wie im Industriegewerbe froh sein werden, wenn wir die Arbeitsplätze halten können. Das wäre dann schon ein Riesenschritt, den wir gemacht hätten.

Wenn man sich zurzeit die Diskussionen in mittelständischen Unternehmen, egal in welcher Branche, anschaut, dann ist der Druck durch die Globalisierung entscheidend. Deswegen müssen wir uns auf neue Märkte und auf neue Branchen konzentrieren, und da spielt meiner Auffassung nach das Thema InnoVision, Innovation, der Wissenstransfer eine entscheidende Rolle. Deswegen glaube ich, dass wir uns keinen Gefallen tun, wenn wir sagen, dieses Thema ist nicht wichtig. Im Gegenteil, ich glaube, das ist eines der entscheidenden Zukunftsthemen unseres Bundeslandes!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Den Strukturwandel werden wir nur erreichen, wenn wir dies auch in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Dafür will ich an dieser Stelle werben. Ich will jetzt nicht über Größenordnungen reden, ob das eine Million mehr oder eine Million weniger ist. Ich glaube, im ersten Schritt geht es um das Verständnis für dieses Thema. Wir wären dann einen entscheidenden Schritt weiter, wenn dieses Verständnis sich letztendlich durchsetzt. Wie gesagt, ob eine Million mehr oder weniger, das ist nicht der entscheidende Punkt.

Ich teile Ihre Auffassung auch, dass wir darauf achten müssen, dass es natürlich bei den Unternehmen am Markt landet und nicht in Strukturen versickert, völlig d'accord, wobei ich davon überzeugt bin, dass das bei unseren Papieren so nicht der Fall ist. Aber wenn Sie sich einmal die Diskussion um MSC anschauen, wo wir ganz offen und ganz kritisch, damals noch auf der anderen Seite des Tisches, gesagt haben, wir wollen hier keine Investitionen in Gebäude, wir können uns das nicht erlauben, wir wollen in die Ideen investieren, wenn man sich das bei dem MSC-Demonstrationscenter ansieht, wo ganz konkret geschaut wird, wie wir Innovationen in Unternehmen fördern und wo wir ihnen auch Hilfestellung geben, um diese Innovationen und die Produkte, die entwi-

ckelt werden, auch zu vermarkten, das ist kein ganz unwichtiger Punkt, meine Damen und Herren, das Thema Marketing wird allgemein unterschätzt! Ihnen nützt das beste Produkt nicht, wenn niemand davon Kenntnis hat, was Sie da haben.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Letztendlich ist Marketing auch ein ganz wichtiger Aspekt, den Sie bei der Förderung solcher Innovationen nicht völlig außer Acht lassen dürfen. An diesem Beispiel wird sehr deutlich, wo die Gelder landen und was da ganz konkret gemacht wird. Ein Programm kann man schwer fassen, das kann man nicht wie ein Bild an die Wand hängen, sondern es ist schwer fassbar, man muss eben in die Gedanken, in die Konzeption letztendlich einsteigen. Das sind sehr komplexe Zusammenhänge, die da zum Teil stattfinden.

Deswegen ist an dieser Stelle eine Konzentration wichtig. Wenn diese Diskussion, diese Debatte um die Große Anfrage dazu beigetragen hat, dass dieses Thema Innovation, InnoVision einen entsprechenden Stellenwert erhält – wie gesagt, ich streite jetzt nicht um eine Million mehr oder weniger, da müssen wir uns an den Haushaltsrahmenbedingungen, die werden hier ja gar nicht negiert, orientieren –, wenn bei der Förderung einzelner Maßnahmen dieses Thema eine entsprechende Bedeutung in den Haushaltsberatungen findet, dann, glaube ich, war die Diskussion heute sehr wertvoll. Ich hoffe, dass das Thema konkret nicht nur in der Wirtschaftsdeputation – wobei ich mir habe sagen lassen, dass der Aussetzungswunsch der Vorlage, die Sie bemängelt haben, auch nicht allzu viel mit der Vorlage zu tun hatte, sondern eher übergeordnete Gründe eine Rolle spielten, aber das müssen wir akzeptieren, das ist auch nicht das Thema – auch entsprechend mit dieser Zielsetzung diskutiert wird, weil ich glaube, dass es sich lohnt, dafür zu kämpfen, dass wir nachhaltige Arbeitsplätze entwickeln an diesem Standort und wir diesen Strukturwandel auch erfolgreich zu Ende führen. – Herzlichen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die übergeordneten Gründe hätte ich ja gern mehr erfahren, aber es ist in Ordnung. Ich wollte eigentlich nur die Zahlen nachreichen. Es geht um eine sogenannte Flexibilisierungsreserve von 1,35 Millionen Euro, damit Sie wissen, um welche Höhe es da geht.

Der zweite Punkt ist, Herr Kastendiek, selbstverständlich haben Sie auch die Grünen in der Frage an

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ihrer Seite, denn wir wissen auch aus ökologischen Gesichtspunkten, zum Beispiel Vermeidung von Leerfahrten, was mit dieser Technologie möglich ist, dass es natürlich eine unglaublich wichtige Rolle spielt. Die Frage ist aber, und dabei bleibe ich auch, dass wir uns hier im Hause einigen müssen, welche Schwerpunkte Wirtschaftspolitik setzt. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten nicht so viel Geld ausgegeben für die Arberger und Mahndorfer Marsch und wir hätten jetzt mehr Mittel, die wir hier einsetzen könnten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen anfangen, diese Fragen alternativ zu diskutieren. Es geht nicht zusätzlich, wir müssen Schwerpunkte bilden! Ich behaupte auch, und an dieser Stelle lassen Sie mich das sagen, ich hätte die Mittel, die für den Space-Park in den Sand gesetzt worden sind, gern für diese innovative Förderung genommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hoffe, dass Ihr Haus künftig tatsächlich einen Kurswechsel vornimmt und wir tatsächlich in den Bereichen von Innovationen und auch Visionen mehr Geld in Förderung stecken, als das bisher der Fall war. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/919, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt als nächsten Tagesordnungspunkt die Mittagspause auf.

(Heiterkeit)

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 12.58 Uhr)

★

Vizepräsidentin Dr. Mathes eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Meine Damen und Herren, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe türkischer Frauen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Naturschutzgesetzes

(C)

Mitteilung des Senats vom 22. November 2005
(Drucksache 16/806)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer 54. Sitzung am 26. Januar 2006 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Naturschutzgesetzes, Drucksache 16/806, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen (Bremisches Verfassungsschutzgesetz – BremVerfSchG)

(D)

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005
(Drucksache 16/864)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer 54. Sitzung am 26. Januar 2006 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen – Bremisches Verfassungsschutzgesetz –, Drucksache 16/864, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005
(Drucksache 16/865)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer 54. Sitzung am 26. Januar 2006 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes, Drucksache 16/865, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit schlägt den Abgeordneten Rainer Nalazek als stellvertretendes Mitglied für die siebte Amtszeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE, von 2006 bis 2007 vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Rainer Nalazek als stellvertretendes Mitglied für die siebte Amtszeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE, von 2006 bis 2007.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bildung

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiführungsakademie

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2006
(Drucksache 16/902)

1. Lesung

2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiführungsakademie, Drucksache 16/902, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, da der Senat um Behandlung und um Beschlussfassung in erster und

(C)

(D)

(A) zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiführungsakademie in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

(B)

Erste-Hilfe-Ausbildung in Schulen des Landes Bremen

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2006
(Drucksache 16/904)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.
Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Uns liegt heute der Bericht zum Dringlichkeitsantrag zur Erste-Hilfe-Ausbildung in den Schulen des Landes Bremen vor. Bevor ich einige Worte zum Thema sage, möchte ich mich sehr herzlich beim Ressort bedanken, bei dem Federführenden, der wirklich versucht hat, alle Beteiligten an einen Tisch zu bekommen, der darüber hinaus versucht hat, alle Interessen zu berücksichtigen und alles auf einen guten Weg gebracht hat. Von hier aus vielen Dank von uns!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Herzinfarkt, noch einmal kurz zur Erinnerung: Jährlich erleiden 300 000

Menschen diese Attacke, rund 170 000 Menschen sterben jährlich daran und rund ein Drittel davon bereits vor Erreichen des Krankenhauses. In Deutschland verunglücken jährlich nahezu neun Millionen Menschen, 4,6 Millionen im Heim- und Freizeitbereich, 2,3 Millionen im Beruf, 1,3 Millionen in der Schule, 500 000 im Straßenverkehr.

Erste-Hilfe-Kenntnisse, meine Damen und Herren, sind in der Bevölkerung erschreckend niedrig. Man kann sagen, sie sind unzureichend, viele sind nicht in der Lage, ausreichend erste Hilfe zu leisten. Tatsächlich ist es bis heute so, dass die allermeisten ihren letzten Erste-Hilfe-Kursus zur Führerscheinprüfung absolviert und ihn danach nicht wieder aufgefrischt, geschweige denn erweitert haben. So kann man also allzu häufig beobachten, wie unsicher man in Notsituationen mit Angst reagiert, in erster Linie etwas falsch zu machen.

Meine Damen und Herren, vom Eintreten der Notfallsituation bis zu den ersten therapeutischen Maßnahmen durch den Sanitäter und/oder Arzt muss die Zeit kurz gehalten werden, wenn die Wiederbelebungsmaßnahmen zeit- und fachgerecht durchgeführt werden sollen. Ausreichend erste Hilfe zu einem frühen Zeitpunkt bis zum Eintreffen des Notarztes rettet definitiv Leben. Wir können im Notfall mit bloßen Händen Sofortmaßnahmen durchführen, es kommt darauf an, in den entscheidenden Momenten nicht den Kopf zu verlieren.

Eine immer wiederholende Laienausbildung, auch und insbesondere schon an Schulen für Schüler, ist hier hilfreich, um ein flächendeckendes Erste-Hilfe-Netz entstehen zu lassen. Der Senat hat uns eine angestrebte Zielzahl von 7000 Schülern mitgeteilt, die in der achten Jahrgangsstufe mit der Ausbildung erreicht werden sollen. Bremen und Bremerhaven beginnen zunächst in Schulen mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern, was ich übrigens sehr gut finde, denn, meine Damen und Herren, es geht tatsächlich um mehr als nur das Erlernen von Wiederbelebungsmaßnahmen.

Anonymes Nebeneinander und untätiges Zusehen sind weit verbreitet, Mitgefühl und Hilfsbereitschaft sind eher in den Hintergrund getreten, zunehmende Brutalität an Schulen und hilflose Mitschüler, wenn etwas passiert, traurige Beobachtungen beschreiben immer wieder: Einfach liegen lassen und wegsehen!

Unser Ziel muss erstens sein, Kinder durch eine frühzeitige Erste-Hilfe-Ausbildung angemessen im Sinne ihrer altersgerechten Möglichkeiten auf Notsituationen so vorzubereiten, dass sie in der Lage sind, auch entsprechend reagieren zu können. Ein Jugendlicher, der frühzeitig gelernt hat zu helfen, wird im Laufe seines Lebens beherrzter helfen. Zweitens, meine Damen und Herren, auch soziale Tugenden müssen erlernt und gelebt werden, gegenseitige Hilfe ist notwendig. Mit einer Unterrichtseinheit erste Hilfe in den achten Klassen hoffen wir, auch den Blick für Hilfs-

(C)

(D)

(A) bereitschaft, soziale Tugenden, Hinwendungen und das einfache Trösten zu schärfen, und zwar durch das Erlernen, das Üben und durch dauernde Wiederholung.

Meine Damen und Herren, wir wollen erreichen, dass mehr Menschen gerettet werden können, wenn Wiederbelebungsversuche zeit- und fachgerecht angewendet werden. Es geht um Gefahrenprävention im Allgemeinen, es geht um die Förderung sozialer Tugenden, um Nachbarschaftshilfe, um Mitverantwortung, und es geht darum, ein möglichst flächendeckendes Netz für die Laienausbildung entstehen zu lassen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben hier vor einem Jahr ausführlich über das Thema Erste-Hilfe-Ausbildung in Schulen des Landes Bremen debattiert. Heute reden wir hier über einen Bericht des Senats, der aussagt, wie die Erste-Hilfe-Ausbildung zukünftig in Bremen gestaltet werden soll, auch unter Nutzung des Förderprogramms des Bundesministeriums des Inneren, das für die Jahre 2005 bis 2007 Geld für die Ausbildung zum Ersthelfer und zur Ersthelferin zur Verfügung gestellt hat. Ich denke, allen hier im Hause ist klar, wie wichtig es ist, dass Schülerinnen und Schüler in der Lage sein müssen, auch erste Hilfe leisten zu können.

(B)

Oft sind es Unkenntnis und Angst, etwas falsch zu machen, das sind auch die Gründe dafür, dass erste Hilfe nicht geleistet wird. Deshalb ist es wichtig, jungen Menschen die Sicherheit zu geben, dass sie helfen können, und ihnen zu vermitteln, was sie machen müssen, wenn ein Unfall passiert ist. Außerdem hat die Ausbildung auch noch einen präventiven Aspekt, denn Unfallvermeidung und die Frage, warum gewisse Unfälle immer wieder passieren, werden ebenfalls thematisiert. Wir alle kennen im häuslichen Bereich den dreibeinigen Hocker, der oft genommen wird, oder auch das Kippen in den Schulen, was auch schon häufig zu Unfällen geführt hat.

Wir finden es gut, dass professionelle Institutionen der Unfallhilfe in die Erste-Hilfe-Ausbildung eingebunden werden. Zwei Gründe sprechen besonders dafür. Die professionellen Organisationen sind immer auf dem neuesten Stand, und sie verfügen über ein entsprechendes Equipment. Ich erinnere daran, lange war es Frage auch in den Erste-Hilfe-Kursen, ob man den Motorradhelm auflassen soll oder ob man ihn abnehmen soll. Ich denke, das sind Fragen, die die Schüler auch interessieren und die dann eben auch qualifiziert beantwortet werden können.

Ein wichtiger Aspekt ist auch, dass die professionellen Anbieter den Unterricht spannender machen

können, weil sie eben aus ihrem täglichen Leben berichten können. Der Einsatz von professionellen Helfern eröffnet jungen Menschen aber auch die Möglichkeit, ehrenamtlich tätig zu werden. Ich denke, das ist auch ein wichtiger Schritt, ihnen dies aufzuzeigen, wie sie in die Organisationen kommen können und welche Möglichkeiten der Jugendarbeit es hier gibt.

(C)

Verschiedene Institutionen haben schon Programme speziell für Ganztagschulen entwickelt, eine Institution unter dem Label „Wir bringen Leben in die Schule“. Ich fand das ganz nett. Hier haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, auf dem Grundkurs zur ersten Hilfe aufbauende Ausbildung zu erlangen, zum Beispiel zum Schulsanitäter oder auch zum Rettungsschwimmer.

Wie schon gesagt, wir halten das Konzept zur Erste-Hilfe-Ausbildung an Schulen für richtig und wichtig, und wir hoffen, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler daran teilnehmen, sich dann auch für ein ehrenamtliches Engagement entscheiden und dass sie auch Spaß haben bei dieser Ausbildung, denn das schließt das ja nicht aus. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kauertz.

Abg. Frau **Kauertz** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Mitteilung des Senats zu diesem Thema macht deutlich, dass man unseren gemeinsamen Antrag vom 6. Dezember 2004 sehr ernst genommen hat und um eine bestmögliche Umsetzung bemüht war. Ich kann mich in diesem Zusammenhang den Worten meiner Vorrednerin, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, nur anschließen.

(D)

Dass dies so ist, liegt zweifellos auch an der Sinnhaftigkeit der von uns geforderten Erste-Hilfe-Ausbildung in den Schulen für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I. Auch wenn in unserer Region bisher noch keine Dächer unter Schneemassen zusammengebrochen sind und wir auch sonst von vielen Katastrophen verschont bleiben, so gibt es im Alltag doch oft genug Gefahrensituationen, in denen Ersthelfer entscheidend über Leben und Tod sein können. Es ist richtig: Viele Menschen könnten gerettet werden, wenn Wiederbelebungsmaßnahmen zeit- und fachgerecht angewandt würden. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, dass gerade auch Jugendliche in recht jungen Jahren, also wie hier zum Beispiel ab zehn Jahren, bereits lernen, in medizinisch bedrohlichen Notfällen statt zu schauen zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Das Förderprogramm des Bundesministeriums des Inneren für die Ausbildung von Jugendlichen von zehn bis 16 Jahren in der Zeit von 2005 bis 2007 wird ei-

(A) nen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Jugendliche nicht nur hilflos und manchmal neugierig zuschauen, wenn Opfer Hilfe brauchen. Dieses Programm wird dazu beitragen, dass diese jungen Menschen, wenn sie denn in den Genuss einer solchen Erste-Hilfe-Ausbildung durch einen professionellen Anbieter gekommen sind, aus der Anonymität heraustreten und die so wichtige schnelle Hilfe leisten, indem sie die erlernten Kenntnisse und Fähigkeiten nach besten Kräften anwenden.

Dies wird umso besser gelingen, wenn in der Folge Auffrischungslehrgänge absolviert werden können, wenn es darüber hinaus auch die Möglichkeiten gibt, zum Beispiel als Schulsanitäter zum Einsatz zu kommen. Ein Kollege, der wusste, dass ich heute diese Rede hier halten würde, hat mir noch einen Hinweis aus dem Bereich Bremen-Nord gegeben, wo die Schüler von der Schule In den Sandwehen im Rahmen eines Skiurlaubes tatsächlich tatkräftige Hilfe leisten und Verunglückten, die zum Teil verschüttet waren, dort mit dieser Hilfe, für die sie inzwischen Kompetenz erworben hatten, tatkräftig helfen konnten.

(Beifall)

(B) Der DRK-Landesverband hat im Rahmen einer bundesweiten Ausschreibung den Zuschlag für die Ausrichtung dieser Kursangebote für das Land Bremen erhalten. Der DRK-Landesverband ist gegenüber dem BMI eine vertragliche Verpflichtung zur Erfüllung unter anderem inhaltlicher Vorgaben sowie der Anzahl der jährlich zu unterweisenden Schülerinnen und Schüler eingegangen. Ich habe mir das Unterrichtskonzept, die Lernziele, Inhalte und Einzelthemen einmal etwas genauer angesehen, die übrigens vom BMI vorgeschrieben sind, und hatte den Eindruck, dass die Vermittlung von Kompetenzen hier sehr professionell erfolgen wird. Ich hatte übrigens auch den Eindruck, dass ich selbst hier schon einige Defizite habe, wie wahrscheinlich die meisten von uns.

Die Deputation für Bildung hat sich mit diesem Thema im Rahmen ihrer Sitzung am 28. April 2005 befasst, in der auch darüber informiert wurde, dass das DRK sich bereit erklärt hat, die BMI-geförderten Kurse anhand einer entsprechenden Auflistung des Senators für Bildung und Wissenschaft zunächst vorrangig an Schulen mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern anzubieten. Die SPD-Fraktion begrüßt diese Vorgehensweise.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe davon aus, dass diese Schulen das Angebot besonders gern angenommen haben. Aus der Mitteilung des Senats geht hervor, dass in der Stadtgemeinde Bremen an elf Schulen insgesamt 21 Kurse durchgeführt wurden, und daran waren 277 Schülerinnen und Schüler beteiligt. In Bremerhaven fanden die Lehrgänge an fünf Schulen unter Beteiligung

(C) von 125 Schülerinnen und Schülern statt. Insgesamt waren das also im Jahr 2005 402 Schüler. Damit wurde die angestrebte Teilnehmerzahl von mindestens 600 Schülerinnen und Schülern nicht erreicht, was mir und meiner Fraktion vielleicht erklärbar ist, aber dennoch nicht gefällt.

Oft hört man gerade im schulischen Bereich, dass dies oder das nicht machbar sei, weil das Geld dafür fehle. Bei diesen wichtigen, sinnvollen und interessanten Kursen entfällt für den schulischen Bereich dieses Argument jedoch. Die Kurse sind kostenfrei und sollten allein schon aus diesem Grund die Zielgröße von mindestens 600 bis maximal 1000 Schülerinnen und Schülern in den Jahren 2005 bis 2007 erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will die Erklärung, warum es 2005 nicht möglich war, nicht ignorieren, aber ich erwarte, dass die Ergebnisse 2006 und 2007 den Vorgaben entsprechen. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass diese Kurse gerade in Schulen mit Ganztagsangeboten sicherlich gut in das Tagesprogramm eingefügt werden könnten, aber auch für alle anderen Schulen des Sek-I-Bereiches handelt es sich um ein Angebot, das man den Schülerinnen und Schülern dort nicht vorenthalten sollte.

(D) Dass es im Herbst 2005 nicht wie geplant möglich war, eine Veranstaltung für die Öffentlichkeit zu initiieren, um die Inhalte und Notwendigkeiten der Erste-Hilfe-Ausbildung noch stärker zu transportieren, ist bedauerlich, aber ich denke, nachvollziehbar. Die vorgezogene Bundestagswahl führte einvernehmlich zu einer Verlegung der Veranstaltung auf den 17. Juli 2006, und ich bin sehr darauf gespannt, ob wir damit auch eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern erreichen und das Interesse an dieser Ausbildung verstärken können.

Ich hoffe, dass das dann eine gute Veranstaltung wird, die dazu beiträgt, einer breiten Öffentlichkeit zu verdeutlichen, dass erste Hilfe an Schulen für Kinder und Jugendliche nicht nur Notfallhilfe beinhaltet, sondern dass dieses Thema auch Auswirkungen auf andere Tugenden wie Mitverantwortung, Mitgefühl und Hilfsbereitschaft im Allgemeinen hat. Ich hoffe, dass es nicht zu einer weiteren Verschiebung dieser Informationsveranstaltung aufgrund vorgezogener Neuwahlen kommen wird. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

(A) Verbraucherschutz im Land Bremen stärken!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 6. Februar 2006
(Drucksache 16/908)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Kastendiek.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf Grundlage der neuesten Einsparungsgorgien des Senats soll nun ausgerechnet die für Bremerhaven sehr wichtige Verbraucherzentrale rücksichtslos geschlossen werden. Diese Einsparung im sehr wichtigen Bereich einer dringend notwendigen und unabhängigen Verbraucherberatung vor Ort ist gerade für die Bevölkerung Bremerhavens, einer Stadt mit einer unverantwortlichen, überdurchschnittlichen, sehr hohen Arbeitslosigkeit, unverantwortlich. Es geht hier um eine unverzichtbare, dringend erforderliche und notwendige Verbraucherberatung für sehr viele Bremerhavener Bürger, die sich allein nicht helfen können und die zwingend auf Beratung in schwierigen Fällen des täglichen Lebens angewiesen sind.

(B) Da geht es zum Beispiel um so wichtige, aktuelle Themen wie zum Beispiel Versicherungsfragen, Altersvorsorge und vieles mehr. Dabei sollte es doch gerade dem Bremer Senat und dem Magistrat Bremerhaven nicht völlig egal sein, wie zum Beispiel die Bremer und Bremerhavener Bevölkerung ihre private Altersvorsorge absichert. Dass gerade bei der privaten Altersvorsorge auch auf Grundlage einer fehlenden Verbraucherberatung sehr vieles im Argen liegt, brauche ich Ihnen ja wohl nicht extra zu erklären.

Darum fordere ich Sie dringend auf, dass Ihre Einsparungen in diesem sehr wichtigen Bereich der Verbraucherberatung nicht einseitig auf Kosten und zu Lasten der Bremerhavener Bevölkerung und der Stadt Bremerhaven gehen, weil gerade die Bremerhavener Bevölkerung auf Grundlage der sehr schlechten wirtschaftlichen, politischen Lage und der sehr hohen Arbeitslosigkeit vermehrt auf eine unabhängige Verbraucherberatung vor Ort dringend angewiesen ist. Gerade die Bremerhavener Bevölkerung, die durch Ihre unsoziale Politik schon viel zu viele Benachteiligungen, Einsparungen und so weiter, bis hin zur schrecklichen und grausamen, persönlich betroffenen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Sozialhilfe schmerzlich ertragen muss, hat ein Anrecht auf eine unabhängige Verbraucherberatung vor Ort. Eine Schließung der letzten noch bestehenden Verbraucherberatungsstelle in Bremerhaven ist ungerecht, unsozial und unverantwortlich.

Meine Damen und Herren, die seit 1963 in Bremerhaven bestehende Verbraucherzentrale hat seit Jahrzehnten eine sehr wichtige sozialpolitische Funk-

tion. Diese Verbraucherzentrale wird jährlich von sage und schreibe 12 000 Verbrauchern in Anspruch genommen. Allein diese Zahl von jährlich 12 000 Verbraucherberatungen belegt doch schwarz auf weiß, dass diese einzige noch bestehende Beratungsstelle für Bremerhaven unverzichtbar ist. Dafür wird sich die Deutsche Volksunion im Interesse der Bremerhavener Bürger vehement einsetzen, zumal die Verbraucherzentrale schon seit Jahrzehnten gute und wichtige Arbeit leistet und sie im Gegensatz zu vielen anderen von Ihnen mit sehr viel Geld unterstützten Projekten ihre Hausaufgaben gemacht hat.

(C)

Diese Tatsache hat sogar der Bremer Senat bestätigt, zum Beispiel hat die Verbraucherzentrale seit dem Jahr 2000 sage und schreibe 200 000 Euro Sachkosten eingespart, und der Eigenfinanzierungsanteil von 43 Prozent ist der höchste aller Verbraucherzentralen im gesamten Bundesgebiet, die Sachkosten von zirka 13 000 Euro für jeden Arbeitsplatz liegen bundesweit am Ende und so weiter. Sie sehen, meine Damen und Herren, noch mehr an Einsparungen und Kürzungen kann die Verbraucherzentrale nun wirklich nicht mehr erbringen, verkraften und auch nicht leisten.

Eine unverantwortliche geplante Schließung der Verbraucherzentrale in Bremerhaven wäre ein Schlag ins Gesicht für alle Verbraucher in Bremerhaven und auch in Bremen. Darum sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Die finanziellen Mittel für die sehr wichtige Verbraucherzentrale dürfen nicht gekürzt werden, sondern sie müssten eigentlich noch aufgestockt werden, denn gerade in der heutigen Zeit, wo jeden Tag unzählige neue Artikel und Produkte auf den Markt kommen, ist eine gut funktionierende und unabhängige Verbraucherzentrale vor Ort unverzichtbar. Gerade Bürgerinnen und Bürger, die in einer Stadt leben, die zu Recht als das Armenhaus der Nation bezeichnet wird, haben einen Anspruch auf eine unabhängige und neutrale Verbraucherzentrale vor Ort. Darum stimmen Sie dem Antrag der Deutschen Volksunion zum Wohle der Bürger überparteilich zu!

(D)

Nun bin ich wirklich einmal gespannt, welche Ausreden Sie gleich erfinden werden, um den zahlreich demonstrierenden Angestellten und Sympathisanten der Verbraucherzentrale Ihre ablehnende Haltung und das Ablehnen des DVU-Antrags erklären zu wollen. Da bin ich wirklich einmal gespannt!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Tittmann, ich will es gleich sagen: Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Das wusste ich doch!)

(A) Die Begründung dafür liefern Sie uns nicht nur heute, sondern seit Jahren hier immer selbst. Es ist nicht nur die Art und Weise Ihrer Ausführungen, die ich – ich will es einmal gelinde ausdrücken – als grenzwertig ansehe, sondern es ist das inhaltliche Gedankengut, das sich in diesen Reden verbirgt. Das teilen wir nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir Ihnen auf diesem braunen Weg nicht folgen werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir wollen das Thema jetzt wieder auf die sachliche Ebene zurückführen und auch darüber reden. Die Polemik von Ihnen hilft uns hier nicht weiter.

(B) Wir können hier in Bremen auf eine jahrzehntelange Arbeit der Verbraucherzentrale zurückblicken, ein unabhängiges Angebot für Bürgerinnen und Bürger hier im Land Bremen. Aber besonders in den letzten Jahren haben sich das Profil und auch die Aufgabenwahrnehmung der Verbraucherzentrale geändert. In Zeiten der Globalisierung und der Öffnung immer neuer Märkte wird es für Verbraucherinnen und Verbraucher immer schwieriger, eine informierte Entscheidung über ein Produkt, aber auch über eine Dienstleistung treffen zu können. Zu den früheren klassischen Beratungsfeldern wie Produktberatung und Lebensmittelberatung sind folgende Themen dazugekommen: Die Beratungsschwerpunkte sind heute Altersvorsorge, Baufinanzierung, Energieberatung, Ernährungsberatung, Geldanlage, Verbraucherrecht wie auch Versicherungen. Ich möchte nicht zu allen eben aufgeführten Punkten Ausführungen machen, sondern nur ein paar herausgreifen.

Nehmen wir einmal die Baufinanzierung! Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden ist für viele Menschen ein Traum, den sie gern erfüllen möchten. Doch ohne eine solide Finanzierung kann dieser Traum leicht zu einem Alptraum werden. Zwar bieten auch Banken, Sparkassen und auch Bausparkassen Finanzierungsmodelle an, doch diese sind oft auf Kante genäht, so dass oft schon Kleinigkeiten die Finanzierung zum Wackeln bringen können. Wenn hier das Risiko durch eine unabhängige Beratung deutlich gemacht wird, können so auch Pleiten und Überschuldung vermieden werden.

Oder nehmen wir den Bereich Energieberatung! Die Erhöhung der Gaspreise haben wir heute Morgen schon thematisiert. Auch Herr Imhoff hat darauf hingewiesen, welche Rolle die Verbraucherzentrale dort gespielt hat, jedoch ist die Energieberatung natürlich so angelegt, dass langfristig Geld gespart werden kann. Aber oft sind damit auch umweltverbessernde Maßnahmen verbunden, die nicht zu vernachlässigen sind.

(C) Weiterhin gibt es noch einen Aspekt, den ich auch sehr wichtig finde. Wenn Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel Geld für die Modernisierung von Heizungsanlagen ausgeben, so kommt das auch der örtlichen Wirtschaft hier zugute und belebt auch diesen Markt. Informationen über Fördermaßnahmen bei solchen Maßnahmen, über die sie oft nichts wissen, werden den Bürgerinnen und Bürgern ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Auch im Zeitalter des Internets ist es für uns alle nicht einfacher geworden, Entscheidungen über Produkte und Dienstleistungen zu treffen. Die Unabhängigkeit von Anbietern oder auch Bewertungen wird oft nicht deutlich. Es ist sozusagen oft ein Dschungel entstanden. Doch nur gut informierte Menschen entschließen sich zu einem Kauf oder auch für eine Investition. Unsicherheit führt eher zur Kaufenthaltung, was bei einer schwachen Binnenkonjunktur ja nicht in unserem Sinne sein kann.

(D) Jetzt möchte ich noch ein paar Sätze zur Ernährungs- und Lebensmittelberatung sagen! Hier möchte ich den Gesundheitsschutz besonders hervorheben. Wir haben hier schon gestern über die Skandale geredet. Wir haben hier im Zusammenhang mit der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schon oft über die starke Zunahme von Allergien gesprochen. Nur wenn klar ist, welche Stoffe in einem Produkt enthalten sind, kann man diese auch meiden. Das ist gesunder Verbraucherschutz. Oder nehmen wir den stark zunehmenden Markt der Nahrungsergänzungsmittel! Der Nutzen wird von den Herstellern oft anders bezeichnet als von unabhängigen Stellen. Die Zufuhr von Vitaminen, Mineralien et cetera ist nicht sinnvoll, wenn im Körper kein Mangel besteht, aber das wird den Verbraucherinnen und Verbrauchern oft nicht klar. Hier ist die unabhängige Information wichtig.

Doch vor welchen Problemen stehen wir? Wir stehen vor einer Mittelkürzung bei der Verbraucherzentrale von 40 000 Euro. Diese Kürzungen können nicht von der Verbraucherzentrale aufgefangen werden. Eigenanteile werden schon lange durch Gebühren erwirtschaftet. Diese würden dann auch weiter sinken, wenn diese Kürzungen zum Tragen kommen, weil die Kürzungen zu Personalentlassungen führen würden. Auch die Schließung der Beratungsstelle in Bremerhaven würde dort ein riesiges Loch im Bereich Verbraucherinneninformation und Verbraucherschutz hinterlassen.

Wir haben heute alle einen offenen Brief der Verbraucherzentrale in den Postfächern gehabt. Dort steht noch einmal deutlich, was die Kürzungen bedeuten würden. Auch die gestern abgegebenen 15 000 Unterschriften gegen die Kürzungen bei der Verbraucherzentrale machen deutlich, wie wichtig Bremer Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot finden. Wir kennen alle die Haushaltslage Bremens. Wir wissen, dass wir die Mittel nicht einfach erhöhen können. Ich denke, heute Morgen habe ich in der Haushaltsde-

(A) batte deutliche Signale empfangen – und ich denke, Sie auch –, dass wir diese Problematik im Zuge der Haushaltsberatungen lösen werden und, ich denke, auch lösen können. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass uns das auch gelingt. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Hoch, wissen Sie eigentlich, was Sie da eben für einen Blödsinn erzählt haben?

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Na, na!)

Ja, so muss ich das bezeichnen! Ich habe doch eben sachlich und ohne Polemik meinen Redebeitrag ausgeführt und dargestellt, warum die Deutsche Volksunion für den Erhalt der Verbraucherzentrale ist. Sie haben mir nicht beantwortet – das können Sie ja gleich noch tun –, was der Erhalt der Verbraucherzentrale in Bremerhaven mit Ihrem so genannten braunen Weg zu tun hat. Das nur einmal zur Kenntnisnahme! Das war wieder Polemik Ihrerseits, weil Ihnen nichts anderes einfällt.

(B) (Abg. Frau H o c h [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war etwas Grundsätzliches!)

Ich sage Ihnen dazu, dass eine Kürzung der finanziellen Mittel für die Verbraucherzentrale und eine damit verbundene Schließung der Beratungsstelle in Bremerhaven für die Deutsche Volksunion nicht hinnehmbar ist, erstens, weil gerade in der heutigen Zeit eine unabhängige und neutrale Verbraucherzentrale für unsere Bürger immer wichtiger geworden ist, zweitens, weil diese Einsparungen wieder einmal nur zu Lasten und auf Kosten der Bremerhavener Bürger und der Stadt Bremerhaven gehen. Das ist für mich als Bremerhavener DVU-Abgeordneter unerträglich, unsozial und niederträchtig.

Tatsache ist doch, dass eine Schließung der einzigen noch bestehenden Verbraucherzentrale in Bremerhaven auch auf Kosten vieler älterer Menschen gehen würde, und selbstverständlich wird eine fehlende Verbraucherberatung das Kaufverhalten stark verändern, einschränken und beeinflussen. Das dürfte sogar Ihnen klar sein. Sehr viele ältere Menschen haben sich in vielen Beratungsgesprächen sehr wertvolle und wichtige Ratschläge und nützliche Hilfe geholt, wie zum Beispiel im Energieeinsparungsbereich, zu Rechtsfragen, Altersvorsorge, Bankrecht, Baufinanzierung,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Man kann sich seine Freunde nicht aussuchen, nicht?)

Geld- und Versicherungsangelegenheiten, Grundstücksangelegenheiten, Produktberatung bis hin zur Ernährungsberatung und vielen Dingen mehr. Sie haben als Bremer Senat auch die politische Verantwortung für die Bürger der Stadt Bremerhaven und für die Bevölkerung insgesamt. Darum fordere ich Sie im Namen der Deutschen Volksunion klar und unmissverständlich auf, keine Kürzungen der finanziellen Mittel bei der Verbraucherzentrale vorzunehmen und die einzige noch bestehende Verbraucherzentrale in Bremerhaven zu erhalten!

Sie haben in der Vergangenheit – und werden wohl auch zukünftig – Steuergelder in Millionenhöhe für sinnlose, nutzlose und teure gescheiterte Projekte verschwendet. Da kann es doch wohl nicht sein, dass die Verbraucherzentrale in Bremerhaven wegen sage und schreibe 40 000 Euro geschlossen werden soll, zumal sich die Verbraucherzentrale in Bremerhaven über Jahrzehnte hinweg hart einen sehr guten Ruf erarbeitet hat. Darüber hinaus haben 12 000 jährliche Beratungsgespräche ihre uneingeschränkte Existenzberechtigung deutlich unter Beweis gestellt. Meine Damen und Herren, wie Sie nachweislich ersehen können, haben die Bürger Bremerhavens in ihre Verbraucherzentrale uneingeschränktes Vertrauen. Das sollten Sie im Interesse der Bremer und Bremerhavener Bürger nicht enttäuschen und missbrauchen und deshalb dem Antrag der Deutschen Volksunion überparteilich zustimmen.

(D) Ich kann doch wohl wirklich nichts dafür, Frau Hoch, dass Sie keine wahre Opposition sind und die Deutsche Volksunion wieder einmal Vorreiter war und einen dementsprechenden Antrag zuerst eingebracht hat, weil uns die Sorgen und Nöte der Bevölkerung und der Verbraucher am Herzen liegen. Wir sind keine Trittbrettfahrer wie Sie. Ich warte nur noch auf einen Antrag von Ihnen, die Verbraucherzentrale zu erhalten. Das wäre nichts Neues, sondern schon ein altbekanntes politisches Modell von Ihnen. – Ich danke Ihnen!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Soweit die Märchenstunde!)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort erhält Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der letzte Redebeitrag war wie immer,

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Ruhig und sachlich!)

wenn Vertreter der DVU irgendwo reden. Sie versuchen, wie Frau Hoch es auch schon gesagt hat, Trittbrettfahrerei zu praktizieren. Wenn es in den Debat-

- (A) ten zuvor um sachliche Beratung geht, dann hört man von Ihnen nichts.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Sie sollten einmal zuhören!)

Sie versuchen einfach nur, mit den Ängsten in einer Form hier populistisch Ihre Machenschaften zu praktizieren, diese Art und Weise ist durchschaubar. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen in Bremerhaven, aber auch in Bremen erkennen, wie dünn und vor allem wie durchsichtig Ihre Argumente an dieser Stelle sind.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Deswegen werden wir seit 18 Jahren auch immer wieder gewählt!)

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einige Worte als Information geben, weil ja in der Vergangenheit in den letzten Wochen sehr intensiv über die Zukunft der Verbraucherzentrale gesprochen worden ist. Ich will zuerst deutlich machen, dass der Senat auf die Entscheidung der Verbraucherzentrale Bremen, die Außenstelle in Bremerhaven zu schließen, überhaupt keinen Einfluss hat. Das ist eine Entscheidung, die die Verbraucherzentrale in eigener Verantwortung getroffen hat. Ich möchte nun nicht zitieren und nicht berichten, welche Briefe mich wenige Tage vor der Entscheidung der Verbraucherzentrale von der Verbraucherzentrale erreicht haben. Das war taktisch sehr motiviert und sehr durchsichtig. Punkt eins: Ich will an dieser Stelle, wie schon gesagt, deutlich machen, es ist und bleibt eine Entscheidung der Verbraucherzentrale selbst, wie sie mit der Außenstelle in Bremerhaven umgeht. Punkt zwei: An dieser Stelle wird deutlich, wie eng unsere Haushalte gerade im konsumtiven Bereich und auch im Bereich des Wirtschaftssenators sind.

Wir haben im vergangenen Jahr hohe Anstrengungen unternommen, um bei der Verbraucherzentrale, entgegen allen anderen Einrichtungen – da ist sie von uns besonders herausgenommen worden –, die Einsparungen im vergangenen Jahr fast auf ein Minimum zu reduzieren. Im vergangenen Jahr lag der Haushaltsansatz bei 384 000 Euro. Dieser wurde dann aufgrund von Senatsbeschlüssen in zwei Stufen einmal um 5,6 Prozent und einmal um fünf Prozent gekürzt. Das war eine Auflage des Senats, die wir dort umgesetzt haben. Von diesen beiden Kürzungsquoten, einmal 19 000 Euro und einmal 18 000 Euro, ist bis auf einen Rest von wenigen Tausend Euro der alte Ansatz von 2005 wieder erreicht worden. Ich denke, das macht auch deutlich, dass der Verbraucherschutz auch für uns eine große Rolle spielt.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt hier den Eindruck zu erwecken, hier würde bei der Verbraucherzentrale über Gebühr oder außerhalb jeglicher Sachzusammenhänge besonders gekürzt werden, das ist nicht richtig. Man sieht es insbesondere an dem Haushaltsvollzug 2005, welche Bedeutung das hat. Das haben wir nur an dieser einen Stelle mit dieser Einrichtung gemacht und mit keinen anderen Einrichtungen. Das macht deutlich, dass der Vorwurf, der hier erhoben wird, letztendlich nicht tragfähig ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden, und das ist der Ansatz in den Haushaltsentwürfen der Jahre 2006 und 2007, von dem ursprünglichen Ansatz 2005 die Zuschüsse für die Verbraucherzentrale in zwei Schritten jeweils um 20 000 Euro – das ist zumindest der Vorschlag – kürzen. Es stellt sich dabei schon die Frage, auch bei der Aufzählung, die Sie eben genannt haben, Frau Hoch, ob das alles staatliche Aufgaben sind, gerade auch die Beratungen beim Hausbau. Da muss man natürlich jeden einzelnen Häuslebauer fragen, ob dann nicht auch entsprechende kostendeckende Gebühren erhoben werden können. Ich möchte noch einmal ein Fragezeichen dahinter setzen, ob das alles staatliche Aufgaben sind. Da gibt es auch eine Eigenverantwortung.

Der Bereich, den wir besonders fördern, das ist ja in den Zuwendungsbescheiden der vergangenen Jahre immer wieder zum Ausdruck gekommen, ist natürlich die Ernährungsberatung. Das ist vollkommen klar, das wird natürlich auch gefördert. Deswegen muss auch die Verbraucherzentrale an dieser Stelle schauen, welche Aufgaben wirklich staatlicher Natur sind und für welche Aufgabenbereiche sie – wie zum Beispiel in dem Bereich Eigenheimbau und Hausfinanzierung – auch kostendeckend arbeiten muss. Das kann man erwarten. In Deutschland gibt es in dem Maße keine Wohnungsnot mehr, im Gegenteil, wir haben ein Überangebot. Sicherlich ist die Eigentumsform Wohnen eine ganz wichtige, aber auch da hat die große Koalition in Berlin ja entsprechende Beschlüsse gefasst, und das muss sich natürlich auch an verschiedenen Stellen wiederfinden, so dass wir mit den Beschlüssen für die Haushalte 2006/2007 widerspiegeln, vor welchen Schwierigkeiten wir mit den konsumtiven Haushalten stehen. Wir können leider nicht anders.

Wir haben aber auch mit Interesse gehört, dass es in den Fraktionen Stimmungen gibt, jeweils an den Haushaltseckwerten vielleicht noch etwas zu tun, damit wir bei der Verbraucherzentrale das eine oder andere doch noch machen können, um das ein wenig abzufedern. Wie gesagt, dem stehen wir offen gegenüber. Es ist keineswegs so, dass wir da als Bremser stehen, sondern im Gegenteil, für uns spielt der Verbraucherschutz eine wichtige Rolle. Er ist entscheidend so auszustatten, dass er stattfinden kann. Wir sind der Auffassung, dass trotz der Kürzungen in Bre-

(C)

(D)

(A) men genauso wie in Bremerhaven ein qualitativ hochwertiger Verbraucherschutz stattfinden kann. In diesem Sinne, denke ich, wird über den Punkt in den kommenden Wochen noch zu diskutieren sein. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/908 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(B) **Achtes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2006
(Drucksache 16/911)
1. Lesung

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Achte Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes, Drucksache 16/911, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Girokonto für jeden Menschen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Februar 2006
(Drucksache 16/916)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Nußbaum.

Die Beratung ist eröffnet.

(C)

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schmidtman.

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche heute über den Dringlichkeitsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen „Girokonto für jeden Menschen“. Warum haben wir Grünen diesen Antrag gestellt, und was wollen wir damit erreichen? Wir sind der Meinung, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein Girokonto haben sollten, zumindest ein Girokonto auf Guthabenbasis. Ich behaupte, ohne Girokonto ist man oder Frau nur ein Bürger zweiter Klasse. Oder anders gesagt: Ohne Girokonto ist eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben so gut wie unmöglich.

Ich kann mich noch gut an die Zeiten erinnern, als es mit den Girokonten losging. Das war Anfang der siebziger Jahre. Ich war Auszubildender und hatte unter anderem für die Baustelle das Geld zu holen. Ich hatte manchmal mehr Geld in der Tasche, als ich in zwei Jahren verdienen konnte. Das war ein seltsames Gefühl, diese Riesengeldmengen zu transportieren. Bei uns auf der Baustelle wurde zwei Mal im Monat das Geld in so genannten Tüten ausgezahlt, die Älteren können sich sicherlich noch gut daran erinnern. Der Spruch war immer: „Bares ist Wahres, her damit!“

(D)

Mitte der siebziger Jahre erfolgte dann die Umstellung auf Girokonten. Da war ich schon im Betriebsrat. Ich kann mich auch genau an die Diskussion erinnern, die wir mit den Kollegen damals hatten: Nein, ich brauche kein Girokonto, wofür denn, warum soll meine Frau wissen, was ich verdiene, ich möchte weiter Bares haben.

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Bargeld lacht!)

Bargeld lacht, genau, Herr Bödeker!

Die Zeiten haben sich allerdings geändert. Man muss neidlos anerkennen, das Girokonto hat sich durchgesetzt, zum Leidwesen aller Handwerker. Jetzt geht es schon gar nicht mehr ohne Girokonto. Wenn ich zum Beispiel eine neue Arbeit suchen würde, würde mich mein Arbeitgeber nach der Kontonummer fragen, und wenn ich mit dem alten Handwerkerspruch kommen würde: „Bares ist Wahres, wofür brauche ich ein Girokonto?“, würde er doch in Lachen ausbrechen und sagen, Bares, das gibt es bei uns nicht, das verursacht hier viel zu viele Kosten, das können Sie hier bei uns nicht haben. Er würde wahrscheinlich auch denken, wieso hat der gute Mann kein Girokonto, na, hat er wohl ein paar Lohnpfändungen hinter sich, ist er überschuldet. Die Gleichung ist also die, kein Girokonto, große Unsicherheit, große

(A) Probleme, den Mann stelle ich gar nicht ein, das ist doch klar.

Das Leben ohne Girokonto ist auch viel anstrengender und teurer, das muss man wissen, denn Bareinzahlungen verursachen hohe Kosten. Viele Verträge kann ich ohne Girokonto und Einzugsermächtigung gar nicht mehr abschließen. Für Bareinzahlungen, wenn sie überhaupt möglich sind, muss ich oft weite Wege in Kauf nehmen, weil es von den Firmen so gelegt wird, dass man möglichst in die Außenbereiche oder dass man nur zu den Geschäftszeiten kommen kann. Das Letzte ist auch, wer mit Bargeld, und das muten wir einigen Leuten zu, hantieren muss, hat auch ein viel größeres Risiko, überfallen zu werden. Er muss große oder auch kleinere Geldmengen teilweise in seiner Wohnung aufbewahren, die ihm gestohlen werden können. Er hat immer mehr Geld in der Börse.

Warum erzähle ich Ihnen das alles? Weil es in unserer Stadt zirka 5000 Menschen ohne Girokonto gibt, die all dies machen müssen, sich mit erhöhten Gebühren herumschlagen müssen. In der gesamten Bundesrepublik gibt es zirka eine halbe Million Bürger, die kein Girokonto haben oder auch keines bekommen, auch kein Girokonto auf Guthabenbasis. Das ist keine statistische Restgröße, sondern das ist ein großer Teil ausgegrenzter Mitbürgerinnen und Mitbürger, Bürger zweiter Klasse, und das alles, weil die Banken sich an ihre eigene Selbstverpflichtung von 1995 nicht halten. So ist das mit den Selbstverpflichtungen, wenn keine Sanktionen angedroht werden. Sie werden in Sonntagsreden gegeben und gefeiert, aber wenn es zur Nagelprobe kommt, sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden.

(B) Da passt die Selbstverpflichtung von Herrn Töpfer, Frau Merkel und Herrn Trittin – besser, Herr Töpfer hat es damals eingetütet – mit der Einführung der Pfandpflicht für Einweggetränke viel besser ins Konzept. Das sind Selbstverpflichtungen, die im Gesetz mit Sanktionen angelegt waren. Wird die Quote nicht erfüllt unter Riesengezeter und so weiter, drohen Sanktionen. Man hat es gesehen, Herr Trittin musste das Gesetz von Herrn Töpfer/Frau Merkel nachher exekutieren und durchsetzen. Aber es hat gewirkt. Wir finden keine Einwegflaschen mehr, und die Industrie hat sich mittlerweile daran gewöhnt, und es ist gut so, wie es gekommen ist. Bei Girokonten für jeden Menschen bei der Selbstverpflichtung hätte es auch so gemacht werden sollen, leider war das nicht der Fall, sondern das Gegenteil. Das zeigt das Urteil des Oberlandesgerichts Bremen. In der ersten Instanz wurde dem Kläger noch Recht gegeben, dass er einen Anspruch auf ein Girokonto auf Guthabenbasis hat, in der zweiten Instanz verwies das Gericht auf die Selbstverpflichtung, und Selbstverpflichtung ist Selbstverpflichtung und damit gut.

Wir Grünen meinen, über zehn Jahre Herumeiern mit der Selbstverpflichtung sind genug. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf ein Girokonto auf Gutha-

benbasis, deswegen bitte ich Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das mit den Selbstverpflichtungen ist so eine Sache, es gibt auch Bereiche, wo es klappt, es gibt auch Bereiche, in denen die Grünen so etwas mitgetragen haben.

(Abg. **Schmidtman** [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis jetzt! Aber jetzt ist es gut!)

Ich möchte darauf verweisen, dass auf Bundesebene ein Ausbildungspakt verabredet worden war, der durchaus auch Ergebnisse gebracht hat. Deshalb plädiere ich für eine differenzierte Betrachtungsweise, Herr Schmidtman: Nicht so pauschal alles über einen Kamm scheren, das ist eigentlich nie gut!

Im Übrigen wollte ich darauf verweisen, dass wir, das heißt die SPD, vor kurzem, nämlich mit Datum vom 10. Januar 2006, eine Anfrage in der Fragestunde gestellt hatten, wie der Senat die Konsequenzen aus der Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen zu diesem Thema beurteilt. Der Senat hat diese Frage beantwortet. Wir haben dieses Thema jetzt zum zweiten Mal hier in diesem Parlament auf der Tagesordnung und können uns noch einmal etwas gründlicher damit beschäftigen.

(D)

Es geht hier um ein rechtspolitisches Thema mit einer ganz erheblichen sozialpolitischen Reichweite. Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass einer der Grundpfeiler unserer Privatrechtsordnung die Vertragsfreiheit ist. Niemand, weder natürliche noch juristische Personen, soll gezwungen sein, Verträge abzuschließen. Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, man soll niemanden zwingen können, Verträge abzuschließen.

Es gibt ein weit gefächertes Vertragsrecht, das regelt, unter welchen Voraussetzungen Verträge zustande kommen, schriftlich, mündlich, notariell, und unter welchen Voraussetzungen sie durch Kündigungen oder sonst beendet werden können. Aber dies betrifft immer nur die Frage des Wie, nicht die Frage, ob ein Vertrag zustande kommt, denn das soll im Grundsatz jeder selbst für sich entscheiden können. Im Grundsatz, meine ich, ist dies richtig. Es gibt wenige Ausnahmen, die einen Abschlusszwang vorsehen. Wo Unternehmen eine Monopolstellung haben, dort müssen sie Verträge abschließen, dürfen sich also nicht frei entscheiden, ob ihnen nun das Gesicht des Vertragspartners passt oder nicht, sondern müssen den Vertrag abschließen. Das betrifft zum Beispiel den öffentlichen Personennahverkehr, die Gas-, Wasser- und Stromversorgung und einige andere Bereiche.

(A) Im Rechts- und Wirtschaftsverkehr mit den Kreditinstituten gibt es einen solchen Abschlusszwang nicht, jedenfalls keinen, der gesetzlich vorgesehen ist. Es gibt allerdings – Herr Schmidtman, wenn man da etwas weiter einsteigt, stößt man auf ganz interessante Details – in einigen Bundesländern Sparkassenverordnungen, die vorsehen, dass die öffentlich-rechtlichen Sparkassen einem Kontrahierungszwang unterliegen. Das sind interessanterweise nicht alle Bundesländer, die von der SPD oder den Grünen regiert werden, sondern es sind darunter Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, und es sind alle neuen Bundesländer, die eine solche Regelung für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute haben.

Diese Verordnungen enthalten jedoch Ausnahmetatbestände. Im Grundsatz muss ein Kreditinstitut einen Vertrag für ein Girokonto auf Guthabenbasis abschließen, es sei denn, es liegen im Einzelfall Umstände vor, die es unzumutbar erscheinen lassen aus der Sicht des Instituts, einen solchen Vertrag abzuschließen, etwa wenn der Kunde falsche Angaben macht, wenn ein Konto längere Zeit keinen Umsatz hat oder wenn ein Konto, was ja leider auch passiert, für die Begehung von strafbaren Handlungen benutzt wird. Dann darf von vornherein abgelehnt werden, oder es darf dann entsprechend gekündigt werden.

(B) Diese Verordnungen gelten für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, aber eben nicht für die privaten Banken und auch nicht für die privatrechtlich organisierten Sparkassen, so dass im Lande Bremen eine solche Verordnung, die wir ja auf Landesebene mit unserer Gesetzgebungskompetenz beschließen könnten, nur die Sparkasse in Bremerhaven betreffen würde, aber nicht die Sparkasse in Bremen.

Man sieht, die Geschichte ist dann doch einigermaßen kompliziert, so dass sich in der Tat, das sehen wir auch so, die Frage stellt, ob wir eine bundesgesetzliche Regelung benötigen, um hier einem Missstand abzuwehren. Da ist es jedenfalls für den Bund richtig, von einer ganz erheblichen Zahl von Menschen auszugehen, die kein Konto unterhalten können. Es gibt aber eine Erhebung, die auf das Jahr 1999 zurückgeht, danach hat es damals bundesweit Girokonten auf Guthabenbasis gegeben, also ohne die Möglichkeit einer Überziehung, in der Größenordnung von etwa 1,2 Millionen. Im Jahre 2003 waren es schon erheblich mehr solcher Konten. Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass die Wirtschaftslage schlecht ist und die Banken in vielen Fällen dazu übergehen, ihren Kunden die Möglichkeit der Überziehung zu kündigen, was zulässig ist. Aber es hat sicherlich auch damit zu tun, dass die Banken im Einzelfall gar nicht bereit sind, für jemanden ein Konto zu eröffnen.

Nach den Erhebungen, die uns zugänglich sind, geht es bei den Personen, die Konten nur auf Guthabenbasis unterhalten können, um Bezieher von Sozialleistungen, um Bezieher von Kindergeld und um Asylbewerber. Es sind häufig überschuldete Haus-

halte, und es ist eigentlich immer auch der Fall, wenn jemand das Privatinsolvenzverfahren durchlaufen hat, dass sich dann keine Bank finden lässt, jedenfalls ist es in der Praxis so, die dann noch bereit ist, eine Überziehung des Kontos einzuräumen, weil das aus der Sicht des Kreditinstituts mit einem zu hohen Risiko verbunden ist.

Über die genaue Zahl der Haushalte, die ohne jedes Konto sind, gibt es in der Tat keine präzisen Zahlen. Es gibt nur Schätzungen, dass es bundesweit etwa 500 000 sind. In Bremen sollen es 5000 sein. Das, finde ich, ist eine erschreckend hohe Zahl, und sie ist auch nicht, wie man ja denken könnte, so einfach aus der Luft gegriffen, sondern sie geht auf einen runden Tisch zurück, der sich mit diesem Problem beschäftigt hat. Dort haben sich Vertreter von der damaligen Bundesanstalt für Arbeit, Vertreter aus dem Sozialressort, Vertreter der Banken – die Sparkasse in Bremen war bereit, über dieses Thema zu sprechen, außerdem ein Vertreter der Volksbank, soweit ich weiß – und anderer Einrichtungen zusammengefunden. Die privaten Banken waren im Übrigen nicht beteiligt. Dort sind Zahlen zusammengetragen worden.

(D) Diese Schätzung von 5000 Haushalten beruht vor allen Dingen auf den Angaben, die seinerzeit das Amt für Soziale Dienste und die damalige Bundesanstalt für Arbeit gemacht haben. Es dürfte also eine Zahl sein, die in etwa stimmt, und es ist eine erschreckend hohe Zahl, weil nämlich ein Konto, wie wir alle wissen, eine ganz wichtige Möglichkeit ist, an vielen Dingen des täglichen Lebens teilnehmen zu können oder eben auch nicht. Was soll ich, wenn ich arbeitslos bin, meinem künftigen Arbeitgeber denn sagen, wohin das Gehalt überwiesen werden soll, wenn ich gar kein Konto habe? Oder wie soll ich etwas überweisen? Wenn ich ohnehin knapp bei Kasse bin, dann muss ich auch noch fünf oder zehn Euro dafür bezahlen, dass ich dann einen Betrag auf ein anderes Konto in bar einzahlen darf. Es ist also mit vielen Nachteilen verbunden, und wir sehen in der Tat einen Handlungsbedarf.

Herr Schmidtman, nun ist es aber nicht so, dass andere dieses Problem nicht auch schon gesehen haben, sondern auch die Kreditinstitute haben dieses Problem gesehen und haben sich der Frage auch gestellt. Ich will aber einräumen: Nachdem im Jahr 1995 im Bundestag eine Gesetzesinitiative gescheitert war und sich der Bundestag damals nicht dazu bereit erklärt hatte, eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung zu beschließen, dass er aber eine Entschließung gefasst hatte, in der festgelegt ist, dass die Bundesregierung in gewissen Abständen über diese Frage berichten soll, und es liegen bereits mehrere Berichte dazu vor.

Diese Debatte hat dann 1996 dazu geführt, dass der zentrale Kreditausschuss des deutschen Kreditgewerbes diese besagte Empfehlung abgegeben hat. Dass sie nicht in allen Fällen beachtet wird, erkennt man daran, dass sich unter anderem zwei Entscheidun-

(C)

(D)

(A) gen von Landgerichten mit der Streitfrage beschäftigt haben, ob ein Kreditinstitut verpflichtet ist, ein solches Konto zu eröffnen. Davon betraf eine Entscheidung Berlin, die man aber nicht auf Bremen übertragen kann, weil es in Berlin eine Verpflichtungserklärung der Sparkasse gegenüber der Senatsverwaltung gegeben hat. Deshalb gibt es dort eine andere rechtliche Situation. Dann gab es diese Entscheidung des Landgerichts in Bremen, die vertretbar, aber nach Auffassung des Hanseatischen Oberlandesgerichts juristisch nicht richtig ist.

Ich meine allerdings ebenso: Wir sehen natürlich die Probleme der Betroffenen. Juristisch ist das, was das Hanseatische Oberlandesgericht entschieden hat, nicht nur vertretbar, sondern auch richtig, weil es, wie gesagt, wenn man den Grundsatz der Vertragsfreiheit sieht, nur ganz wenige Fälle gibt, in denen man sich dann vorstellen kann, dass die Entscheidungsfreiheit einer Person oder einer Gesellschaft auf ein solches Minimum reduziert ist, dass ein Vertrag abgeschlossen werden muss. Man sieht also an dieser Rechtsprechung: Eine bloße Empfehlung reicht wohl nicht aus.

Wir haben als SPD, das sage ich Ihnen ganz offen, deshalb eine ganz große Sympathie dafür, dass wir eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene bekommen, die dieses Problem ein für alle Mal löst. Sie muss nicht so aussehen, dass dann derjenige, der von einem Kreditinstitut abgewiesen wird, selbst eine Klage gegen das Kreditinstitut einreichen muss, sondern sie könnte zum Beispiel auch so aussehen, dass dem zentralen Kreditausschuss oder einer anderen Einrichtung der deutschen Kreditwirtschaft die Rolle eines Schiedsrichters zugewiesen wird. Es gäbe da Möglichkeiten, nach der Zivilprozessordnung eine solche Schiedsentscheidung dann auch rechtlich für verbindlich erklären zu lassen, so dass keine zusätzliche Arbeit für die Justiz daraus entstehen würde.

Es wäre übrigens auch gerecht, dass diese schwierigen Fälle – das sind sie für die Kreditinstitute in der Regel, weil sie mit mehr Arbeit verbunden sind – nicht nur auf Sparkassen oder die Volks- und Raiffeisenbanken verteilt werden, sondern auch die Deutsche Bank und andere an dem Arbeitsaufwand beteiligt werden, der entsteht, wenn ein solches Konto mit einer Pfändung überzogen wird. Das ist vor allem dann kompliziert, wenn Sozialleistungen auf ein Konto gehen, da es Pfändungsschutzregelungen gibt, die erheblichen Arbeitsaufwand bedeuten.

(Glocke)

Ich komme jetzt zum Schluss! Wir sind doch etwas nachdenklich, ob das wirklich schon der Weisheit letzter Schluss ist und ob man das hier heute beschließen sollte.

Es gibt Regelungen in anderen europäischen Staaten. In Frankreich und in Belgien gibt es Gesetze, die vorschreiben, dass die Kreditinstitute verpflichtet sind,

solche Konten zu unterhalten. Wir würden gern wissen, wie sich diese Regelungen in der Praxis bewährt haben. Das wissen wir noch nicht. Ich habe mich danach erkundigt. Wir warten noch auf Informationen aus dem Bereich des Verbraucherschutzes. Dort liegen Informationen vor, die uns zugänglich gemacht werden sollen. Dann werden wir darüber noch einmal reden wollen. Wenn eine bloße gesetzliche Verpflichtung am Ende nichts hilft, weil sich das vielleicht in Frankreich und Belgien gezeigt hat, wofür es Anhaltspunkte gibt, dann müssen wir weiter nach einer anderen Regelung Ausschau halten, müssen da also weiter die Kreditinstitute auf andere Weise mit in die Pflicht nehmen.

Wir wollen also etwas erreichen, und deshalb wollen wir als SPD den Bericht der Bundesregierung abwarten, der für das Frühjahr 2006 angekündigt ist, und dann wollen wir uns entscheiden, welchen Weg wir gehen wollen. Deshalb werden wir heute diesem Antrag der Grünen nicht die Zustimmung geben können, abgesehen davon, dass wir das auch nicht könnten, weil die CDU das nicht mitmachen will. Ich finde aber auch, dass man die Gelegenheit nutzen sollte, die Informationen, die uns die Bundesregierung geben wird, für die Entscheidung dann auch zu verwenden. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schmidtman, ich glaube, bei unserer Fraktion ist ein bisschen Verwirrung aufgekommen. Die Leute, die mit viel Geld in der Tasche herumlaufen, haben kein Problem, ein Girokonto zu bekommen. Sie wollen vielleicht aus anderen Gründen kein Girokonto haben, aber das ist eine andere Sache!

Sie haben ja sicherlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, im „Weser-Kurier“ die Serie „Verschuldungsfälle“ verfolgt, und möglicherweise war die Anfrage in der Fragestunde ein Anlass aus dieser Serie. Heute konnte man dort ja auch lesen, dass schon die Wohngegend, also die Postleitzahl, über die Zinshöhe im Kredit entscheidet und dass die Schufa die Menschen, die ein Girokonto haben – sonst können sie ja die Bewegungen nicht kontrollieren –, kontrolliert, wie der ADAC eine Pannenstatistik macht und schon seine Kunden wegen der Telefonnummer in den Call-Centern mitunter warten lässt. Da fiel mir ein, es ist vielleicht ganz interessant zu wissen, was die Telefonnummer vom Finanzsenator bei seinen Geldleihern, seinen Kunden, bei denen, die das Geld geben, auslöst.

Meine Damen und Herren, zum Urteil und zum Verfahren, hat, glaube ich, mein Vorredner Herr Grotheer schon alles gesagt. Ich will mich auf den Sozialteil

(C)

(D)

(A) beziehen. Was passiert, wenn jemand kein Girokonto hat, und er bekommt Transferleistungen? Es gibt ja auch diese Menschen, die mit Geld wirklich nicht umgehen können, die täglich ihr Geld bekommen müssen, denn wenn sie für eine Woche Geld bekommen würden, hätten sie am Abend des Tages kein Geld mehr. Sie gehen in das Sozialamt, dort gibt es einen Geldautomaten, der eingemauert ist. Sie bekommen von ihrem Sachbearbeiter ein Ticket, eine Karte. Dort ist eingestanz, wie viel Geld sie bekommen. Diese schieben sie in den Automaten, und der Automat gibt den Tagessatz heraus. Wenn es kein Geld gibt, gibt es so einen Bon. Dies ist kein echter, den habe ich mir nur zum Zeigen geben lassen. Das ist der Fall, wenn jemand von Sozialhilfe lebt. Auch der hat die Möglichkeit, sein Geld täglich zu bekommen. Er kann seine Miete und alle anderen Kosten mit seinem Einverständnis – dazu wird ihn auch der Sozialsachbearbeiter beraten – direkt an den Empfänger überweisen lassen, an die Stadtwerke oder den Vermieter.

Das Gleiche gibt es übrigens bei der Bagis auch, und das findet niemand diskriminierend. In der großen Schalter- und Empfangshalle der Bagis steht ein Automat. Wenn der Betreffende mit dem Sachbearbeiter gesprochen hat und feststeht, wie viel Geld ihm zusteht, bekommt er eine Karte. Der Automat unterscheidet sich durch nichts von anderen Geldautomaten, die wir aus der Sparkasse kennen. Das Einzige ist, dass er keine Eingabefunktion hat, denn das Einzige, was Sie machen müssen, ist, die Karte hineinzuschieben, und dann kommt genau der Betrag heraus, der Ihnen zusteht.

(B) Herr Grotheer hat es schon gesagt: Wir wollen den Bericht abwarten und sehen, ob man daraus Konsequenzen ziehen muss, und das Thema dann wieder auf die Tagesordnung setzen. – Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat schätzt die soziale Frage genauso ein wie die Vorredner. Es ist in der heutigen Zeit, in der ein Großteil der Transaktionen bargeldlos erfolgt, natürlich notwendig, dass Menschen die Möglichkeit haben, ein Girokonto zu führen. Ich glaube, über diese Frage gibt es hier auch überhaupt keinen Dissens. Die Frage ist nur: Wie geht man damit um? Wir haben gesagt, wir folgen insofern der Bundesregierung, als zunächst einmal die Selbstverpflichtung im Vordergrund steht. Wir haben natürlich auch Zweifel daran, ob die Selbstverpflichtung, die ja nun eine wahre Selbstverpflichtung ist, wie das Oberlandesgericht hier in Bremen festgestellt hat, auch funktioniert. Aus dem Grund sollen bis zum Jahr 2006 über die Schlichtungsstellen des zentralen Kreditausschusses dann auch einmal hoffentlich überprüfbare und

belastbare Daten zusammengestellt werden, die auch helfen, die Frage besser einschätzen zu können, wie viele Menschen denn wirklich davon betroffen sind und wie die Dimension ist. Dann wird man sicherlich auf einer dann hoffentlich validierten Datenbasis damit umgehen können. (C)

Wenn, dann muss es ohnehin zu einer bundesgesetzlichen Regelung kommen. Ich glaube, eine landesgesetzliche Regelung macht hier im Stadtstaat Bremen keinen Sinn. Wir haben letztlich nur Zugriff auf die Sparkasse. Insofern müssen wir das auf Bundesebene einrahmen. Deswegen sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt, da diese Daten eben noch nicht zur Verfügung stehen, keine Veranlassung zu einer Gesetzesinitiative über den Bundesrat. Wir möchten das in dem Moment neu bewerten, wenn diese Daten vorliegen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/916 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (D)

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg.
T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 14. Februar 2006
(Drucksache 16/917)

1. Lesung

2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Röwekamp, aber bisher noch niemand.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat als Berichterstatter Präsident Weber.

- (A) **Präsident Weber**, Berichterstatter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss legt mit der Drucksachen-Nummer 16/917 den Gesetzentwurf zur Änderung von Paragraph 5 Absatz 1 des Wahlgesetzes vor. Ziel ist es, die Mandatsverteilung zwischen den Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven zu Beginn der 17. Wahlperiode im nächsten Jahr bei einer gleichbleibenden Anzahl von 83 Abgeordneten zu verändern.
- Als wir dieses schwierige Thema in den VGO genommen haben, dachte ich: Das wird eine ganz schwierige Diskussion werden. Aber alle drei Fraktionsvorsitzenden und die Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses haben sehr intensiv, konstruktiv und einmütig diese Debatte begleitet. Auch der Magistrat Bremerhaven war durch Herrn Bürgermeister Teiser vertreten. Es war eine sehr zielführende Debatte mit dem Ergebnis, dass wir heute die erste und zweite Lesung vornehmen können.
- Anlass der Befassung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses war die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 5. November 2004 zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der geltenden Regelungen der Mandatsverteilung in den beiden Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven. Danach ist der Gesetzgeber gehalten und vom Staatsgerichtshof aufgefordert worden, regelmäßig die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven zu prüfen, um den Erfolgswert der Stimmen in den beiden Wahlbereichen so zu prüfen, dass sie nicht vom Landesdurchschnitt abweichen.
- (B) Die verfassungsrechtliche Beurteilung des Erfolgswerts der Stimmen richtet sich danach, wie viele Stimmen erforderlich sind, um einen Sitz in dem zu wählenden Parlament zu erringen. Dafür ist der Wert der beiden Wahlbereiche jeweils in den entscheidenden Wahlbereichen zu prüfen. Eine relevante Wahlungleichheit liegt dann vor, wenn der Erfolgswert um mehr als fünf Prozent vom Landesdurchschnitt abweicht.
- Nach der Anzahl der deutschen Staatsangehörigen zum Stichtag 30. November 2004 entspricht die Mandatsverteilung im Verhältnis 67 zu 16 nicht mehr den durch den Staatsgerichtshof aufgestellten Grundsätzen. Die Zahlen lassen sich im Einzelnen aus der Drucksache, die ich gerade genannt habe, entnehmen. Das bedeutet, dass die Bevölkerungszahl in unserer Schwesterstadt Bremerhaven dramatisch abnimmt und deswegen die Korrektur vorgenommen werden muss. Ein Beibehalten der gegenwärtig gesetzlich vorgesehenen Mandatsverteilung von 67 zu 16 würde dazu führen, dass die nach der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs maximal zulässige Abweichung der Erfolgswertgleichheit von fünf Prozent weit überschritten würde.
- Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss hat drei verschiedene Lösungsansätze erörtert: erstens
- eine Erhöhung der Anzahl der Abgeordneten auf 84 Mandate. Das war ein Begehren, um dem Wahlbereich Bremerhaven seine 16 Mandate zu erhalten. Das hätte den Anforderungen der Grundsätze des Urteils des Staatsgerichtshofs nicht mehr genügt. Auch bei diesem Modell wäre die nach der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs maximal zulässige Abweichung der Erfolgswertgleichheit von fünf Prozent weit überschritten. Auf die Zahlenangaben ist im Bericht verwiesen.
- (C) Darüber hinaus haben sich die Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses gegen eine Erweiterung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) ausgesprochen, denn das wäre eine Erhöhung, zwar nur um ein Mandat von 83 auf 84, aber wir hatten die Mandate ja zu Beginn der 16. Legislaturperiode von 100 auf 83 gesenkt, um die Kosten der politischen Führung zu minimieren. Das war auch ein Auftrag, dem wir uns gemeinsam unter dem Diktat der Haushaltsnotlage gestellt haben. An dieser Zielsetzung hat sich nichts geändert.
- Zweitens: Der Ausschuss hat auch den Vorschlag des Abgeordneten Wedler, FDP, in beiden Wahlbereichen je ein Mandat einzusparen, geprüft, um die Gleichwertigkeit von Bremerhaven zu gewährleisten. Die Berechnungen – hier darf ich auf die Zahlen des Berichts verweisen – haben ergeben, dass die daraus folgende Mandatsverteilung im Verhältnis 66 zu 15 bei der Bürgerschaftswahl 2007 rechtlich nicht zu beanstanden wäre. Die für die Bemessung der Erfolgswertgleichheit der Stimmen zwischen den Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven zulässige Differenz von maximal fünf Prozent wäre nicht überschritten.
- (D) Allerdings muss der Gesetzgeber schon jetzt berücksichtigen, dass sich die Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven bereits seit einigen Jahren leider gegenläufig entwickelt. Spätestens bei der übernächsten Landtagswahl, also 2011, ist zu befürchten, dass erneut ein Handlungsbedarf dieses Parlaments, also des Gesetzgebers, bestehen könnte, und zwar deshalb, weil bei der Mandatsverteilung von 66 Mandaten für den Wahlbereich Bremen und 15 für den Wahlbereich Bremerhaven die Wahlrechtsgleichheit nicht mehr gewährleistet ist.
- Ob eine weitere Reduzierung der auf den Wahlbereich Bremerhaven entfallenden Abgeordnetenmandate – zum Beispiel auf 14, auch das haben wir geprüft – möglich wäre, ist wegen der wahlbereichsweiten Fünfprozentklausel, die in diesem Falle rechnerisch weit überschritten wäre, sehr fraglich. Dies könnte auch dazu führen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass bereits für die übernächste Legislaturperiode, also ab 2011, dann wieder eine Vergrößerung des Landtags erforderlich wäre.
- Drittens haben wir geprüft: Die Erfolgswertgleichheit für die Wahl zur 17. Bremischen Bürgerschaft (Landtag) im nächsten Jahr könnte bei gleichbleiben-

(A) der Anzahl von 83 Abgeordneten durch eine Veränderung der Mandatsverteilung zwischen Bremen und Bremerhaven, also diesen beiden Wahlbereichen, im Verhältnis 68 zu 15 bewirkt werden. Diese Aufteilung entspricht dem Anteil der deutschen Bevölkerung in beiden Wahlbereichen.

Wie sich aus den Berechnungen im Bericht ergibt, benötigt man im Wahlbereich Bremen – in absoluten Zahlen – 3,05 Stimmen weniger als im Landesdurchschnitt und im Wahlbereich Bremerhaven 13,81 Stimmen mehr, um ein Mandat zu gewinnen. Das entspricht prozentual für den Wahlbereich Bremen 0,20 Prozent und für den Wahlbereich Bremerhaven 0,40 Prozent. Das ist quasi eine Punktlandung, wenn wir bei dem bleiben, was wir Ihnen vorschlagen.

Daraus ergibt sich, dass die Mandatsaufteilung im Verhältnis 68 zu 15 bei 83 Abgeordneten die höchstmögliche Erfolgswertgleichheit der Stimmen in den Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven sicherstellt. Deshalb empfiehlt der Verfassungs- und Geschäftsausschuss, den Paragraphen 5 Absatz 1 Satz 2 Bremisches Wahlgesetz entsprechend zu ändern. Dies kommt – wie die vorgenannten Zahlen zeigen – einer Punktlandung gleich, ich sagte es. Den Begriff der Punktlandung benutze ich deswegen, weil der Wissenschaftliche Dienst in unserem Haus wunderbar gearbeitet und es auch vorgeschlagen hat.

(B) (Beifall)

Die vorgeschlagene Neuregelung entspricht den Anforderungen des Staatsgerichtshofs und dürfte dies auch im Falle einer weiter gegenläufigen Bevölkerungsentwicklung bei der übernächsten Wahl tun.

Lieber Herr Abgeordneter Schildt, ich habe im Verfassungs- und Geschäftsausschuss Ihnen und natürlich allen Bremerhavenern versprochen: Wenn die Bevölkerungsentwicklung in der Seestadt Bremerhaven eine Richtung nach oben nimmt – was wir alle wünschen –, dann werden wir uns alle gemeinsam im Verfassungs- und Geschäftsausschuss wieder treffen und Korrekturen vornehmen, die dann notwendig sein werden. Ich glaube, das kann das Parlament auch versprechen.

Ich danke also zugleich den Bremerhavenern in diesem Ausschuss, dass sie das gemeinsam getragen haben. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Bericht, den ich Ihnen gerade vorgestellt habe!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Vertreter des Senats begrüße ich jetzt Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wollen heute mit einem Bericht und sogar mit einem Dringlichkeitsantrag des Verfassungs- und Geschäftsausschusses das Bremische Wahlgesetz per Dringlichkeitsantrag ändern. Das Udemokratische dabei ist, dass ich als demokratischer Abgeordneter der Deutschen Volksunion nicht Mitglied dieses Ausschusses sein darf. Dies einmal nur zur Kenntnisnahme!

Ihr selbsternanntes Demokratieverständnis habe ich aber hier ja schon zur Genüge ertragen müssen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ihr undemokratisches Verhalten zeigt mir auch gerade wieder Ihr Zwischenruf. Mir gegenüber habe ich es ja nie anders kennen gelernt, aber was soll es!

Meine Damen und Herren, Sie wollen also, dass die Stadt Bremerhaven ab 2007 aufgrund ihres Einwohnerschwundes einen Sitz an Bremen abgibt. Das hätte zur Folge, dass Bremen mit 68 anstatt vorher mit 67 Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vertreten wäre und die Stadt Bremerhaven nur noch mit 15 Abgeordneten anstatt vorher mit 16 Abgeordneten. Damit ist klar, dass Bremerhaven unverhältnismäßig einen sehr großen Einfluss im Land Bremen verlieren würde.

Für mich als Bremerhavener Landtagsabgeordneter der Deutschen Volksunion ist diese Machenschaft einmal wieder ein eindeutiger Beweis dafür, dass die Stadt Bremerhaven und ihre Bevölkerung wieder einmal von Bremen stark benachteiligt werden, ungerecht behandelt werden und sozusagen über das Ohr gehauen werden sollen. Unzählige Beispiele hierfür gibt es ja zur Genüge. Das haben die Stadt Bremerhaven und die Bremerhavener Bevölkerung wahrlich nicht verdient. Diese Machenschaften haben wir in Bremerhaven schon lange genug erlitten und ertragen müssen.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob sich die Bremerhavener Abgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag wahrscheinlich gleich aus Fraktionszwang zustimmen müssen, darüber im Klaren sind, welche weitreichenden Folgen diese Gesetzesänderung im Einzelnen für die Stadt Bremerhaven und ihre Bevölkerung haben wird. Erstens: Der Einfluss der Bremerhavener Abgeordneten wird auch in ihren Fraktionen deutlich verringert. Das heißt, der Einfluss der Bremerhavener Abgeordneten auf die Landespolitik wird auf Kosten und zu Lasten von Bremerhaven unweigerlich drastisch abnehmen. Zweitens: Durch diese Änderung des Bremischen Wahlgesetzes wird sich selbstverständlich auch der Einfluss in den Ausschüssen und Deputationen zu Lasten der Bremerhavener Bevölkerung deutlich verändern beziehungsweise verringern.

Diese dramatischen und weitreichenden Folgen für Bremerhaven sollten gerade die Bremerhavener Ab-

(C)

(D)

(A) geordneten verantwortungsbewusst bedenken. Sie haben gegenüber der Stadt Bremerhaven und ihrer Bevölkerung eine ganz besonders hohe politische Verantwortung und große Verpflichtung.

(Zuruf von der SPD)

Wenn Sie etwas zu sagen haben, kommen Sie nach vorn! Aber da sieht man Sie ja selten! Darüber hinaus weiß ich gar nicht, warum Sie eine solch schwerwiegende Gesetzesänderung per Dringlichkeitsantrag schnellstens durchpeitschen wollen. Sie werden schon Ihre so genannten selbsternannten demokratischen Gründe dafür haben.

Meine Damen und Herren, ich als verantwortungsbewusster Bremerhavener Abgeordneter werde im Interesse und zum Wohl der Stadt Bremerhaven und ihrer Bevölkerung dieser Gesetzesänderung selbstverständlich nicht zustimmen.

(Abg. T s c h ö p e [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Abgeordneten Tschöpe?

(B) Abg. **Tittmann** (DVU): Nein! Aus folgendem Grund: Sie beantworten meine Zwischenfragen ja auch nie! Warum sollte ich Ihre beantworten? Das sehe ich gar nicht ein! Ich bekomme meine Diäten ja nicht dafür, um Ihnen Nachhilfeunterricht in Politik zu erteilen!

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Herr Tittmann, ist Ihnen das Urteil des Staatsgerichtshofs bekannt?)

Blieben Sie doch ganz ruhig! Ja, ich weiß!

Meine Damen und Herren, nicht etwa, weil die Deutsche Volksunion Angst vor der Fünf-Prozent-Hürde hätte! Das haben wir bestimmt nicht, denn dass wir diese Fünf-Prozent-Hürde in Bremerhaven seit zirka 20 Jahren locker überspringen können, haben wir trotz großer Hetze, Lügen und undemokratischen Totschweigens der Medien gegenüber der DVU nun schon oft genug bewiesen. Angst vor der Fünf-Prozent-Hürde hat die Deutsche Volksunion in Bremerhaven nun wirklich nicht, aber mir würde der FDP-Abgeordnete Wedler doch sehr fehlen, nicht als Mensch, auch nicht die FDP als Partei, nein, mir würde der lächerliche, krampfhaftige Versuch der Medien und der FDP-Pressestelle sehr fehlen, aus den sehr wenigen und inhaltslosen Reden des Herrn Wedler eine vernünftige Berichterstattung zu basteln. Da kommen dann solche nichtssagenden Aussagen wie zum Beispiel „Willy Wedler sagt“, „Willy Wedler meint“. Da-

bei meint er nicht viel und sagt auch wirklich nicht viel. (C)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das schätzen wir so an Ihnen, Herr Tittmann!)

Das beste Beispiel gab es heute. Da schreibt die „taz“ in ihrer heutigen Ausgabe zum Thema Senatorenwahl, ich darf zitieren: „Unterdessen meldet sich großspurig die FDP bereits mit der konkreten Forderung an den neuen Senator zu Wort.“ Tatsache ist doch, meine Damen und Herren: Ich habe Herrn Wedler von der FDP nicht bei der Senatorenwahl und nicht bei der wichtigen Haushaltsdebatte gesehen, weil er gar nicht anwesend ist, oder haben Sie ihn gesehen?

(Zurufe)

Wahrscheinlich sind ihm die Themen nicht wichtig genug, aber das ist sein Problem!

Meine Damen und Herren, ich sage in aller Deutlichkeit: Wenn die „Nordsee-Zeitung“ oder andere Comiczeitungen schreiben, Willy Wedler hat Schluckauf, dann wäre der Artikel über seinen Schluckauf wahrscheinlich der erste inhaltlich richtig ernstzunehmende Artikel über die gesamten Aussagen und Reden von Herrn Wedler in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag). Wie gesagt, ich lehne die Gesetzesänderung ab. (D)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Außer Beleidigungen haben Sie nichts auf der Pfanne!)

Das sind keine Beleidigungen, das sind Tatsachen!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bevor ich jetzt der nächsten Rednerin das Wort geben möchte, möchte ich darauf hinweisen beziehungsweise deutlich machen, dass sich der Abgeordnete Wedler aufgrund von Krankheit für diese Woche entschuldigt hat.

(Beifall – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Ich habe gesagt wahrscheinlich!)

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man könnte nun polemisch antworten, aber ich will es nicht tun. Die Sache ist viel zu wichtig, und ich denke, wir sollten uns vernünftig damit auseinander setzen

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und nicht mit den Sprüchen, die hier ständig von der DVU kommen. Ich finde es auch nicht fair, den Kol-

(A) legen Wedler hier anzugehen, da Sie genau wissen, dass er heute nicht hier sein kann.

Es ist keineswegs so, und das möchte ich ausdrücklich zurückweisen, dass kein demokratisches Verfahren stattgefunden hat und dass es sich hier in irgendeiner Form um Machenschaften handelt. Das ist nun wirklich absolut verfehlt. Wir haben uns in einem partiübergreifenden Verfahren auf den Vorschlag geeinigt, den der Präsident der Bürgerschaft hier eben gerade vorgestellt hat. Es ist diesem Vorschlag mit Bremen, mit Bremerhaven, mit allen Fraktionen und mit allen Beteiligten eine sehr zielführende und konstruktive Diskussion vorausgegangen. Dabei ist einmütig das Votum herausgekommen, das Ihnen eben gerade sehr detailliert vorgestellt worden ist. An dem Verfahren, wie dieses Votum zustande gekommen ist, ist überhaupt nichts zu kritisieren.

Es mag bedauerlich sein, dass hier eine Stimme für Bremerhaven verloren geht, aber dies ist der einzige Weg, um zu einer sachgerechten Lösung des Problems zu kommen und auch für eine gewisse Dauer eine Gleichwertigkeit der Stimmen in Bremen und Bremerhaven herzustellen. Es hat keinen Sinn, dass wir hier heute eine kurzfristige Lösung beschließen, die aufgrund der demographischen Entwicklungen möglicherweise in kürzerer Zeit schon wieder überholt ist. Insofern ist es eine gute und dauerhafte Lösung, die jetzt hier vorgeschlagen worden ist.

(B) Es ist mit Sicherheit sinnvoll, wenn wir uns angesichts der Probleme, die sich ja auch an diesen Wahlproblemen zeigen, für Bremerhaven einsetzen und dies nicht auf die populistische Weise tun, wie wir es heute ja schon zum zweiten Mal gehört haben. Wichtig ist, denke ich, für die Wirtschaftskraft in Bremerhaven zu kämpfen, dafür zu sorgen, dass wieder mehr Menschen in Bremerhaven leben, dass diese Stadt sich entwickelt und sie Zuwachs hat. Dann würde ich mich freuen, wenn wir uns hier wieder zusammensetzen und diesen Schritt, den wir jetzt gehen müssen, ändern könnten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort erhält Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst beim Parlament bedanken, dass wir in einer sehr schnellen, zügigen Art und Weise und sehr fachlich und sachgerecht – bis auf einen Debattenbeitrag heute – dieses Thema hier behandeln können, auch deswegen, weil Herr Tittmann ja den Dringlichkeitsantrag in Frage gestellt hat. Der Grund für den Dringlichkeitsantrag liegt darin, dass wir wahlrechtliche Fristen zu beachten haben.

Das Parlament wird ja zu gegebener Zeit noch einen Wahltag festzulegen haben, aber die Spanne, innerhalb der der Wahltag steht, liegt schon auf der Hand.

Weil es für die Vorbereitung dieser Wahlen Fristen gibt, ist es zwingend erforderlich, dass wir noch vor der nächsten Landtagssitzung hier zu einer möglichst breit angelegten konsentierten Lösung kommen. Für diese Bereitschaft bin ich sehr dankbar, weil wir als Ressort für Inneres natürlich dafür zuständig sind, dass es ordnungsgemäße Wahlen gibt. Wir haben uns schon große Sorgen darum gemacht, ob wir diese dann noch gewähren können, wenn das Thema jetzt noch weiter geschoben werden würde. Dies ist also kein Vertuschungsversuch des Parlaments, es ist kein Überden-Tisch-Ziehen von Bremerhavener Interessen, sondern es ist zur Abwicklung der nächsten Bürgerchaftswahlen sachgerecht. An deren verfassungskonformer Abwicklung haben wir, glaube ich, alle ein gemeinsames Interesse.

Der zweite Vorwurf, der hier auch nicht unwidersprochen bleiben sollte – das sage ich auch als Bremerhavener, wenn ich das an dieser Stelle sagen darf –, ist der Vorwurf, hier solle jetzt zu Lasten von Bremerhaven irgendetwas getrickelt werden. Das ist mitnichten der Fall. Die einzige Ursache liegt auch hier darin, dass das Parlament genauso wie natürlich auch das Wahlamt ein Interesse daran hat, dass wir Wahlen durchführen, die am Ende nicht anfechtbar sind. Es liegt auf der Hand – der Präsident der Bremischen Bürgerschaft hat es ausgeführt –, dass wir uns nicht nur bei der jetzt vorhandenen, sondern vielleicht sogar bei der für die nächsten 15 Monate prognostizierten Einwohnerentwicklung nicht nur am Rande der Zulässigkeit der Wahlkontingente und der Verteilung zwischen den Wahlbereichen befinden würden, sondern sie deutlich überschreiten.

Die einzige Möglichkeit, die Verfassungskonformität der Wahlen herbeizuführen, ist daher eine Verschiebung innerhalb der beiden Wahlbereiche. Da gibt es in der Tat mehrere unterschiedliche Lösungen. Das Parlament hätte beispielsweise auch beschließen können, das Parlament zu vergrößern. Dann hätte Bremerhaven 16 Abgeordnete behalten können, aber auch in Anbetracht der öffentlichen Diskussion, die wir über Sparen und die Zukunft dieses Landes geführt haben und noch zu führen haben werden, hielte ich das für das grundsätzlich falsche Signal.

Es geht nicht darum, ein Abgeordnetenmandat von Bremerhaven nach Bremen zu verschieben, sondern es geht darum, in unserem Bundesland demokratische Wahlen durchführen zu können. Dazu ist der Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zur Änderung des Wahlgesetzes eine zwingende und notwendige Voraussetzung. Deswegen darf ich mich für die freundliche und konstruktive Zusammenarbeit und für den Bericht des Präsidenten, auch im Namen des Parlaments, ganz herzlich bedanken. Damit geben Sie uns das Instrument an die Hand, den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen auch tatsächlich zu garantieren. Herr Tittmann, ob Sie nächstes Mal dann noch dabei sind oder nicht, das können wir jetzt alle noch nicht beurteilen, aber wir können zumindest

(C)

(D)

(A) sagen, dass die Wahlen dann im Einklang mit unserer Verfassung und mit den verfassungsrechtlichen Grundlagen stehen, die für Wahlen entwickelt worden sind. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes, Drucksache 16/917, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(B) Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, die Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen. Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend. (C)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2006
(Drucksache 16/920)

Der Wahlvorschlag ist in der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend. (D)

(Präsident W e b e r übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Rechtsausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(A) **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 40
vom 14. Februar 2006**
(Drucksache 16/921)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.
Wir kommen daher zur Abstimmung.
Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.
Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Wahl.
Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.
Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl. (C)

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluss der heutigen Sitzung einen Herrn verabschieden, der über viele Jahrzehnte hier im Haus der Bremischen Bürgerschaft im Plenarsaal seine Arbeit immer sehr zurückhaltend hinter der abgedunkelten Scheibe wahrgenommen hat! Er hat heute hier im Parlament seinen letzten Arbeitstag: Herr von Maurich! Ich habe ihn gebeten, dort auf der Staatsrätebank Platz zu nehmen.

Wenn wir Parlamentarier wieder einmal sauer waren, weil kein Senator oder keine Senatorin da war, hat er sofort zum Hörer gegriffen und gesagt, kommt, das Parlament ist wütend, und schon war Herr Röwekamp gerade da und konnte reden. So schnell ist es bei ihm gegangen. Er hat das sehr elegant und unaufdringlich gemacht und uns geholfen und beraten. Herr von Maurich, dafür danke ich Ihnen ganz herzlich! Das Parlament dankt Ihnen insgesamt für Ihre Arbeit hinter der dunklen Scheibe. Ich wünsche Ihnen für Ihren zweiten Lebensabschnitt alles Gute, genießen Sie ihn!

Darüber hinaus war er auch Bürgerbeauftragter im Rathaus und hat diese Arbeit mit großem Engagement und natürlich in der gebotenen Intensität und Hilfsbereitschaft für die Menschen im Lande Bremen getan. Auch dafür ganz herzlichen Dank! Das Parlament wünscht Ihnen alles Gute!

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 16.11 Uhr)